

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Roland Hahn

Die Idee der Nation und die Lösung
der deutschen Frage

Gerd Langguth

Die deutsche Frage und die
Europäische Gemeinschaft

Gert Krell

Die Ostpolitik der Bundesrepublik
Deutschland und die deutsche Frage

Stefan Fröhlich

Umbruch in Europa

Die deutsche Frage und ihre sicherheitspolitischen
Herausforderungen für die Siegermächte

B 29/90
13. Juli 1990

Roland Hahn, Dr. phil., Dipl.-Pol., geb. 1953; wissenschaftlicher Assistent am Institut für Grundlagen der Politik des Fachbereichs Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Helmut Wagner und Alexander Schwan) Fragen und Antworten zur deutschen Identität, Berlin 1987; Müntzer ein Sozialrevolutionär? Die SED und die Kirche vor dem 500. Geburtstag Thomas Müntzers, in: Kirche im Sozialismus, 14 (1988) 4; Ein sperriges Erbe. Kirche und SED im Jahr des Thomas-Müntzer-Jubiläums, in: Kirche im Sozialismus, 15 (1989) 5.

Gerd Langguth, Dr. phil., geb. 1946; Staatssekretär a. D.; Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland und Lehrbeauftragter im Fach Politische Wissenschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

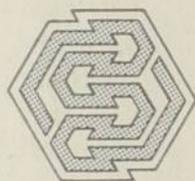
Veröffentlichungen u. a.: Jugend ist anders. Portrait einer jungen Generation, Freiburg-Basel-Wien 1983; Protestbewegung – Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1984; Der grüne Faktor – von der Bewegung zur Partei?, Zürich 1985; The Green Factor in German Politics, Boulder (Col.) – London 1986; Wer regiert Nicaragua? Geschichte, Ideologie und Machtstrukturen des Sandinismus, Stuttgart 1989.

Gert Krell, Dr. phil. habil., geb. 1945; Forschungsgruppenleiter und geschäftsführendes Vorstandsmitglied bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt.

Veröffentlichungen u. a.: Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um SALT in den USA 1969–1975, Frankfurt 1977; (Hrsg.) Die Rüstung der USA, Baden-Baden 1981; (zus. mit H.-J. Schmidt) Der Rüstungswettlauf in Europa, Frankfurt 1982; (Hrsg. zus. mit E. Bahr und K. v. Schubert) Friedensgutachten 1987, 1988, 1989; (Hrsg. zus. mit M. Knapp) Internationale Politik. Eine Einführung, München-Wien 1990.

Stefan Fröhlich, Dr. phil., geb. 1958; wissenschaftlicher Angestellter der Universität Bonn am Lehrstuhl für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte.

Veröffentlichung: Nuclear Freeze Campaign. Die Kampagne für das Einfrieren der Nuklearwaffen unter der Reagan-Administration, Opladen 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Idee der Nation und die Lösung der deutschen Frage

Wohl selten in der Vergangenheit sind die berufenen Interpreten des Zeitgeistes so von der Geschichte widerlegt worden wie im Fall der deutschen Frage. Der Herbst 1989 mit seiner friedlichen Revolution in der DDR hat über Nacht das gesamte politische Koordinatensystem, wie es sich in den vergangenen vierzig Jahren europäischer Politik entwickelt hatte, in sich zusammenbrechen lassen. Das „Ende der Nachkriegszeit“ konnte nicht sinnfälliger vorgeführt werden als mit dem Fall der Berliner Mauer. Nachträglich muß es verwundern, mit welcher Selbstverständlichkeit man sich im Status quo eingerichtet hatte und bisweilen sogar die Teilung Deutschlands als Garanten des Weltfriedens für das letzte Wort der Geschichte hielt.

Hier interessieren weniger das Unvermögen, sich eine Wiedervereinigung vorstellen zu können als jene Tendenzen, die aus der Teilung den Schluß ableiteten, der einheitliche Nationalstaat sei an sich historisch überholt und für die Deutschen auch nicht erstrebenswert. Noch im Dezember 1989, nachdem in der DDR der Ruf der Demonstranten bereits lautete: „Wir sind *ein* Volk“ verkündete die SPD in ihrer „Berliner Erklärung“¹⁾, man wolle „nicht zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten“. Vielmehr gelte es, „auf dem Wege zur europäischen und zur deutschen Einheit“ die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten „immer enger und umfassender zu gestalten und ihr unverzüglich eine neue Qualität zu geben“. Deutlicher noch wurde bereits 1986 dem Ziel der staatlichen Einheit in einem Grundsatzpapier der Bundestagsfraktion der Grünen widersprochen, wobei sogar die kulturelle Zusammengehörigkeit der Nation in Frage gestellt wurde. Gefordert wurde eine „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik und vom „Selbstbetrug gesamtdeutscher Identität“ gesprochen, der zu beenden sei, um „eine selbstkritische Hinwendung der bundesdeutschen Gesellschaft zur eigenen demokratischen Verfassung und die Herausbildung einer

eigenen, demokratischen Identität“ zu forcieren²⁾.

Der Streit lebte in der Partei, vehement wie nie zuvor, nach den Umwälzungen in der DDR wieder auf, bis schließlich eine knappe Mehrheit erkannte, daß ein Festhalten an der Zweistaatlichkeit zu „politischer Handlungsunfähigkeit“ führe³⁾. Die Vorbehalte gegenüber der Idee der Nation, die Ablehnung der Wiedervereinigung Deutschlands und die Forderung nach einer eigenen, bundesdeutschen „demokratischen Identität“ waren in den siebziger Jahren bis weit in die liberale Mitte nicht untypisch. Umso verwunderter, ja abschätziger, fiel auch die Reaktion auf das neue gesamtdeutsche Nationalbewußtsein in der DDR aus.

Diese Entwicklung stellt theoretisch weitreichende Fragen, die alle um den Begriff der Nation kreisen. So muß man sich heute fragen, ob die Idee der Nation angesichts globaler Probleme und notwendiger internationaler Zusammenarbeit selbst noch zeitgemäß ist, ob nach über vierzigjähriger staatlicher Teilung überhaupt noch von einer deutschen Nation gesprochen werden kann. Zu untersuchen wird auch die Frage sein, weshalb in der DDR ein nationales Eigenbewußtsein offensichtlich so gut wie nicht entstanden ist⁴⁾. Weshalb sich auch in der Bundesrepublik die Verneinung des Nationalen selbst oder die Reduktion des nationalen Bewußtseins auf den westdeutschen Staat letztlich nicht hat durchsetzen können. Dazu wird man den Begriff der Nation mit seinen Implikationen näher untersuchen und nach der Selbstdefinition der Bevölkerung wie der Regierenden in beiden deutschen Staaten während der mehr als vierzigjährigen Teilung fragen müssen. Alle Fragen laufen schließlich darauf hinaus, ob und in welchem Maße die Substanz der Nation während der vierzigjährigen Teilung erhalten geblieben ist.

³⁾ Die Tageszeitung vom 5. März 1990.

⁴⁾ Das Entstehen einer besonderen „DDR-Identität“ bestreitet nachhaltig die DDR-Schriftstellerin Monika Maron. Wenn sich „etwas so Benennbares“ überhaupt artikuliere, dann als Angst vor der Marktwirtschaft, Angst vor Drogen und Aids, Angst vor Ausländern, Angst vor der Zukunft und dem Phantom der Freiheit. „Die alte deutsche Angst vor allem, was Sicherheit und Ordnung bedrohen könnte.“ (Die Tageszeitung vom 6. Februar 1990).

¹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. Dezember 1989.

²⁾ Grundsatzpapier der Bundestagsfraktion der Grünen. Ansätze und Perspektiven grüner Politik in den deutsch-deutschen Beziehungen, in: Deutschland-Archiv, (1986) 10, S. 1057.

I. Der Begriff der Nation

Um Bedeutung und Stellenwert der Idee der Nation im Hinblick auf den deutschen Einigungsprozeß bewerten zu können, muß kurz auf den Stand der Diskussion um den Begriff selbst eingegangen werden. Ohne eine klärende Darlegung der verschiedenen Ansätze läßt sich die Bedeutung für die Deutschen in ihrer momentanen Situation nicht hinreichend verdeutlichen.

Auf Friedrich Meinecke geht die Unterscheidung von Kultur- und Staatsnation zurück. In seiner bekannten Schrift „Weltbürgertum und Nationalstaat“⁵⁾ hat Meinecke zwischen jenen Nationen unterschieden, die „vorzugsweise auf einem irgendwelchen gemeinsam erlebten Kulturbesitz“ und solchen, „die vorzugsweise auf der vereinigenden Kraft einer gemeinsamen politischen Geschichte und Verfassung beruhen“⁶⁾. Diese Unterscheidung war entwicklungsgeschichtlich gedacht, differenzierte also historisch zwischen jenen Nationen, die aus einem ethnischen Zusammengehörigkeitsgefühl heraus einen eigenen Staat erkämpft oder doch wenigstens angestrebt hatten, und jenen, bei denen zuerst ein wie auch immer zustandegekommener Staat existierte, der beispielsweise wie in Frankreich über die Jahrhunderte hinweg sich auch ethnisch und kulturell zu einer Einheit, eben einer Kulturnation, entwickelt hatte.

In den meisten Fällen läßt sich die Tendenz beobachten, daß Staatsnationen versuchen, den Charakter ihrer Künstlichkeit durch die nachträgliche Entwicklung einer eigenen Nationalkultur zu überwinden, es sei denn, sie beruhen gerade auf der ausdrücklichen Anerkennung und dem Zusammenschluß verschiedener ethnischer Gruppen. Die Erfahrung hat immer wieder gezeigt, daß Kulturnationen in jedem Fall die stabileren Gemeinwesen bilden. Nur zu oft ist in der Vergangenheit die Staatsnation dagegen das Produkt rein gouvernementaler Entscheidung gewesen, ohne daß die betroffenen Bevölkerungsteile dabei ein Mitspracherecht hatten. Als staatsnational müssen aber auch jene Versuche angesehen werden, die anstelle kulturnationaler Zusammengehörigkeit eine andere Idee zur Grundlage staatlicher Organisation machen.

Für die Situation der deutschen Frage hat diese Unterscheidung eine von Meinecke überhaupt nicht vorauszusehende Bedeutung erlangt, weil hier

ein vorhandener Nationalstaat gespalten wurde, der die klassische Entwicklung von der reinen Kulturnation zum einenden Staat bereits hinter sich gebracht hatte und somit eine historische Rückentwicklung stattfand. Wie waren die beiden Teile Deutschlands unter dem Gesichtspunkt der Nationstypologie zu definieren? Konnte die Kulturnation unter der staatlichen Teilung wirklich auf Dauer überleben, oder mußten sich nicht die beiden Staaten im Laufe der Zeit zu Gemeinwesen mit eigener kultureller Identität entwickeln, also zu separaten Staatsnationen werden, die sich nur noch über die relative Beliebigkeit ihres staatlich verfaßten Territoriums definierten? Mit anderen Worten, wäre unter bestimmten Voraussetzungen das Aufgehen der Kulturnation in zwei neue Staatsnationen grundsätzlich überhaupt denkbar gewesen, wie es kommunikations- oder besser partizipationstheoretische Ansätze nahelegen⁷⁾. Es geht also letztlich um die Frage, inwieweit ethnisch-kulturelle und historisch-genetische Faktoren im Sinne eines aufklärerischen Politikbegriffs für die Selbstdefinition von politischen Großgemeinschaften obsolet geworden sind. Um dieses zu klären, müssen wir uns einige wichtige Definitionen des Wesens von Nationen näher anschauen.

Die *objektiven* Definitionen stellen auf bestimmte, für die Nation signifikante Merkmale ihrer Mitglieder ab, die unabhängig vom Willen der einzelnen die Nation konstituieren. Gemeinsame Herkunft, Geschichte, Sprache und Kultur sind die Merkmale, die in erster Linie immer wieder genannt werden.

Die Erklärungsbedürftigkeit beginnt bereits mit dem Merkmal der gemeinsamen Sprache. Eine deutsche Sprache als gemeinsames Erkennungsmerkmal ist praktisch erst durch Luthers Bibelübersetzung geschaffen worden. Zwei voneinander durch die zweite germanische Lautverschiebung getrennte Sprachen, das Hoch- und das Niederdeutsche, wurden durch sie erst in einer gemeinsamen Hoch- und Literatursprache überwölbt⁸⁾. Zudem hat sie die nationale und damit staatsrechtliche Separationen nicht verhindern können. Das Beispiel Österreichs mag für den deutschsprachigen Raum

⁵⁾ Friedrich Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat*, Meinecke Werke, hrsg. von Hans Herzfeld u. a., Bd. 5, München 1962.

⁶⁾ Ebd., S. 10.

⁷⁾ Vgl. Gregory Hendersen/Richard Ned Lebow/John G. Stoessinger, *Divided Nations in a Divided World*, New York 1974.

⁸⁾ Vgl. Eugen Lemberg, *Überlebenschancen der Nation im internationalen und historischen Vergleich*, in: *Deutsche Studien*, 10 (1972) 37, S. 51.

historisch nicht unproblematisch sein; die Schweiz jedoch kann durchaus als ein solches gewertet werden. Ebenso hat eine gemeinsame englische Sprache durchaus verschiedene Nationen entstehen lassen. Gleiches gilt für das Spanische und den südamerikanischen Raum. Die Formel der Frankfurter Nationalversammlung: „Soweit die deutsche Zunge klingt“⁹⁾, war bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wie die gemeinsame Sprache überhaupt, kein hinreichendes Merkmal für die Bestimmung einer Nation. Die Sprache kann überdies nicht generell als objektives Merkmal angesehen werden, da ihre Veränderung und Differenzierung oft gerade das Produkt vorausgehenden nationalen Willens ist¹⁰⁾.

Andererseits ist die Nation ohne eine gewisse sprachliche Homogenität nicht denkbar. Schon wegen der schlechthin entscheidenden Bedeutung der Sprache für die Kultur im weitesten Sinne müssen mehrsprachige Gemeinwesen stets als Staatsnationen begriffen werden.

Die nationalstaatlich geprägte Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts hat die Vorstellung abstammungsmäßiger Zusammengehörigkeit¹¹⁾ zum entscheidenden Ausgangspunkt ihrer Überlegungen gemacht, ohne sich allerdings allzusehr um genaue Abgrenzung der einzelnen ethnischen Gruppen zu kümmern. Weder realhistorisch noch sprachgeschichtlich läßt sich dieser Ansatz halten. Bis in unser Jahrhundert hinein ist die Mitte Europas in nicht unerheblichem Maße auch ein ethnischer Schmelztiegel gewesen. Herders idealistische Lehre von den „Volksgeistern“, die allein den einzelnen Völkern geschichtsbildende Kraft zuschreibt, ist heute genauso wie die Vorstellung von der Nation als konstitutiver Abstammungsgemeinschaft, die die frühe Nationslehre etwa bei Johann Gottlieb Fichte, Carl Salomon Zachariae, Wilhelm Maurenbrecher, Friedrich Julius Stahl, Constantin

Frantz¹²⁾ oder Robert von Mohl weithin bestimmt hat, nicht ohne deutliche Einschränkungen anwendbar. Selbst haben diese Vorstellungen jedoch ihrerseits viel zur Bildung eines mythischen Nationalbewußtseins beigetragen. Unstreitig dürfte sein, daß sich im Laufe der Geschichte, beeinflußt durch besondere kulturelle, soziologische und historische Gegebenheiten, spezifisch ethnische Einheiten herausgebildet haben, die ihrerseits die Form der jeweiligen nationalen Identifikation maßgeblich mitbestimmt haben.

Einerseits kann sich das nationale Selbstbewußtsein praktisch nur durch den Rückgriff auf die Tradition oder geschichtliche Mythen legitimieren, andererseits wirkt ein so begründetes nationales Identifikationsmuster seinerseits im Sinne einer inneren Homogenisierung von sich aus fort. Otto Bauers Begriff der „Schicksalsgemeinschaft“ dürfte wohl die am meisten realistische Erklärung des Entstehens von ethnischen Gemeinschaften sein, weil sie die „nationale Eigenart“ anerkennt, ihre Entstehung jedoch als Ergebnis historischer Entwicklung deutet, deren Fortgang nach vorne offen ist. Er beschreibt die Nation als eine aus gemeinsamem „Erleben und Erleiden des Schicksals“ entstandene Kultur- und „Charaktergemeinschaft“. Für Bauer bringt „nur das in durchgängiger Wechselwirkung untereinander und in steter Beziehung aufeinander erlebte Schicksal“ die Nation hervor¹³⁾. In welchem Maße die Deutschen während der Teilung in diesem Sinne Schicksalsgemeinschaft und damit Charaktergemeinschaft geblieben sind, wird die Zukunft erweisen müssen.

Ein völlig entgegengesetzter Ansatz wird von den Vertretern der sogenannten *subjektiven* Nationstheorien verfochten. Hier konstituiert erst der Wille, eine Nation zu sein, die Nation selbst¹⁴⁾. Das Grundprinzip dieser Auffassung kommt wohl am prägnantesten in der berühmten Formulierung Er-

⁹⁾ Dazu: Günter Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1948/49, Düsseldorf 1977.

¹⁰⁾ Vgl. Heinz O. Ziegler, Die moderne Nation. Ein Beitrag zur politischen Soziologie, Tübingen 1931, S. 41.

¹¹⁾ Auf die nahe verwandten Rassentheorien braucht in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen zu werden. Die gesamte Problematik, inwieweit vererbare Merkmale und Eigenschaften möglicherweise „für spezifische Eigentümlichkeiten und Unterschiede der Kulturentwicklung kausale Bedeutung hatten“, ist in ihrer ganzen Bedeutung am prägnantesten in Max Webers Diskussionsbeitrag zu dem Referat von Franz Oppenheimer: „Die rassentheoretische Geschichtsphilosophie“ auf dem zweiten deutschen Soziologentag auf den Punkt gebracht worden. Vgl. Verhandlungen des 2. deutschen Soziologentages von 1912, Tübingen 1913, S. 188-190.

¹²⁾ Constantin Frantz definiert: „Gemeinsamkeit des Blutes, der Sprache, der Sitte sind also die konstitutiven Elemente der Nationalität.“ Ders., Die Naturlehre des Staates, 1870, S. 139.

¹³⁾ Otto Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. 2. Bd. der Marx-Studien. Wien 1924, in: Otto Bauer, Werkausgabe, Bd. 1, Wien 1975, S. 53.

¹⁴⁾ Einer der frühesten Theoretiker dieser Richtung in Deutschland ist Moritz Lazarus: „Man wundere sich nicht über die subjektive Natur, die wir dem Begriff Volk zuerkennen. Das Volk ist ein rein geistiges Wesen ohne irgend etwas, das man anders als bloß nach Analogie ganz eigentlich seinen Leib nennen könnte, wenn es auch nicht unabhängig ist von materiellen Verhältnissen. Volk ist ein geistiges Erzeugnis der Einzelnen, welche zu ihm gehören; sie sind nicht ein Volk, sie schaffen es nur unaufhörlich.“ Ders., Was heißt national?, Berlin 1880, S. 12 f.

nest Renans zum Ausdruck, der die Nation als „plébiscite de tous le jours“¹⁵⁾ definiert. Dabei kann entweder der Akzent mehr auf der Gefühls- und Bewußtseinsgemeinschaft oder mehr auf der Willensgemeinschaft, dem Willen also zur politischen Gemeinschaft, dem Streben nach einem gemeinsamen Staat, liegen¹⁶⁾. Die Problematik einer rein auf das voluntative Moment gegründeten Nationsdefinition und das entscheidende Gegenargument hat schon Bauer formuliert. Es könne, so entgegnet er, nicht das subjektive Bewußtsein der Zusammengehörigkeit sein, das eine Nation zusammenschließe, ohne daß zuvor ein objektives Merkmal der Zusammengehörigkeit existiere, dessen man sich bewußt werde¹⁷⁾. Noch ein anderes Argument gegen die rein willensnationale Konzeption wird oft übersehen, nämlich die Fremd- oder Außendefinition, die Tatsache also, daß eine Nation von anderen als solche identifiziert wird, mit der Folge, daß sich das einzelne Mitglied dieser Nation gegen eine Zurechnung seiner Person zu ihr gar nicht wehren kann¹⁸⁾. Es ist offenkundig, daß einerseits zwischen den *objektiven* Theorien und dem Begriff der Kul-

turnation sowie andererseits zwischen den *subjektiven* Theorien und dem Begriff der Staatsnation eine gewisse Affinität besteht.

Seit langem hat sich immer stärker die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Nation einseitig nach der objektiven oder subjektiven Auffassung nicht angemessen beschrieben werden kann. Beide Typen von Theorien beschreiben nur die zwei Seiten ein- und desselben Phänomens. Realistischerweise wird man davon ausgehen müssen, daß der Konstituierung einer Nation ein Auswahlprozeß objektiv bedeutsamer Merkmale zugrunde liegt. Modernere Ansätze fragen daher nicht mehr primär nach dem Wesen, sondern in erster Linie nach der Funktion der Nationsidee im sozialen Geflecht politischer Großgruppen. Zu nennen sind hier in erster Linie die kommunikationstheoretischen Ansätze¹⁹⁾, die jedoch so stark abstrahieren müssen, daß die eigentliche Spezifik der Nationsidee nur unzureichend erfaßt wird. Genauso unbefriedigend und unspezifisch bleibt die Bestimmung der Nationsidee als Ideologie²⁰⁾.

II. Nation, Staat und Demokratie

Für die deutsche Problematik und in Sonderheit für unsere Thematik ist naturgemäß die Bestimmung des Verhältnisses, in dem die Nation zum Staate steht, von besonderem Interesse. Während, bedingt durch die historische Entwicklung, in den angelsächsischen Ländern und auch in Frankreich Nation und Staat meist gleichgesetzt werden, haben in

Deutschland die späte staatliche Einigung und nicht zuletzt auch die Teilung des Landes eine deutliche Unterscheidung der Begriffe bewirkt.

Nachvollziehbar ist auch, daß für die völkerrechtliche Definition „mindestens der Kern staatlich organisiert“ sein muß, um als Nation zu gelten²¹⁾. Der Fall, daß Nation und Staat nicht identisch sind, kommt häufig genug vor. Würden beide zusammenfallen, so wäre der Begriff „Nationalstaat“ in der Tat ein Pleonasmus und der des „Nationalitätenstaates“ ein Widerspruch in sich²²⁾. Eine historisch einzigartige und völlig neue Entwicklung, die nur aus der Dominanz der Supermächte und ihres Kampfes um die Vorherrschaft nach dem Zweiten Weltkrieg heraus verstehbar ist, stellt der Fall Deutschlands, Koreas, Vietnams und Chinas dar. Hier wurden existierende Staaten, die tatsächlich deckungsgleich mit geschlossenen Nationen waren, in zwei oder mehrere Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geteilt. Das Unterscheidungskriterium war dabei ein transnationales.

¹⁵⁾ Ernest Renan, „Qu'est-ce qu'une nation?“, Vortrag in der Sorbonne, gehalten am 11. März 1882, veröffentlicht in: Oeuvres complètes, hrsg. von H. Psichari, Bd. 1, S. 887 bis 907 — „L'existence d'une nation est un plébiscite des tous les jours.“

¹⁶⁾ Vgl. H. O. Ziegler (Anm. 10), S. 47.

¹⁷⁾ Vgl. O. Bauer (Anm. 13), S. 25 f.

¹⁸⁾ Insbesondere Buchheim macht auf den Umstand aufmerksam, daß es nach 1945 die Siegermächte waren, die nationale Solidarität erzwangen, indem sie alle Deutschen für die Verbrechen des Nationalsozialismus haftbar machten. Diese Haftbarmachung bezeichnet er als „gewissermaßen die Hohlform nationaler Solidarität“. Hans Buchheim, Aktuelle Krisenpunkte des deutschen Nationalbewußtseins, Mainz 1967, S. 15.

¹⁹⁾ Der bedeutendste Vertreter dieser Richtung ist nach wie vor wohl Karl W. Deutsch, Nationalism and Social Communication, New York-London 1953; ders., Nationalism and social communication. An inquiry into the foundations of nationality, Cambridge 1966; ders., Der Nationalismus und seine Alternativen, München 1972.

²⁰⁾ So z. B. bei Eugen Lemberg, Nationalismus, 2 Bde., Reinbek 1964, Bd. 2, S. 250.

²¹⁾ Vgl. Dieter Blumenwitz, Der Nationenbegriff und die deutsche Frage, in: Zeitschrift für Politik, 32 (1985) 3, S. 269.

²²⁾ Vgl. ebd., S. 268.

Im Anschluß an Max Weber hat eine ganze Schule der Soziologie die Nation in erster Linie als politischen Verband verstanden und damit auf den Nationalstaat, „die weltliche Machtorganisation der Nation“²³⁾ reduziert. Damit zugleich lehnte Weber alle objektiven Merkmale ab und hielt auch den Begriff „Volk“ wissenschaftlich für unbrauchbar. In der Nachkriegsliteratur der Bundesrepublik findet sich aus ganz anderen Motiven eine ähnliche Tendenz, die Nation auf den Staat zu reduzieren. Man fürchtete in erster Linie die emotionalisierende Wirkung einer sich auf objektive Kriterien stützenden Definition²⁴⁾.

Das Verhältnis von Nation und Staat kommt definitorisch erst dann in ein plausibles Verhältnis, wenn man die ideengeschichtliche Entwicklung des Begriffs berücksichtigt. Die Idee der Nation ist nicht zufällig ein typisches Produkt der frühen Neuzeit, steht also an jener Schwelle, an der das universalistische Staatsverständnis des Mittelalters seine Integrationswirkung als Legitimationsidee bereits weitgehend verloren hatte. So verwendet etwa der Adel in Deutschland, unterstützt von den Humanisten, die Idee zunächst im Kampf gegen Kaiser und römische Kurie²⁵⁾, ohne daß sie sich jedoch als politische Leitidee der Zeit durchsetzen kann. Im Absolutismus wird, gestützt auf die naturrechtliche Vertragslehre Thomas Hobbes und die Souveränitätslehre Jean Bodins, der abstrakte Staat, nicht die Nation, zum Träger der Souveränität. Die Staatsraison²⁶⁾, vertreten durch die dynastische Herrschaft und ihre zentralistisch-rationalistische Verwaltung, wird zum letzten Zurechnungspunkt und zur Einheitsgebung für alles politische Geschehen.

Erst in der Französischen Revolution wird das Primat des Staates für die politische Entscheidung ab-

gelöst durch die sich zur alleinigen Trägerin der Souveränität erklärende Nation. Indem sich der Dritte Stand in der Formulierung des Abbé Emmanuel Joseph Sieyès zur „vollständigen Nation“ erklärt²⁷⁾, wird die eigenständige Souveränität des Staates aufgehoben und durch die Nation ersetzt. Sie wird dadurch zum obersten, nicht weiter ableitbaren politischen Gestaltungsprinzip²⁸⁾. Zugleich ist damit die Nation zum schlechthin entscheidenden Bezugspunkt und zur ausschließlichen Legitimationsgrundlage des Staates erhoben²⁹⁾. An dieser Stelle wird der rein instrumentelle Charakter der Demokratie im Dienste der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der Nation besonders deutlich; ein anderes Substrat der Demokratie als die Nation ist ohnehin gar nicht vorstellbar³⁰⁾.

Jeder Versuch, unter Absehung von ethnischen Merkmalen die Nation begrifflich allein durch den Staat zu konstituieren (Staatsnation), trägt den Keim eines Rückfalls in die Verabsolutierung der Staatsraison in sich und begünstigt so die Usurpation der Souveränität durch die *politische Klasse*. Nicht zufällig hat die Idee der Nation vor allen anderen denkbaren Legitimationsideen in breiten Bevölkerungsschichten seit jeher den meisten Rückhalt gefunden, schon, weil sie inhaltlich am handgreiflichsten und real erlebbar ist. Sprach- und Kulturgemeinschaft sind – wie schon Max Weber richtig erkannte – bis in die untersten Schichten der Bevölkerung die entscheidende Dimension der Teilhabe am Gemeinwesen³¹⁾. Der emanzipatorische Charakter der Idee der Nation reicht jedoch viel weiter, er bindet die Regierenden an die Regierten viel enger als sonst eine Legitimationsidee im Stande wäre. Die Unterscheidung von Nation und Staat kann daher grundsätzlich nur eine temporäre Unterscheidung sein. Die Nation steht zum Staate, wie Bernhard Willms richtig bemerkt, in einem Verhältnis wie der Entwurf zur Realisierung³²⁾.

²³⁾ Max Weber, Politische Schriften, Tübingen 1958² S. 14.

²⁴⁾ Ein Musterbeispiel für diese Tendenz stellen die Schriften Kurt Sontheimers dar: Die Wiederkehr des Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Sehnsucht nach der Nation? Drei Plädoyers, München 1966, S. 7–34; Nation und Nationalismus in der Bundesrepublik (Teil 1), in: Die Gesellschaft in der Bundesrepublik. Analysen, Göttingen 1971, S. 113–152.

²⁵⁾ Vgl. Luthers Schrift: An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung, 1520, W. A. 6, 404. Schon in dieser Schrift wird der verpflichtende Charakter dieser Legitimationsidee deutlich, wenn Luther den Adel zur Gerechtigkeit gegen das einfache Volk aufruft.

²⁶⁾ Vgl. Friedrich Meinecke, Die Idee der Staatsraison in der neueren Geschichte, München–Berlin 1924.

²⁷⁾ Emmanuel Joseph Sieyès, Qu'est-ce que le Tiers-État, Paris 1789.

²⁸⁾ Vgl. H. O. Ziegler (Anm. 10), S. 102.

²⁹⁾ Vgl. ebd., S. 97.

³⁰⁾ Deutlich wird hieran auch die völlige Abwegigkeit der Konzeption eines wie auch immer gearteten „Verfassungspatriotismus“.

³¹⁾ Vgl. Max Weber, Diskussionsrede zum Referat von Franz Oppenheimer zum Thema: Die rassentheoretische Geschichtsphilosophie (Anm. 11).

³²⁾ Vgl. Bernhard Willms, Die Deutsche Nation, Köln–Löwenich 1982, S. 46.

III. Das nationale Selbstverständnis in der Bundesrepublik

Durch die Teilung Deutschlands entstand schon frühzeitig die Notwendigkeit für beide deutsche Staaten, daß Verhältnis der eigenen Staatlichkeit zur Nation neu zu definieren. Die Selbstdefinition unterlag dabei auf beiden Seiten über die Jahrzehnte hinweg einem nicht zu übersehenden Wandel, der auch für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nation nachhaltige Folgen hatte. Bedenkt man, daß sich die verwandtschaftlichen Bindungen ersten Grades im Zeitraum zwischen 1953 und 1982 mehr als halbiert haben³³⁾, so überrascht die Tatsache, daß über die Jahre hinweg bei der großen Mehrheit der Bevölkerung das Ziel der Wiedervereinigung, wenngleich mit sinkender Priorität, stets bejaht wurde³⁴⁾. Lediglich in den jüngeren Jahrgängen war lange Zeit der Trend zu beobachten, den Begriff Deutschland auf die Bundesrepublik zu reduzieren³⁵⁾. Demoskopische Befunde erhalten in diesem Zusammenhang jedoch erst eine gewisse Aussagekraft, wenn man sie mit dem Wandel der nationalen Selbstdefinition der Bundesrepublik in der veröffentlichten Meinung in Beziehung setzt.

Schon am Beginn des westdeutschen Staates stand eine nicht weiter verwunderliche Unsicherheit der Selbstdefinition mit der Tendenz, die Konvergenz von Nation und Staatlichkeit durch verschiedene Surrogate zu ersetzen. Bezeichnend für die Tendenz, in der Teilung mehr als die ziemlich willkürliche Zerreißen gewachsener staatlicher Bande zu sehen, ist das bereits im Frühjahr 1945 veröffentlichte Buch Wilhelm Röpkes³⁶⁾, in dem er die noch

bevorstehende staatsrechtliche Teilung ziemlich genau vorhersah, und die Grenze zwischen West- und Ostdeutschland, die „zwei Welten“ voneinander trenne, als einen „Limes des Abendlandes“ bezeichnet, der „die vollkommene Scheidung der moralischen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze“ bedeute³⁷⁾. Wenn diese Überhöhung der Teilung auch nicht Allgemeingut wurde, so hatte Röpke doch damit ein Gefühl angesprochen, das unter Politikern und in Teilen der Bevölkerung durchaus auch vorhanden war.

Die Brüche des nationalen Selbstverständnisses traten in der Bundesrepublik in vollem Umfang jedoch erst Jahre später zutage. Formal knüpfte man an das Nationalverständnis der Weimarer Republik an, wobei jedoch die Revolution von 1848 und die Frankfurter Nationalversammlung bewußt dem nationalsozialistischen Mißbrauch nationalen Selbstgefühls entgegengestellt wurde³⁸⁾. Alte Begrifflichkeiten und Denkmuster fanden sich bei nahezu allen Parteien. Aufgrund des Provisoriumscharakters unterließ man bewußt jeden Bezug zur staatsrechtlichen Realität³⁹⁾. Für die damalige Zeit, in der man noch von einem raschen Zusammenbruch des zweiten deutschen Staates hatte ausgehen können, mochte das für eine gewisse Zeit angehen.

Problematisch blieb jedoch die Kombination von zwei Staatszielen in der Präambel des Grundgesetzes, die bis heute nicht restlos kompatibel sind, nämlich, wie es dort heißt: „die nationale und staatliche Einheit zu wahren und in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Während das erste Ziel äußerst konkret gefaßt wurde,

³³⁾ Nach einer Umfrage des demoskopischen Instituts Allensbach gaben 1953 noch 17 Prozent der befragten Bundesbürger an, Verwandte ersten Grades in der DDR zu haben. 1982 hatte sich der Anteil auf acht Prozent reduziert. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. 8, München 1983, S. 208.

³⁴⁾ Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann, Eine demoskopische Deutschstunde, Zürich 1983, S. 87–90.

³⁵⁾ Nach Untersuchungen aus dem Jahre 1980 empfanden lediglich 20 Prozent der über 60jährigen, jedoch 65 Prozent der 14- bis 19jährigen die DDR als Ausland. Vgl. Anne Köhler, Einstellungen und Meinungen der bundesdeutschen Bevölkerung zur DDR und Deutschlandpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Aussagen Jugendlicher, in: Politik und Kultur, 7 (1980) 4, S. 50. Vgl. dazu auch: Jürgen C. Heß, Westdeutsche Suche nach nationaler Identität, in: Die deutsche Frage in der Weltpolitik, hrsg. von Wolfgang Michalka, Stuttgart 1986 (Neue politische Literatur, Beihefte, 3) S. 44.

³⁶⁾ Vgl. Wilhelm Röpke, Die deutsche Frage, Erlenbach-Zürich, 1945. Nicht ohne Berechtigung hat Schwarz in ganz entscheidendem Maße Röpke „die geistige Vaterschaft der Bundesrepublik“ zuerkannt. Er habe mit seiner Studie „die prägnanteste Darstellung des Konzepts einer Westintegration Deutschlands bei gleichzeitiger Teilung des Lan-

des . . .“ geliefert. „Alle wesentlichen Elemente und Argumente dieser Politik“, die später von alliierten und westdeutschen Politikern entwickelt wurden, seien bereits hier zusammengefaßt gewesen. Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980², S. 393 f.

³⁷⁾ Ebd., S. 248 ff.

³⁸⁾ Das geschah zum Teil unter Verkenning der außenpolitischen Konzeptionen, die in Frankfurt von der Mehrheit vertreten wurden. Auf die Problematik hat Lewis Namier bereits 1948 hingewiesen. Er vertrat die These, der außenpolitisch expansive deutsche Nationalismus sei eher eine Konsequenz der vielgerühmten Paulskirche als der Persönlichkeit Bismarcks oder des Preußentums. Schließlich waren nach Namier „diese deutschen Liberalen“ die wahren Vorläufer Hitlers. Vgl. Lewis Namier, 1848 – The Revolution of Intellectuals, London 1948, S. 38.

³⁹⁾ Vgl. Jörg Gabbe, Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik, Meisenheim am Glan 1976, S. 86, 99.

blieb das zweite, trotz zeitweiliger Europabegeisterung, stets eine Formel, deren Ausfüllung je nach Belieben zwischen einem rein geistigen europäischen Zusammengehörigkeitsgefühl und den „Verinigten Staaten von Europa“ in allen denkbaren Ausgestaltungen variieren konnte. Dennoch wurde bei allen demoskopischen Umfragen seit 1948 dem Ziel der europäischen Einigung nahezu im gleichen Maße zugestimmt wie dem der Wiedervereinigung Deutschlands⁴⁰).

Die Zwiespältigkeit des Orientierungsangebotes wurde in den fünfziger Jahren noch durch den Deutschlandvertrag verstärkt, in dem es der Regierung Adenauer gelungen war, die westlichen Siegermächte auf das gemeinsame Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands festzulegen. Die Orientierungskrise wurde lange durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den durch ihn hervorgebrachten Wohlstand überdeckt. Die Entwicklung eines bundesdeutschen Eigenbewußtseins ließ bis Anfang der sechziger Jahre schon die Auseinandersetzung zwischen Ost und West um die legitimierte Vertretung der gesamten Nation nicht zu. Besonders der Mauerbau machte deutlich, wie wenig die Deutschen Herr im eigenen Lande waren. Das bis dahin weitverbreitete Vertrauen der Bevölkerung in die westlichen Verbündeten, insbesondere die USA, bekam hier erstmals einen deutlichen Rückschlag⁴¹).

Seit Beginn der sechziger Jahre, also nicht zufällig seit jenem Zeitpunkt, als das Scheitern der Politik des „Alleinvertretungsanspruchs“ und der Nichtanerkennung der DDR offenkundig wurde, kamen immer deutlicher Stimmen auf, die eine „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik als den entscheidenden nationalen Bezugspunkt verlangten. Das lief, wenn auch in völlig untypischem Sinne, darauf hinaus, den westdeutschen Staat als eine Art Staatnation zu begreifen, eine Nation, die sich allein durch den Staat als tragendes Element des Zusammenlebens ihrer Angehörigen definierte und die DDR somit mehr oder weniger als Ausland begriff. Als erster artikulierte diese Forderung 1963 der Philosoph Karl Jaspers⁴²).

Der Ausgangspunkt seiner seither vielfach übernommenen und variierten Argumentation, die

Deutschen müßten als Kriegsschuldige die volle Verantwortung für die nationalsozialistischen Verbrechen und die Folgen des Krieges tragen und hätten daher den Anspruch auf Wiedervereinigung verloren, ist historisch wie moralisch äußerst fragwürdig. Jaspers setzte gegen das Einheitspostulat den Deutschen das Ziel, Freiheit und Demokratie zum entscheidenden Wert ihres Zusammenlebens zu machen.

Eine noch deutlicher staatsnationale Konstruktion findet sich bei Kurt Sontheimer, der Anfang der siebziger Jahre die Distanzierung der Demokratie in der Bundesrepublik von den „problematischen Werten der Ganzheit der Nation, der Gemeinschaft, des Volkes“ forderte. Für die Bundesrepublik komme es darauf an, „das Interesse an der freiheitlichen Verfassung und ihrer Lebensform zur Grundlage unserer nationalen Zusammengehörigkeit zu machen“⁴³). Das gilt neben vielen anderen ebenso für Waldemar Besson, der 1970 zu einem „westdeutschen Patriotismus“ aufrief, da kein Staat auf die Dauer „ohne die erzwungene oder freiwillige Loyalität seiner Bürger“ gedeihen könne. Ein international verflochtenes Gemeinwesen wie die Bundesrepublik brauche „die Identität von Staat und Staatsvolk“⁴⁴).

In den siebziger Jahren verstärkte sich in der Publizistik noch die Auffassung, daß die Einheit der Nation obsolet, ja, die deutsche Nation selbst eine „Chimäre“⁴⁵) sei. Diese Konzeption einer auf die Bundesrepublik begrenzten staatsnationalen Schrumpfnation konnte jedoch nicht eigentlich plausibel machen, was denn über die bloße Staatsraison hinaus den Daseinsgrund für dieses Gemeinwesen, die Berechtigung, den einzelnen zu binden und zu verpflichten, ausmache. Mit anderen Worten, jede Legitimation, die nicht schon von vornherein die relativ willkürliche Form der vorfindbaren staatlichen Daseinsweise voraussetzte, mußte stets die Menschen im anderen Teil Deutschlands mitumfassen. Sie ausgrenzen zu wollen, wie es die staatsnationale Konzeption anstrebte, mußte bedeuten, die innere Begründung des Staates Bundesrepublik in der Legitimation des Status quo zu sehen.

Das Bestreben, die Nation auf die Bundesrepublik zu begrenzen, vermochte sich jedoch in der Innen-

⁴⁰) Vgl. Gebhard Schweigler, Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973, S. 189 ff.

⁴¹) Dazu besonders aufschlußreich: Kurt L. Shell, Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, Köln-Opladen 1965, S. 161 ff.

⁴²) Vgl. Karl Jaspers, Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1967; ders., Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen – Gefahren – Chancen, München 1966; ders., Antwort zur Kritik meiner Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik?“, München 1967.

⁴³) Kurt Sontheimer, Nation und Nationalismus in der Bundesrepublik, in: Die Gesellschaft in der Bundesrepublik, Teil II, hrsg. von Hans Steffen, Göttingen 1971, S. 150 f.

⁴⁴) Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 459.

⁴⁵) So etwa Wilfried von Bredow, Die Grundverpflichtung, eine Nation zu sein, in: liberal, 17 (1975), S. 470–474.

politik letztlich nicht durchzusetzen. Ganz im Gegenteil, der Grundlagenvertrag mit der DDR mitsamt dem dazugehörigen „Brief zur deutschen Einheit“ legte die künftige Deutschlandpolitik auf die Kulturnation mit dem immanenten Anspruch

auf die Wiederherstellung des gemeinsamen Nationalstaates fest. Die Formel von den zwei Staaten in einer Nation wie auch sämtliche „Erklärungen zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ sind dafür ein beredtes Zeugnis.

IV. Nationales Selbstverständnis der DDR

Erst verhältnismäßig spät nahm die SED Abschied von der Forderung nach der Einheit Deutschlands und damit von der Vorstellung einer einheitlichen deutschen Nation überhaupt. Von Anton Ackermanns Aufruf zu einem eigenen deutschen Weg zum Sozialismus über die „Volkskongreßbewegung“, die Parole „Deutsche an einen Tisch“ und Ulbrichts Konföderationspläne bis hin zur Politik der „Abgrenzung“ und der These von den zwei Nationen auf deutschem Boden war es ein weiter Weg. In der Rückschau betrachtet, wurde in der längeren Zeit der Existenz der DDR als selbständigem deutschen Staat zumindest verbal von einer deutschen Nation ausgegangen, die es, wenn auch unter sozialistischen Vorzeichen, wieder zu einem einheitlichen deutschen Nationalstaat zu formieren galt. Im Grunde war die nationale Attitüde der SED bis zuletzt immer ein Instrument im Kampf gegen die Bundesrepublik um die Legitimation der eigenen Diktatur und die Herrschaft über ganz Deutschland.

Karl Marx' Position zu übernehmen, daß die Arbeiter kein Vaterland besäßen⁴⁶⁾, hätte für die SED in der Auseinandersetzung der Systeme von vornherein die Niederlage bedeutet. Da der Anspruch auf die Führung der Nation nur historisch begründbar war, trennte man sich schnell vom generellen Verdikt Alexander Abuschs über die deutsche Geschichte als einem „Irrweg einer Nation“⁴⁷⁾ und differenzierte in der parteioffiziellen Geschichtsschreibung ab Anfang der fünfziger Jahre zwischen einem fortschrittlichen Traditionsstrang, der durch die DDR repräsentiert werde, und einem reaktionären, im Grunde antinationalen, als dessen Verkörperung die Bundesrepublik hingestellt wurde, wie es sinngemäß das „Nationale Dokument“ des Nationalrates der „Nationalen Front“ vom 25. März 1962 ausdrückte. Im Kampf um die deutsche Geschichte wurden von nun an sehr selektiv

bestimmte Teile, wie etwa die Befreiungskriege oder der deutsche Bauernkrieg von 1525 herausgelöst und einseitig der eigenen Tradition zugewiesen. Daß dabei die Marx'sche Periodisierung der Geschichte als Folie unterlegt wurde, versteht sich von selbst. Wenn man schon dem „Geschichtsbewußtsein“ und „Geschichtsbild“ ausgeprägten „Klassencharakter“ zumaß und auf ihre „außerordentlich starke emotionale Wirksamkeit“ für die „ideologisch-politische Haltung“ der Menschen setzte⁴⁸⁾, mußte das in der Auseinandersetzung um die nationale Legitimation zu einer Eigendynamik führen, die die Einbeziehung immer weiterer Teile der deutschen Geschichte erzwang. Das verschärfte sich im Zuge der Abgrenzungspolitik nach dem Grundlagenvertrag sogar noch weiter. Einen Höhepunkt erreichte dieser Zwang während der sogenannten Preußen-Renaissance in der DDR ab Ende der siebziger Jahre. Die SED erkannte die ideologische Notwendigkeit, sich auch dem zu stellen, was sie von nun an als „historisches Erbe“ bezeichnete. Wenn sich die DDR als „sozialistische deutsche Nation“ verstehe, so heiße dies, eine Nation, die ihrem Charakter nach sozialistisch, ihrer Herkunft nach deutsch sei, und das ergebe „die unabwiesbare Konsequenz, daß sie in ihrem Bewußtsein die gesamte deutsche Geschichte von der Warte des Sozialismus verarbeiten“ müsse. Von daher lasse sich ihr Geschichtsbild „keineswegs . . . nur auf die Gebiete begrenzen, die heute zur DDR gehören“⁴⁹⁾.

Damit hatte die DDR-Historiographie vor dem Geschichts- und Traditionsverständnis breiter Kreise der Bevölkerung kapituliert, für die historisches Erinnern selbstverständlich gesamtdeutsch orientiert blieb. Der Unterschied zwischen Bundesrepublik und DDR verengte sich so auf die Systemfrage. Schließlich wurde sogar eingestanden, daß es ein für die Bundesrepublik und die DDR gleichermaßen

⁴⁶⁾ Vgl. Marx-Engels-Werke Bd. 4, S. 479.

⁴⁷⁾ Alexander Abusch. Der Irrweg einer Nation, Berlin (Ost) 1946.

⁴⁸⁾ Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1978³, S. 287.

⁴⁹⁾ So Horst Bartel/Walter Schmidt, in: Einheit, (1984) 2, S. 113.

Ben verfügbares Erbe gebe⁵⁰). Daß Sprache und Herkunft übereinstimmten, konnte ohnehin nicht bestritten werden. Seit dem IX. Parteitag der SED wurde die eigene sozialistische Nation in der DDR praktisch ausschließlich mit ihrer Staatlichkeit begründet. Im Programm von 1976 heißt es dementsprechend: „Die sozialistische Nation . . . umfaßt das Volk der Deutschen Demokratischen Republik und ist gekennzeichnet durch den souveränen sozialistischen deutschen Staat auf deren Territorium“⁵¹). Selbstverständlich war man bestrebt, die sozialistische Nation durch eine sich entwickelnde „sozialistische Nationalkultur“ zu untermauern⁵²). Bei aller Rhetorik konnte nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß die DDR eben kein Nationalstaat war, sondern im klassischen Sinne der Versuch, eine Staatsnation aus einem Prinzip heraus zu bilden; daß von der Bevölkerung weithin abgelehnt wurde. Tilman Mayer spricht ihr mit Recht jede „nationsbildende Kraft“ ab, da ihre Identität nicht auf die DDR begrenzt sei. In einem Raum, der eine nationalstaatliche Ordnung in Freiheit zulasse, sei eine „staatsnationale Separation“ ohnehin kaum erfolgreich⁵³).

Mit diesem Nationsverständnis befand sich die SED in einem unüberbrückbaren Widerspruch zur offiziellen sowjetischen Nationsdefinition, die von Stalin entwickelt wurde und 1919 Aufnahme in das Parteiprogramm der KPdSU fand. Sie zählt das Element der Staatlichkeit bewußt nicht zu den Merkmalen einer Nation. Später hat Stalin zwar zwischen kapitalistischen und sozialistischen Nationen unterschieden, dieses jedoch nur auf den unterschiedlichen Entwicklungsgrad des Klassenkampfes bezogen⁵⁴).

Über die innere Einstellung der Menschen in der DDR zum SED-Staat und die Identifikation mit dem Konstrukt einer „sozialistischen Nation“ lassen sich heute zwar eher Aussagen treffen als vor der Öffnung der Mauer, doch ein objektives Bild läßt sich schon deshalb nur schwer zeichnen, weil die nachträgliche Bewertung durch die betroffene Bevölkerung bereits den Zusammenbruch des Versuchs einer eigenen Nationsbildung mit einbezieht. Generell haftet staatsnationalen Konstruktionen etwas Künstliches an. Im Falle der DDR wird das noch durch den Umstand verstärkt, daß die staatsnationale Separation grundsätzlich nicht auf der demokratischen Willensentscheidung der Bevölkerung basierte. Wieweit im Einzelfall die Identifikation einem durch die Verhältnisse erzwungenen Sich-arrangieren entstammten, also mehr oder weniger einem von außen bestimmten Identitätszwang entsprachen, läßt sich nachträglich nicht eindeutig bestimmen.

Die Hinweise jedenfalls, denzufolge die Mehrheit der Menschen in der DDR sich über alle Altersgruppen hinweg, unter den Jugendlichen vielleicht noch mehr als unter den Älteren, mit einer transgouvernementalen gesamtdeutschen Kulturnation mitsamt dem Willen zur staatlichen Wiedervereinigung identifiziert haben, sind so zahlreich, daß sie an dieser Stelle gar nicht alle aufgezählt werden können. Ob die vornehmlich seit den siebziger Jahren in der Bundesrepublik von Wissenschaftlern und Publizisten vorgetragene Behauptung, in der DDR habe sich ein Bewußtsein der Eigenstaatlichkeit und des Stolzes auf die eigene Leistung⁵⁵) entwickelt, mehr oder weniger westdeutschem Wunschdenken entsprach, soll hier nicht untersucht werden.

V. Zusammenfassung

Faßt man den bisherigen Gang unserer Überlegungen zusammen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß es ganz bestimmte Bedingungen und

Konsequenzen des Bewußtseins von Nation waren, die ein Auseinanderleben der Deutschen trotz einzelner Hinweise darauf in nahezu vierzig Jahren verhindert haben. Zuerst muß hier festgehalten werden, daß der Kern der gemeinsamen deutschen Kulturnation im wesentlichen unbeschädigt blieb. Lange hat die SED selbst auf ihn gesetzt und erst seit Beginn der siebziger Jahre versucht, im Wege der Entwicklung einer eigenen Staatsnation eine

⁵⁰) Vgl. Erhard Hexelschneider/Erhard John, *Kultur als einendes Band? Eine Auseinandersetzung mit der These von der „einheitlichen deutschen Kulturnation“*, Berlin (Ost) 1984, S. 72.

⁵¹) IX. Parteitag der SED Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976, S. 56 f.

⁵²) Ebd., S. 57.

⁵³) Tilman Mayer, *Prinzip Nation*, Opladen 1988, S. 26.

⁵⁴) Zur Grundproblematik vgl. Boris Meissner, *Der sowjetische Nationsbegriff und die Frage des Fortbestands der deutschen Nation*, in: *Europa-Archiv*, 32 (1977) 10, S. 315–324.

⁵⁵) Eine interessante Zusammenstellung maßgeblicher Behauptungen in diese Richtung findet sich bei: G. Schweigler (Anm. 40), S. 80–105. Teilweise wurden sie auch von dem zeitweiligen Nestor der „DDR-Forschung“ in der Bundesrepublik, Peter Christian Ludz, vertreten.

spezifische DDR-Nationalkultur aufzubauen. Spätestens ab Ende der siebziger Jahre mußte dieser Versuch jedoch als gescheitert angesehen werden. Die Kommunikation zwischen den Menschen riß keineswegs ab. Auch blieb eine gemeinsame Nationalkultur erhalten, an der die Menschen in der DDR zumindest passiv über Fernsehen und Rundfunk teilnehmen konnten.

Ebenso war der Versuch der SED, die Begründung der eigenen Nation im Wege der Separierung der deutschen Geschichte zu untermauern, durch die damit einhergehende Verwicklung in Widersprüche von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Die Zentralidee ihrer staatsnationalen Separation, die unterschiedlichen „Produktionsverhältnisse“ in beiden deutschen Staaten, konnte den Wesensgehalt des Nationalen nicht betreffen. Entscheidender aber noch war der Umstand, daß dieser „sozialistischen Nation“ jegliche Souveränität fehlte, das Konstrukt im Grunde ein Rückfall in eine vordemokratische Entwicklungsstufe des Staatsgedankens war, dem Absolutismus nicht unähnlich. So mußte die Idee der Nation mit dem Ziel der Wiederherstellung eines ungeteilten Nationalstaates, naheliegenderweise zum mentalen Reservat gegen den stets gängelnden totalitären Staat werden.

Auch im Westen hat sich — abgesehen von allen normativen Vorgaben in der Präambel des Grund-

gesetzes — die staatsnationale Separation, das Konzept einer auf die Bundesrepublik reduzierten deutschen Nation, als undurchführbar erwiesen. Dem Versuch, die Demokratie selbst zum konstituierenden Moment der Nation zu machen, unterlag die Verwechslung von politischem Subjekt und politischer Ausdrucksform. Im Grunde wurde damit die denkwürdige Voraussetzung der Demokratie, die Selbstdefinition des Trägers politischer Souveränität, übersehen: Volkssouveränität ohne Volk kann es nicht geben. Das kulturnationale Zusammengehörigkeitsbewußtsein war, wie sich jetzt erweist, stärker als jede rationalistische Gesellschaftskonstruktion. Die historische Entwicklung der Deutschen war sicherlich nicht frei von problematischen Phasen und Brüchen, aber gerade darin, der Eigenschaft Schicksal zu sein, liegt vielleicht ihre besondere Bindungswirkung.

Nicht zuletzt waren es auch die Siegermächte, die nicht wenig zum Erhalt des bewußtseinsmäßigen Zusammenhalts der Nation beigetragen haben. Die Teilung war in Ost und West so unübersehbar das Ergebnis des vorenthaltenen Selbstbestimmungsrechts der Nation, daß jede endgültige staatsnationale Separation den Stempel der Fremdbestimmung tragen mußte. Zudem haben die Siegermächte, über alle Grenzen hinweg, die Frage, was aus Deutschland als Nation werden sollte, selber offengehalten.

Gerd Langguth

Die deutsche Frage und die Europäische Gemeinschaft

I. Vorbemerkung

„Die Gemeinschaft freut sich auf den positiven und fruchtbaren Beitrag, den das ganze deutsche Volk im Anschluß an die bevorstehende Eingliederung des Staatsgebiets der DDR in die Gemeinschaft leisten kann.“ Dieser Satz aus den Schlußfolgerungen des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten am 28. April 1990 in Dublin markiert den Zusammenhang zwischen der staatlichen Einheit der Deutschen und der europäischen Integration. Die politischen Veränderungen in Deutschland haben wichtige Auswirkungen auf den Integrationsprozeß der Zwölf. So zeigte sich die Gemeinschaft auf dem Gipfel zuversichtlich, daß die Vereinigung Deutschlands „ein positiver Faktor in der Entwicklung Europas im allgemeinen und der Gemeinschaft im besonderen sein wird.“ Gleichzeitig wies aber der Gipfel auch darauf hin, daß in vielfältigen Fragen der deutschen Einheit die Gemeinschaft beteiligt sein will.

Gerade Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat immer wieder auf den Zusammenhang der deutschen und der europäischen Teilung hingewiesen: „Die deutsche Frage ist eben offen, so lange das Brandenburger Tor zu bleibt. Die offene Deutsche Frage ist Teil der offenen Europäischen Frage, einer Friedensordnung für Europa.“

Nicht nur die Deutschen selbst, auch die Europäer insgesamt wurden von der deutschen Frage — letztlich unvorbereitet — wieder eingeholt. Zwar wurde in allen wichtigen Grundsatzdokumenten die Verbindung der europäischen mit der deutschen Dimension angesprochen: sowohl im Grundgesetz des Jahres 1949, in den Deutschlandverträgen zwischen den drei westlichen Alliierten und der Bundesrepublik Deutschland der Jahre 1952/1954, in dem Harmel-Bericht des Jahres 1967 oder in der Erklärung zum vierzigjährigen Jubiläum des Nordatlantik-Vertrages 1989. Helmut Kohl erklärte beispielsweise im Januar 1989: „Ich bin mit Adenauer der Auffassung, daß Wiedervereinigung und europäische Integration kein Gegensatz sind.“¹⁾ In der politischen Öffentlichkeit kristallisierten sich vor der Wende des 9. November 1989 gelegentlich sol-

che Positionen heraus, die die westeuropäische Integration und die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992 als einen möglichen Gegensatz zu der die bundesdeutsche Politik verpflichtenden Präambel des Grundgesetzes interpretierten. Zwei Beispiele mögen dies belegen:

— Fünf Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion (Manfred Abelein, Heinrich Lummer, Michael von Schmude, Jürgen Todenhöfer und Herbert Werner) verlangten in einer Presseerklärung am 16. Januar 1989 von der Bundesregierung „ein klares, konkretes und unmißverständliches Bekenntnis zum Vorrang des Staatsziels der Wiedervereinigung vor dem Ziel der westeuropäischen Integration“. Sie forderten insbesondere das Auswärtige Amt auf, „diesen Vorrang der Wiedervereinigung in völkerrechtlich verbindlicher Form abzusichern“. Diese Pressemitteilung war die Reaktion auf Antworten des Außenministeriums zum Verhältnis von deutscher Frage und europäischer Integration, die von den Abgeordneten als „völlig unbefriedigend“ deklariert wurde: „Dies gilt vor allem für die Frage nach der Bereitschaft der Bundesregierung, durch einen völkerrechtlich verbindlichen Wiedervereinigungsvorbehalt sicherzustellen, daß das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhende Recht der Deutschen, frei und ohne Zustimmung Dritter über die Wiedervereinigung zu entscheiden, auch im Falle eines Beitritts zu einer Europäischen Union gewahrt bleibt.“

— Der SPD-Deutschlandexperte Egon Bahr hingegen resümierte im November 1988 mit seiner Rede „Nachdenken über das eigene Land“, daß die Vollendung eines europäischen Binnenmarktes einen Widerspruch zur Forderung nach Wiedervereinigung darstelle. „Das Grundgesetz will eine Revision des Status quo in Europa durch staatliche deutsche Einheit. Die Westeuropäische Union soll den Status quo unrevidierbar machen“, behauptete Egon Bahr, der in seiner Rede darauf hinwies, daß die Bundesrepublik bei Abschluß der Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) einen Wiedervereinigungs-

¹⁾ Die Welt vom 11. Januar 1989.

vorbehalt gemacht habe. Daher zeigte er sich auch erstaunt, „daß dem Bundesverfassungsgericht niemals ein Urteil darüber abverlangt worden ist, ob europäische Integration und Einheit einander widersprechen“.

Immer wieder hatte es in der Publizistik Hinweise dafür gegeben, die deutsche Einheit könne durch die westeuropäische Integration behindert werden. Als Beispiel hierfür sei Günter Gaus genannt: Der europäische Weg zementiere „gleichzeitig durch den weiteren Ausbau der Westeuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Teilung des Kontinents“, eine von Brüssel „betriebene europäische Spaltungspolitik“ enge die ohnehin geringen Handlungsvollmachten der osteuropäischen Staaten nur noch weiter zugunsten der Moskauer RGW-Zentrale ein: „Die EWG selbst ist die Säule, auf der westlicherseits die europäische Teilung ruht.“²⁾

So sehr zwar von den Führungspersonlichkeiten der gegenwärtigen Koalitionsregierung aus CDU/CSU und FDP wie auch von der Spitze der SPD die westeuropäische Integration als unverrückbarer Eckstein bundesdeutscher Politik interpretiert werden, so beeinflussen doch die Ereignisse in der DDR und insgesamt in Osteuropa die europäische Integration der Zwölf. Einige Mitgliedstaaten äußerten die Sorge, daß die Vertiefung der Gemeinschaft — d. h. ein schnelles Tempo bei der Verwirklichung der Vollendung des Binnenmarktes bis zum 31. Dezember 1992, die Schaffung einer Währungsunion, der verstärkte Ausbau der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und die Diskussion

über eine europäische Verfassung — durch die Tatsache behindert wird, daß vielfältige Energien der wirtschaftlich starken westeuropäischen Partner, vor allem der Bundesrepublik, nach Osteuropa umgeleitet werden. In einigen Mitgliedstaaten wird die Vermutung geäußert, das Interesse der Bundesrepublik an einer Vertiefung der westeuropäischen Integration lasse nach und die Investitionen bundesdeutscher Firmen würden insbesondere in den Randgebieten der Zwölfergemeinschaft reduziert.

Umgekehrt gibt es auch die Sorge in der Bundesrepublik, die enge Verflechtung mit der Europäischen Gemeinschaft könne die Handlungsfreiheit der Bundesrepublik behindern. Ein typisches Beispiel für diese Haltung ist der „Spiegel“-Herausgeber Rudolf Augstein: „Die Rechnung, daß alle, außer den Deutschen, ihre Interessen wahrnehmen dürfen, wird nicht aufgehen. Man wird von den Westdeutschen nicht verlangen können, daß sie der EG eilbedürftig unsachliche Zugeständnisse machen, nur damit die Ostdeutschen nicht dazukommen.“^{2a)} Doch zeigte das Revolutionsjahr 1989, daß die Deutschen in der DDR in der Lage waren, durch engagierten Protest im Inneren eine Diktatur abzustreifen und eine echte Revolution herbeizuführen — wobei vergessen wird, daß eine der großen europäischen Revolutionen eben in der heutigen DDR begonnen hat, ausgelöst durch Martin Luthers Reformation. Und Henry A. Kissinger hat recht, wenn er sagt: „Wie so oft seit dem Westfälischen Frieden von 1648 bildet Deutschland auch jetzt das Kernstück der revolutionären Veränderungen, die ganz Europa erschüttern.“³⁾

II. Einige historische Aspekte der europäischen Integration

Unzweifelhaft ist die Teilung der Deutschen mit der Teilung Europas verwoben. Auf einige Aspekte sei hier verwiesen:

1. Die Teilung Deutschlands war für die Deutschen insofern besonders folgenschwer, weil sich für sie durch die Teilung Europas zugleich das Problem ihrer nationalen Identität stellte. Polen ohne Kommunisten an der Spitze bleibt dennoch Polen. Ein verändertes Ungarn ohne Kommunisten an der Spitze bleibt ebenfalls Ungarn. Es war indes sehr logisch, wenn der einstige Cheftheoretiker der SED, Otto Reinhold, erklärte: „Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland haben? Natürlich keine!“ Trotz der Doktrin von der Allmacht der Partei konnte die SED-Führung keine eigene nationale Identität der DDR-Bevölkerung

erzwingen⁴⁾. Die Nationalhymne der DDR durfte jahrelang nicht mehr gesungen werden, denn der Text dieser von Johannes R. Becher formulierten Hymne mit der Forderung „Deutschland, einig Vaterland“ wurde als „eine Art geheime Verschlusssache behandelt“. In einem DDR-Kommentar zur Vereinigung der deutschen Staaten vom Januar 1990 heißt es denn auch: „Es gehört zu den fatalsten

²⁾ Günter Gaus, *Wo Deutschland liegt*. Eine Ortsbestimmung, München 1986, S. 174 f.

^{2a)} *Der Spiegel*, Nr. 47 vom 20. November 1989.

³⁾ *Welt am Sonntag* vom 14. Januar 1990.

⁴⁾ Siehe zu den gescheiterten Bemühungen der SED, eine eigene sozialistische deutsche Nation zu etablieren: Gerd Langguth, *Neuer Kurs in der nationalen Frage? Die Haltung der SED zur deutschen Einheit*, in: *Die politische Meinung*, (1988) 241.

politischen Fehlentscheidungen der einstigen Partei- und Staatsführung unter Honecker, daß sie das Fortbestehen der deutschen Nation kurzerhand verleugnete und die deutsche Frage für nicht existent erklärte. Wie die Ereignisse des Jahres 1989 bewiesen, war diese Politik destabilisierend für die DDR, für den Sozialismus und damit auch für den Frieden in Europa.“⁵⁾

2. Trotz mancher theoretischer Unterscheidung der Begriffe Staats- und Kulturnation haftete lange Jahre der Bundesrepublik Deutschland ein provisorischer Charakter an, während die DDR-Führung weitgehend auf eine Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland fixiert war, aber ohne hierbei die Ziele eines Sozialismus und die Herausbildung eines eigenen Nationalgefühles in der Bevölkerung durchsetzen zu können. Der provisorische Charakter der Bundesrepublik kam in Artikel 146 des Grundgesetzes zum Ausdruck: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Zwar verstand sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer definitiven Entscheidung für die Demokratie nicht als Provisorium — denn die klare Entscheidung lautete: Freiheit vor Einheit —, wohl aber in der Vorläufigkeit der staatlichen Ordnung. Den Forderungen, die auch in der bundesdeutschen Politik nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR erhoben wurden, waren durch entsprechende Urteile des Bundesverfassungsgerichtes Schranken gesetzt, wobei insbesondere Artikel 116 des Grundgesetzes durch die Festlegung des Begriffes „Deutscher“ eine deutsche Staatsbürgerschaft proklamierte. Dieses Rechtsinstitut der einen deutschen Staatsbürgerschaft war und ist das wichtigste institutionell bindende Element der Deutschen, weil es den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch der DDR-Bürger sicherstellt, in der Bundesrepublik Deutschland als Inländer behandelt zu werden. Dieses Rechtsinstitut führte dann auch zur Erosion der DDR, zu einer Massenflucht zu circa 300 000 Deutschen im Jahre 1989 und zu Übersiedlungsraten von bis zu 3 000 Personen pro Tag im Frühjahr 1990.

3. Das Grundgesetz verankerte indes zwei miteinander konkurrierende Grundtendenzen, da in der Präambel das deutsche Volk aufgefordert wurde, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

4. Gleichwohl trat in der Gründungsphase der Bundesrepublik ihre Abhängigkeit von der internatio-

nen Politik und auch von den Entscheidungen der früheren Siegermächte deutlich zutage, insbesondere bei der Bewältigung der Kriegsfolgen, den Bemühungen um den Wiederaufbau in einer bipolar gewordenen Zeit, in der die Bundesrepublik Deutschland gegenüber einem stärker werdenden Kommunismus Schutz in der Westintegration suchte⁶⁾. Aber nur durch diese Bindung konnte auch eine Handlungsfähigkeit (west)deutscher Politik wiederhergestellt werden. Darüber hinaus gab es unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Bemühungen, den nationalstaatlichen Egoismus durch die Schaffung internationaler Organisationen, vor allem den Vereinten Nationen, einzudämmen. So wurde mit den Vereinten Nationen eine Organisation ins Leben gerufen, die auf vergleichbaren utopischen Vorstellungen beruhte wie nach dem Ersten Weltkrieg der Völkerbund. Aber immerhin war der Versuch neu, in diesem Rahmen über Sonderorganisationen eine neue Weltwirtschaftsordnung zu begründen⁷⁾. So wurde dem Internationalen Währungsfonds (IWF) die Aufgabe zugewiesen, die Währungsrelationen zu stabilisieren, die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) sollte die internationalen Investitionen fördern und mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) wurde schließlich der Rahmen für multilaterale Verhandlungen über die Senkung der Zolltarife und die Beseitigung sonstiger Handelshemmnisse geschaffen. Und schließlich bot der amerikanische Außenminister George Marshall im Juni 1947 in einer Rede an der Harvard-Universität die finanzielle Hilfe der Vereinigten Staaten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas an. Ferner wurde der Europarat gegründet.

5. Als besonders bedeutsam hat sich indes die eindrucksvolle Rede Robert Schumans vom 9. Mai 1950 erwiesen, mit der eine Wende in der französischen Deutschlandpolitik herbeigeführt wurde. Es wurde von ihm vorgeschlagen, den Kohlebergbau und die Stahlindustrie Frankreichs und Deutschlands sowie aller anderen europäischen Staaten einer gemeinsamen europäischen Behörde zu unterstellen. Mit dem am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) — basierend auf den Überlegungen Jean Monnets — war die Bundesrepublik Deutschland als gleichberechtigtes Glied von den fünf anderen Vertragspartnern

⁶⁾ Siehe hierzu: Karl Dietrich Bracher, Kein Anlaß zu Teuto-Pessimismus, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. Mai 1989.

⁷⁾ Vgl. Louis Janz, Die Geschichte der europäischen Einigung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität Europas, München 1985, S. 82 ff.

⁵⁾ Radio Berlin International vom 16. Januar 1990.

akzeptiert worden⁸⁾). Damit war die Gründung der heutigen Europäischen Gemeinschaft vorgezeichnet. Der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland basierte u. a. auf Artikel 24 des Grundgesetzes, nach dem der Bund durch Gesetz „Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen“ kann — eine Neuheit im deutschen Verfassungsrecht. Diese Bestimmung sollte, wie Carlo Schmid als Berichterstatter in der zweiten Plenarsitzung des Parlamentarischen Rats vom 8. September 1948 ausführte, zeigen, daß „das deutsche Volk . . . entschlossen“ ist, „aus der nationalstaatlichen Phase seiner Geschichte in die übernationalstaatliche Phase einzutreten“⁹⁾.

Die eigentlich revolutionäre Bedeutung der westeuropäischen Integration seit dem EGKS-Vertrag besteht darin, daß die an dieser Integration beteiligten Staaten freiwillig Kompetenzen auf eine Gemeinschaft übertragen haben, ohne daß dies durch Gewalt erzwungen wurde. Damit wurde — anders als nach dem Ersten Weltkrieg — einem nationalstaatlichen Rückfall entgegengewirkt. Der Aufbau einer neuen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland war also mit der Europaidee eng verknüpft. Schnell stellte sich heraus, daß sich die Bundesrepublik Deutschland im Zentrum Europas zu einer Mittelmacht entwickelte, die eine kritische Größe besaß: „Sie ist zu stark, um für die anderen uninteressant zu sein. Sie ist zu schwach, um von den Interessen der Umwelt unberührt zu bleiben.“¹⁰⁾

Die zunehmende Verflechtung der bundesdeutschen Politik mit der Europäischen Gemeinschaft führte indes zu der Erkenntnis, daß das wirtschaftliche Potential eines 62 Millionen-Volkes durch eine politische Integration überdeckt ist, in der klassisches nationales Überlegenheitsstreben durch Kooperation in der EG gebändigt ist. Die bundesdeutsche Politik war also immer gezwungen, sowohl in nationalen als auch in europäischen Kategorien zu denken. „Ohne Übertreibung dürfen wir sagen: die Bundesrepublik Deutschland begreift sich heute als Teil ihrer Umwelt und handelt nicht isoliert. Bei ihrer Politik des Interessenausgleiches nimmt sie nicht nur Rücksicht auf das westliche Bündnis, in

dem sie sich fest verankert fühlt, sondern sie beachtet auch die besondere Interessenlage der sozialistischen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre neue Rolle als größere mittlere Macht, d. h. ihre natürliche, dem Gewicht nach zukommende Bedeutung akzeptiert.“¹¹⁾

6. Diese europäische Zusammenarbeit wurde zudem kombiniert mit einer engen Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika, die in einer Zeit des Kalten Krieges insbesondere den Deutschen in der Bundesrepublik Schutz gegenüber einem sich ausbreitenden Kommunismus versprach. Zugleich blieben die Souveränitätsrechte der vier Hauptsiegermächte über Deutschland als Ganzes erhalten.

Wie sehr der besondere Status gerade von Berlin für die früheren vier Hauptsiegermächte immer schon ein Hebel zur Beeinflussung deutscher Politik war, zeigt nicht nur das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin des Jahres 1971, sondern in symbolhafter Weise auch das Zusammentreffen der vier alliierten Botschafter, das auf sowjetisches Betreiben hin am Montag, den 11. Dezember 1989 zu einer offiziellen Botschafterkonferenz der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges führte. Damit trafen sich erstmals nach 18 Jahren — nach Abschluß der Vier-Mächte-Verhandlungen über Berlin — im alten Alliierten Kontrollratsgebäude in West-Berlin die Botschafter der vier Siegermächte. Zwar war offizieller Anlaß die Reagan-Initiative des Jahres 1987 zur Verbesserung der politischen Situation in und um Berlin, doch hat offensichtlich die Sowjetunion bei diesem Zusammentreffen versucht, den Gesprächsgegenstand insgesamt auf die deutsche Frage auszudehnen.

Dieses Treffen kann als ein Signal der Vier an die Deutschen gewertet werden, daß die deutsche Frage nicht nur den Deutschen alleine gehört. Allerdings mußten sich die Sowjets mit dieser Botschafterkonferenz in einem Dilemma befinden, weil sie in der Vergangenheit die Berufung der drei Westmächte auf den Vier-Mächte-Status von ganz Berlin als überholt zurückgewiesen hatten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Sowjetunion zeitweilig daran dachte, die Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes ins Spiel zu bringen, wenn ihr das noch die Möglichkeit gegeben hätte, die Entwicklung insbesondere in der DDR politisch beeinflussen zu können. Insgesamt muß also festgehalten werden, daß ein Friedensvertrag mit Deutschland noch aussteht. Die (gegen-

⁸⁾ Siehe hierzu unter anderem Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, München-Wien 1978, S. 403 ff; Carlo Schmid, *Erinnerungen*, Bern u. a. 1980, S. 514 ff; Herbert Müller-Roschach, *Die deutsche Europapolitik 1949–1977*, Bonn 1980, S. 9 ff.

⁹⁾ Parlamentarischer Rat, *Stenographischer Bericht*, 2. Plenarsitzung vom 8. September 1948, S. 15; siehe auch C. Schmid (Anm. 8), S. 361 ff.

¹⁰⁾ Werner Weidenfeld, *Land im Brennpunkt Europas. Die Europäische Qualität der deutschen Frage*, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), *Die Teilung Deutschlands und Europas. Zusammenhänge, Aufgaben, Perspektiven*, Bonn 1984, S. 22.

¹¹⁾ Hans-Adolf Jacobsen, *Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik 1919–1975*, in: *Vom Sinn der Geschichte*, Stuttgart 1976.

wärtig noch laufenden und) in Ottawa am 13. Februar 1990 beschlossenen „Zwei-plus-Vier“-Gespräche zwischen den beiden Staaten in Deutschland und den einstigen vier Siegermächten sollen,

nach Zielsetzung der beiden deutschen Regierungen, noch vor dem für den Herbst 1990 geplanten KSZE-Treffen zum Abschluß und zu friedensvertragsähnlichen Regelungen kommen.

III. Gibt es eine europäische Deutschlandpolitik?

Bislang war die oben erläuterte Zielsetzung der deutschen Einheit in der praktischen Politik der EG-Staaten nur von untergeordneter Bedeutung. Kenner der deutschen Szene wußten zwar, daß allein die Existenz der Insellage West-Berlins und die besondere statusrechtliche Situation Gesamt-Berlins ein dauerhafter Hinweis auf die Teilung Deutschlands war¹²⁾. Immer wieder mußte um die Einbeziehung West-Berlins in die Politik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft mit den osteuropäischen Staaten gekämpft werden. Die Situation um die geteilte Stadt war also ein Hinweis auf das Problem der deutschen Teilung. Zwar gab es bislang keine ausformulierte Deutschland- und Berlinpolitik der EG, doch gibt es in den Römischen Verträgen von 1957 eine Reihe von Hinweisen auf deutschlandpolitische Rahmenbedingungen der Gemeinschaft:

— Besonders bedeutsam ist hier Artikel 92, der die Beihilfenregelungen innerhalb der Gemeinschaft definiert, nach dem bestimmte staatliche Subventionen den Wettbewerb verfälschen. Als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar sind jedoch nach Artikel 92, Absatz 2 c, „Beihilfen für die Wirtschaft bestimmter durch die Teilung Deutschlands betroffener Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie zum Ausgleich der durch die Teilung verursachten wirtschaftlichen Nachteile erforderlich sind.“¹³⁾

— Als besonders wichtig hat sich das „Protokoll über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen“¹⁴⁾ erwiesen, das integraler Bestandteil der Römischen Verträge ist und

in dem sich die Vertragsparteien einigten, daß der Handel zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland nach der Rechtsauffassung der Bundesrepublik Deutschland kein Außenhandel ist: „Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereiches Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrages in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels.“

— Bei der Unterzeichnung der Verträge zur Gründung der EWG und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) gab die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zudem folgende Erklärung ab: „Als Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland gelten alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.“¹⁵⁾ Dieses Rechtsinstitut der einen deutschen Staatsbürgerschaft ist das wesentliche Element des Zusammenhalts der Deutschen in einer Nation.

— Die Vertragsparteien der Römischen Verträge gaben auch eine „Gemeinsame Erklärung betreffend Berlin“ ab¹⁶⁾, in der sie, „im Hinblick auf die besondere Lage Berlins und die Notwendigkeit seiner Unterstützung durch die freie Welt“ und „in dem Wunsche, ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung Berlins zu bekräftigen“ zum Ausdruck bringen, sie würden in der Gemeinschaft „ihre guten Dienste dafür einsetzen, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Lage Berlins zu erleichtern, seine Entwicklung zu fördern und seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern“. Daß die Gemeinschaft gerade Berlin einen besonderen Stellenwert einräumt, ist auch daraus zu ersehen, daß bei der Kommission

¹²⁾ Siehe hierzu: Gerd Langguth, Innerdeutsche und internationale Aspekte der Berlin-Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33—34/86, S. 35—46; ferner ders., Der Status Berlins aus Sicht der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/87, S. 37—53.

¹³⁾ Siehe auch Artikel 82 des EWG-Vertrages über „Ausnahmen für gewisse deutsche Gebiete“ in der Verkehrspolitik.

¹⁴⁾ Veröffentlicht auch im Bundesgesetzblatt 1957, III, S. 984; siehe hierzu u. a.: Michael Baumann, Der Innerdeutsche Handel 1989. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, in: Ilse Spittmann/Gisela Hellwig (Hrsg.), Edition Deutschland Archiv: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven, Köln 1989, S. 173 ff.

¹⁵⁾ Nach Artikel 116 des GG ist „Deutscher“ im Sinne des Grundgesetzes „vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“.

¹⁶⁾ Bundesgesetzblatt 1957, II, S. 67.

der stellvertretende Generalsekretär zugleich Berlin-Beauftragter ist¹⁷⁾.

— Außerdem gab die Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Geltung der Verträge für Berlin eine Erklärung ab, nach der sie sich vorbehält, bei der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde zu erklären, „daß die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft auch für das Land Berlin gelten“. Die Einbeziehung Berlins zeigt sich auch darin, daß — trotz einstiger indirekter Wahl der Berliner Abgeordneten zum Europäischen Parlament — diese im bisherigen Gegensatz zu ihren Bundestagskollegen volles Stimmrecht besitzen.

Trotz dieser eindeutigen rechtlichen Positionen, die die Bundesrepublik Deutschland in die Römischen Verträge eingebracht hat, kann nicht davon ausgegangen werden, daß die Europäische Gemeinschaft in der Vergangenheit die Deutschlandpolitik etwa zum Schwerpunkt erklärt hat. Zwar gab es im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenar-

beit (EPZ) vielfältige gemeinsame außenpolitische Aktivitäten der europäischen Staaten (so eine westliche Ostpolitik zu Fragen des Selbstbestimmungsrechtes oder zur Afghanistan-Politik der Sowjetunion). Indes hat die seit 1970 bestehende EPZ, die aufgrund einer politischen Übereinkunft außerhalb der Römischen Verträge zustande kam und erst jetzt aufgrund des Luxemburger Gipfels vom Dezember 1985 eine vertragliche Regelung erfahren hat, bisher die Deutschlandpolitik weitgehend ausgeklammert (allerdings gibt es eine Deutschlandpolitik der drei Mächte und der NATO-Mitgliedstaaten). Natürlich soll dabei nicht übersehen werden, daß es innerhalb der befreundeten westeuropäischen Staaten — wie übrigens auch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland selbst — unterschiedliche Auffassungen zur Wiedervereinigung gibt. Ein gewisses Aufsehen erregte in der Bundesrepublik Deutschland so im Jahre 1984 die Tatsache, daß der damalige italienische Außenminister Andreotti nicht nur formulierte: „Es gibt zwei deutsche Staaten, und zwei müssen es bleiben“, sondern auch das Gespenst eines „Pangermanismus“ als drohende Gefahr bezeichnete.

IV. Die Reaktion der EG auf den 9. November 1989

In der internen Gemeinschaftsdiskussion, so kurz vor und während des Europäischen Rates im Dezember 1989 in Straßburg, traten im Anschluß an den Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl die grundsätzlichen Aspekte der Deutschlandfrage wieder in den Vordergrund. Die Diskussion kulminierte schließlich in dem vom Europäischen Rat angenommenen Text, der sich in der „Erklärung zu Mittel- und Osteuropa“ der Europäischen Politischen Zusammenarbeit findet: „Wir streben die Stärkung des Zustandes des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf friedliche und demokratische Weise und unter Wahrung der Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.“ Dieser komplexe und sehr sorgfältig redigierte Text nimmt in seinem ersten Satz im wesentlichen eine Formulierung auf,

die schon im Brief zur Deutschen Einheit anläßlich des Moskauer Vertrages von 1970 enthalten ist und die seitdem in viele internationale Texte in ähnlicher Form aufgenommen wurde. Mit dieser Formulierung wird das Recht auf Einheit in freier Selbstbestimmung bestätigt. Im zweiten Satz wird dann auf die Notwendigkeit der Wahrung sämtlicher, in der Schlußakte von Helsinki niedergelegter Grundsätze hingewiesen. In diesem Zusammenhang sind zwei Grundsätze der Schlußakte von Bedeutung, nämlich die Unverletzlichkeit der Grenzen, sogleich aber auch die Möglichkeit, Grenzen durch friedliche Mittel und durch Vereinbarungen zu verändern. Nur um eine solche friedliche Veränderung kann es bei der deutsch-deutschen Grenze gehen. Im dritten Satz dieses Textes geht es um die Einbettung des Prozesses der Wiedererlangung der Einheit in die Perspektive der europäischen Integration. Damit wird erstmals im Namen der EG die Zielvorstellung bestätigt, zu deren Unterstützung sich die drei Westmächte bereits im Deutschlandvertrag von 1952 verpflichtet hatten¹⁸⁾.

¹⁷⁾ Die Einbeziehung West-Berlins in das Vertragsgebiet der EG kommt in dem Namen der Berliner Vertretung der EG-Kommission zum Ausdruck, der wie folgt lautet: „Vertretung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Außenstelle Berlin.“

¹⁸⁾ Siehe auch Horst G. Krenzler, Die Europäische Gemeinschaft und der Wandel in Osteuropa, in: EG-Nachrichten, Berichte und Informationen — Dokumentation, herausgegeben von der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Nr. 1 vom 16. Januar 1990.

Die Entwicklung in der DDR nach dem 9. November 1989 hat bei allen befreundeten Staaten und EG-Mitgliedern in der politischen Führung vielfach Überraschung ausgelöst. So versicherte der britische Außenminister Hurd am 16. November 1989 bei seinem ersten Besuch in Berlin, die Begeisterung über die Öffnung der Mauer werde überall in Großbritannien geteilt, aber: eine Wiedervereinigung stehe „nicht auf der Tagesordnung“. Mit dieser Erklärung sei das Prinzip der Selbstbestimmung nicht in Frage gestellt, das im Grundgesetz festgelegt und von den Westmächten in Erklärungen bekräftigt worden sei. Er wandte sich auch gegen eine Änderung des Berlin-Status¹⁹⁾. Auch die britische Premierministerin Margret Thatcher hatte vor übereilten Schritten auf dem Weg zur deutschen Einheit gewarnt. Die Regierungschefin erklärte in einem Interview des „Wall Street Journal“, die Hauptgefahr einer zu raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten liege darin, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow dadurch so große politische Probleme bekommen könnte, daß er möglicherweise stürze. Um eine allgemeine Destabilisierung in Europa zu verhindern, müsse die Wiedervereinigung „mit einer Geschwindigkeit kommen, die anderen Verpflichtungen Rechnung trägt und uns Zeit gibt, alles vorzubereiten“. Sie warnte die Bundesregierung davor, allzu egoistisch die nationalen Interessen zu vertreten²⁰⁾.

Auf einem Treffen der EG-Außenminister in Dublin am 20. Januar 1990 – also während der irischen EG-Präsidentschaft – gab es Divergenzen über das künftige Verhältnis der DDR zur EG. Denn der Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, hatte in mehreren Reden und Interviews – vor allem in seiner vielbeachtenden Rede vor dem Europäischen Parlament am 17. Januar 1990 anlässlich der Vorlage des Arbeitsprogrammes der Kommission für 1990 – immer wieder erklärt, daß die DDR ein Sonderfall ist und zum Ausdruck gebracht, daß eine DDR-Mitgliedschaft noch vor der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes denkbar ist²¹⁾. Hingegen äußerte sich der holländische Außenminister – unterstützt von seinem belgischen Kollegen – vor Journalisten, daß der DDR als eigenständigem Staat keine besondere Rolle zustehe. Vielmehr müsse die DDR wie jeder andere europäische Bewerber behandelt werden und die üblichen Bedingungen erfüllen. Der französische Au-

ßenminister nannte die Überlegungen über einen möglichen DDR-Beitritt „ein wenig verfrüht“, da die DDR noch nicht die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfülle²²⁾.

Auf dem Dubliner Sondergipfel der zwölf Staats- und Regierungschefs am 28. April 1990 war die staatliche Einheit der Deutschen uneingeschränkt begrüßt worden. Dort setzte sich auch die Linie des Präsidenten der EG-Kommission, Jacques Delors, durch, der sich schon sehr frühzeitig dafür ausgesprochen hatte, die DDR – weil „zur Familie gehörig“ – als einen „Sonderfall“ im Rahmen der Staaten Zentral- und Osteuropas anzusehen. Grundlage der Beratungen auf diesem Gipfel war die „Mitteilung“ der Kommission „Die Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung“, in der in präziser Form auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, daß die Gemeinschaftsgremien schon frühzeitig am deutschen Einigungsprozeß beteiligt werden müssen, da in vielfältigen Politikfeldern – beispielweise Wettbewerbsrecht, Regionalpolitik, Umweltschutz, Landwirtschaft – das EG-Sekundärrecht unmittelbar betroffen ist, und zwar insbesondere nach der staatlichen Einheit, wenn das Gebiet der DDR von der Geltung der EG-Verträge erfaßt wird.

Durch eine Vielzahl von Konferenzen – z. B. durch den Besuch von Bundeskanzler Kohl am 23. März bei der EG-Kommission in Brüssel und von DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière am 1. Juni – und durch Besprechungen auf der Fachebene wird darauf hingewirkt, daß möglichst bald – in einigen Politikfeldern auch mit Übergangsfristen – das EG-Recht auch in der DDR voll wirksam wird.

So sehr sich die europäischen Partner in der Bewertung der Entwicklung uneinig waren, so sehr konnten sie dabei nicht übersehen, daß durch die dramatische Übersiedlungswelle aus der DDR, die Bundesrepublik Deutschland in einen enormen Zugzwang gebracht wurde, da mehr und mehr die Grenze ihrer Aufnahmekapazität und auch der Belastbarkeit der Sozialleistungen erreicht wurde. Generell kann aber konstatiert werden, daß die westeuropäischen Staaten kein ausgefeiltes Konzept entwickelt hatten, wie sie der Herausforderung durch die deutsche Frage begegnen konnten. Vielmehr wurden die EG-Staaten, wie auch die USA und die Sowjetunion von den Ereignissen förmlich „überrollt“. Allerdings hatte sich – schon bevor es zur Öffnung der innerdeutschen Grenze kam – die Gemeinschaft Mitte 1988 auf eine Ostpolitik verständigt, die dem größer gewordenen politischen Spielraum der osteuropäischen Staaten nutzte.

¹⁹⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. November 1989.

²⁰⁾ Tagesspiegel vom 26. Januar 1990.

²¹⁾ Bislang wurde in der EG die Devise ausgegeben, daß neue Mitgliedschaften in der EG bis zum 31. Dezember 1992 ausgeschlossen sind, also auch der Beitrittswunsch Österreichs bis zu diesem Zeitpunkt keine Chance hätte.

²²⁾ Die Welt vom 22. Januar 1990.

V. Einige Aspekte zur künftigen Gestalt der EG

Die gegenwärtige Umbruchsituation in Europa ist im Kern durch die deutsche Frage bestimmt: In Deutschland standen sich als Folge des Kalten Krieges die beiden Supermächte gegenüber, vor allem in Berlin. Der rasche Wandel in Osteuropa und insbesondere der politische Zusammenbruch des bisherigen SED-Regimes in der DDR haben ganz zweifelsohne Auswirkungen auf die künftige Gestalt der Europäischen Gemeinschaft:

1. Ziel des europäischen Integrationsprozesses war die Überwindung des Nationalismus und insbesondere die Friedenssicherung zwischen Deutschland und Frankreich, die sich innerhalb von sieben Jahren in drei Kriegen gegenüber gestanden hatten. Der Gemeinsame Binnenmarkt, der bis zum 31. Dezember 1992 in den zwölf EG-Staaten Wirklichkeit werden soll, ist nach dem gemeinsamen Willen der meisten Politiker im EG-Europa lediglich eine Vorstufe auf dem Wege zu einer Europäischen Union. Doch wie die Gestalt, die Finalität eines solchen Einigungsprozesses aussehen wird, kann heute nicht exakt vorhergesagt werden. Die Überlegungen zur Schaffung eines Gemeinsamen Marktes entstanden indes aus der pragmatischen Einsicht, daß Nationalstaaten ihre politischen Kompetenzen allenfalls schrittweise auf eine Gemeinschaft zu übertragen bereit sind. Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung beweist, daß am Beginn des Integrationsprozesses die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes stehen mußte. Aber schon das Entstehen der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl – EGKS) zeigt, daß die Vertragspartner der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der damals erstarkenden deutschen Kohle- und Stahlindustrie diesen in der Nachkriegszeit besonders wichtigen Wirtschaftsfaktor durch Integration bändigen wollten. Gerade ausgelöst durch die deutsche Frage kommt eine Debatte über die Finalität der Gemeinschaft mit großer Geschwindigkeit auf uns zu.

2. Die Bündnispartner der Bundesrepublik Deutschland haben sich ebenso mit der deutschen Einheit abgefunden wie die Sowjetunion. Daß die von Moskau suggerierten Verlockungen politischer Neutralität in der Bundesrepublik Deutschland ohne Wirkung blieben, zeigt, daß die Bindungswirkung der westeuropäischen Integration zumindest bei den tragenden politischen Kräften der Bundesrepublik Deutschland stärker verankert ist, als dies gelegentlich im europäischen Ausland vermutet wird. Die westeuropäische Einigung war ja nicht

nur eine Antwort auf die Expansion der Sowjetunion, sondern auch das Bemühen um Einbindung Deutschlands. Der qualitative Fortschritt der europäischen Integration besteht eben darin, daß sich die Bundesrepublik Deutschland freiwillig in ein westliches Staatenbündnis einfügte, daß es also nicht militärisch in Schach gehalten werden mußte. Die Furcht vor einer Expansion des Kommunismus förderte diese Integration in die westliche Staatenwelt. In der jetzigen Zeit des raschen Wandels in Europa zeigt sich, daß der Warschauer Pakt hingegen nur durch imperialistische Drohgebärden der Sowjetunion zusammengehalten worden war. Auch der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe konnte deshalb nicht funktionieren, weil der Zusammenschluß der osteuropäischen Staaten nicht freiwillig, sondern erzwungen war. Hingegen ist die Europäische Gemeinschaft als ein Zusammenschluß souveräner Staaten in einer Zeit radikalen Umbruchs der eigentlich stabile Faktor in Europa. Insoweit spielt auch langfristig die EG eine eminent politische Rolle.

3. Auch im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Finalität der europäischen Integration muß die Frage nach den Rahmenbedingungen künftiger europäischer Sicherheitspolitik gestellt werden. Denn zur Politischen Union muß auch die Bereitschaft der EG-Staaten gehören, eines Tages ihre Sicherheitspolitik in der EG zu bündeln. Gelegentlich wird die Forderung erhoben, diese sicherheitspolitische Integration könnte außerhalb der EG auch im Rahmen einer neubelebten Westeuropäischen Union (WEU) geschehen. Damit könnte auch dem Problem der „immerwährenden Neutralität“ Österreichs entsprochen werden. Eine damit verbundene Abkoppelung der Sicherheitspolitik von dem Prozeß der politischen Integration der EG ist zwar möglicherweise im politischen Kalkül der Verbreiter solcher Überlegungen: damit wäre die EG ihrer Entwicklungsmöglichkeit hin zu einer sicherheitspolitischen Union beraubt und letztlich dazu verurteilt, auf dem Status einer Wirtschaftsgemeinschaft zu verharren. Wenn tatsächlich die gegenwärtige Umbruchsituation in Osteuropa eine neue Epoche der Ost-West-Zusammenarbeit signalisiert, dann wird die EG als Institution politischer Kooperation gegenüber Militärorganisationen noch weiterhin erheblich an Bedeutung gewinnen. Deshalb ist es notwendig, die Kompetenzausweitung der EG auch über solche Bereiche hinaus zu diskutieren, die bislang zum Kanon der alleinigen Reservatsrechte der Mitgliedstaaten gehören, die indes bündnispolitisch (mit Ausnahme Irlands) mit der NATO verwoben sind.

4. Die EG muß darüber hinaus ihre wirtschaftliche wie politische Attraktivität gegenüber den osteuropäischen Staaten erhöhen. Durch einen Beschluß des Weltwirtschaftsgipfels von Paris vom Juli 1989 wurde der EG-Kommission die Koordinierung der Hilfe von 24 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für Ungarn und Polen übertragen. Dieser Auftrag („Operation Phare“²³) ist inzwischen auch auf solche Staaten Mittel- und Osteuropas ausgedehnt worden, in denen gesellschaftliche Reformen eingeleitet wurden. Zu den Maßnahmen, die durch erhebliche eigene finanzielle Anstrengungen der EG ergänzt wurden, gehört beispielsweise eine Nahrungsmittelhilfe für Polen und später auch für Rumänien, ferner eine Garantie von Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) bis zu einer Milliarde ECU (ca. zwei Milliarden DM), darüber hinaus die Garantie einer Währungsanleihe an Ungarn über eine Milliarde US-Dollar und erhebliche Ausgaben für die Förderung von Investitionen im privaten Sektor. Auf dem Straßburger Gipfel vom Dezember 1989 wurde die Gründung einer Entwicklungsbank für Mittel- und Osteuropa beschlossen, an der sich auch außereuropäische westliche Staaten wie auch Länder Mittel- und Osteuropas selbst beteiligen werden. Am 29. Mai 1990 haben in Paris 42 Vertragsparteien schließlich das „Übereinkommen zur Errichtung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ unterzeichnet.

5. Innerhalb der osteuropäischen Staaten spielt die DDR — wie Jacques Delors als Präsident der EG-Kommission mehrfach betonte — eine Sonderrolle. Bedingt durch das besondere innerdeutsche Verhältnis, das auch in den Römischen Verträgen seinen Niederschlag fand, wird die DDR als zur „Familie“ gehörig bezeichnet. Durch die unterdessen beschlossene und zum 1. Juli 1990 in Kraft getretene „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ zwischen beiden deutschen Staaten ist die dritte der nachfolgenden Varianten wirksam geworden. Denn folgende drei Möglichkeiten einer Einbeziehung der DDR in die EG hatten sich zunächst angeboten:

a) *Die Assoziierung der DDR:* Dies setzte voraus, daß die DDR völkerrechtlich und staatsrechtlich zunächst ein unabhängiger Staat bleibt, auch wenn es eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland hätte. Eine Assoziierung der DDR in die Gemeinschaft hätte der DDR zwar die Rechte eines Mitgliedstaates der EG geben können, ihr jedoch nicht die Pflichten eines Mitgliedstaates aufbürden müssen. Was „Assozi-

ierungen“ konkret sind, ist durch das EG-Recht soweit gefaßt, daß sich hierbei vielfältige Möglichkeiten eröffnen ließen. Ein Assoziationsabkommen kann auch geschlossen werden, um eine Aufnahme als Mitgliedstaat vorzubereiten.

b) *Aufnahme der DDR als dreizehnter Staat in die EG:* Jacques Delors erklärte dies als möglich auch vor Vollendung des Binnenmarktes zum 31. Dezember 1992. Dieser Vorschlag hätte jedoch in einzelnen EG-Staaten, insbesondere in Großbritannien, Widerstand ausgelöst.

c) *Die staatliche Einheit der Deutschen führt automatisch zu einem territorialen Zugewinn für die Europäische Gemeinschaft.* Modell hierfür ist in vielfacher Weise die Angliederung des Saargebietes an die Bundesrepublik Deutschland. Denn bei der Rückgliederung des Saarlandes, nach der Ablehnung des Saar-Status mit der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit, bestanden zwar die Römischen Verträge noch nicht, wohl aber die 1951 gegründete EGKS. Nach seiner Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1957 wurde das Saargebiet automatisch vom Vertragswerk erfaßt²⁴).

6. Eine gute Ost- und Wiedervereinigungspolitik war in den Nachkriegsjahren auch immer eine gute Westpolitik. Dies weist auf den Aspekt der Stärkung beziehungsweise Vertiefung der Gemeinschaft hin. Immer mehr werden neue Überlegungen zur Schaffung einer europäischen Verfassung diskutiert, die insbesondere zu einer Stärkung des Europäischen Parlamentes führen sollen. Eine Regierungskonferenz, die im Dezember 1990 zu Fragen der Währungsunion ihre Arbeit aufnehmen soll, weist auf neue Dimensionen im währungspolitischen Bereich hin. Außerdem ist eine weitere Regierungskonferenz geplant, die sich mit institutionellen Fortentwicklungen der Gemeinschaft befaßt. Natürlich gibt es die Gefahr, daß die dramatischen Herausforderungen nicht nur durch die DDR, sondern generell in Osteuropa eine solche Vertiefung der Gemeinschaft behindern. Die Bundesrepublik kann indes leicht — im Falle der Verweigerung einer solchen Vertiefung — in den Verdacht geraten, sie sehe die Aspekte der staatlichen Einheit der Deutschen wichtiger als die europäische Integration an. Umgekehrt wird eine vorausschauende Europapolitik auch das Gebiet der heutigen DDR nicht nur allein den Westdeutschen überlassen.

²³ Siehe hierzu u. a. Pressemitteilung der EG-Kommission IP (90) 135 vom 16. Februar 1990.

²⁴ Siehe hierzu Ingo von Münch. Zum Saarvertrag vom 27. Oktober 1956, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaÖRV), 18 (1957), S. 1 ff. und 134 ff.

Die Überlegungen für eine Währungsunion der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR können Auswirkungen auf das europäische Vorhaben einer Wirtschafts- und Währungsunion haben, zumal die Gefahr besteht, daß eine deutsch-deutsche Währungsunion die Bundesrepublik finanziell wie politisch so anstrengen wird, daß sie sich nur noch „mit halber Kraft“ auf die Gemeinschaft konzentrieren könnte. Andererseits könnte die D-Mark auch einen Teil ihrer Stärke einbüßen, was dazu führen kann, daß die anderen westeuropäischen Währungen nicht mehr so stark von der DM abhängig sind. Die Schaffung einer deutsch-deutschen Währungsunion ist indes nicht mit den Überlegungen einer europäischen Währungsunion zu vergleichen: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf EG-Ebene ist ein multinationales Unternehmen, das auf dem Zusammenschluß von Volkswirtschaften mit einer marktwirtschaftlichen Grundorientierung aufbaut²⁵⁾.

Die Wirtschafts- und Währungsunion auf deutsch-deutscher Ebene, wie sie bilateral vereinbart wurde, muß indes erst bestimmten Grundsätzen der Marktwirtschaft im Gebiet der heutigen DDR zur Durchsetzung verhelfen. Selbst wenn die bundesdeutschen Anstrengungen sich sehr auf die politische und wirtschaftliche Einheit mit der DDR konzentrieren – und dies möglicherweise vorübergehend mit einem nachlassenden Investitionsinteresse in anderen europäischen Gebieten verbunden wäre –, so führt letztlich ein wirtschaftlich gestärktes Deutschland auch zu einer Stärkung der gesamten EG. Gleichwohl fürchten einige Mitgliedstaaten, daß die Einbeziehung des Territoriums der DDR in den Geltungsbereich der EG-Verträge zunächst zu einschneidenden Konsequenzen für das Finanzgefüge der Gemeinschaft führen wird, deren größter Nettozahler bisher die Bundesrepublik ist, da nach der staatlichen Einheit Finanzmittel im Rahmen der Regional-, Struktur- und Sozialpolitik auch auf die DDR umgelenkt werden müßten, die damit anderen Gebieten der Gemeinschaft verlorengelassen könnten. Befürchtungen dieser Art hat bislang die Bundesregierung durch die Erklärung entgegenzuwirken versucht, daß die deutsche Einheit nicht zu Lasten der anderen EG-Mitgliedstaaten gehen sollte.

7. Daß die Entwicklung in Deutschland von fundamentaler Bedeutung für die Gemeinschaft ist, dokumentiert auch die Tatsache, daß auf einem Sondergipfel in Dublin am 28. April 1990 die Konsequenzen der deutschen Einheit für die Politik der

EG diskutiert wurden. Andere europäische Regierungen kündigten frühzeitig an, sie wollten bei der deutschen Frage mitreden. So zeigte sich die italienische Regierung über die Formel „Zwei-plus-Vier“ verstimmt, derzufolge Bonn und Ost-Berlin sowie die vier Siegermächte über die Vereinigung beraten sollen. Auch Rom wolle – im Rahmen der EG und der NATO – mitreden²⁶⁾. Staaten außerhalb der EG – wie Polen und Jugoslawien – erneuerten ihre Reparationsforderungen an Deutschland²⁷⁾.

8. Die Neutralität Deutschlands wurde bislang von den politischen Führungspersonlichkeiten der Bundesrepublik auch deshalb abgelehnt, weil sich die Idee von einer politisch starken Gemeinschaft, in deren Rahmen die deutsche Frage am besten gelöst werden kann, durchgesetzt hat. Eine sicherheitspolitische Neutralität Deutschlands hätte folgenschwere Konsequenzen für die politische Finalität der EG: Damit würde ein Bereich – nämlich die Sicherheitspolitik – definiert, der sich der politischen Integration in einer künftigen Europäischen Union entzöge.

9. Da die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges noch keinen Friedensvertrag mit dem besiegten Deutschland abgeschlossen haben, werden die Fragen immer wichtiger, wie durch eine balancierte Sicherheitspolitik dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion – das im Februar 1990 mit dem Abzug der Truppen aus der Tschechoslowakei begonnen und gleichzeitig einen Truppenabzug aus Polen angekündigt hat – entsprochen werden kann. Hierzu gehört die Grenzfrage Deutschlands zu Polen genauso wie eine mögliche Entmilitarisierung des heutigen Gebietes der DDR. Ferner ist unklar, ob – und wenn ja, nur in einer klar definierten Übergangszeit? – sowjetische Truppen auf dem Gebiet der DDR verbleiben. Es wäre ein Novum für den Einigungsprozeß innerhalb der EG, wenn auf einem Territorium innerhalb der EG Truppen stünden, die nicht der NATO angehörten. Die NATO-Staaten ihrerseits weisen auf die Notwendigkeit des Verbleibens der Bundesrepublik in der NATO hin, da diese nicht nur ein Verteidigungspakt war, sondern auch eine politische Wertegemeinschaft darstellte. Möglicherweise wünscht die Sowjetunion – entgegen gelegentlich anderslautender Hinweise – die amerikanische Präsenz in Europa, um damit eine politische und militärische Stabilität in Mitteleuropa zu garantieren und um zu verhindern, daß ein erstarktes Deutschland außer

²⁶⁾ So der italienische Außenminister De Michaelis gegenüber Bundesaußenminister Genscher, in: Stuttgarter Zeitung vom 23. Februar 1990.

²⁷⁾ Generalanzeiger Bonn vom 23. Februar 1990.

²⁵⁾ Siehe hierzu die Rede Peter M. Schmidhubers, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, am 19. Februar 1990 in Bonn.

Kontrolle geraten könnte. Auszuschließen ist auch nicht, daß die Sowjetunion über ein vereintes Deutschland eine Ankoppelung an die EG erreichen will, zumal es Lieferverpflichtungen der DDR an die Sowjetunion gibt. Die DDR war 1989 mit rund 40 Prozent der größte Außenhandelspartner der Sowjetunion. Alle anderen europäischen RGW-Länder erzielten nur knapp 27 Prozent²⁸⁾.

10. Der Prozeß der deutschen Einigung und der weiteren Vollendung des Binnenmarktes wird voraussichtlich auch mittel- und langfristig den Beitrittswunsch mittel- und osteuropäischer Länder verstärken, die sich nicht auf die Freihandelszone EFTA „abschieben“ lassen wollen (von der mit Österreich ein wichtiges Mitglied schon einen Aufnahmeantrag in die EG gestellt hat). Am 19. Dezember 1989 fand zwar in Brüssel ein Treffen der EG mit Ministern der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation statt²⁹⁾, auf dem an die Notwendigkeit der Schaffung eines „Europäischen Wirtschaftsraumes“ zwischen der EG und den EFTA-Staaten erinnert wurde. Sie stimmten darin überein, „den Rahmen für eine stärker strukturierte Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und sämtlichen EFTA-Ländern gemeinsam abzustechen“. Für das Jahr 1990 sind entsprechende Verhandlungen vorgesehen. Bislang sind jedoch in den zentral- und osteuropäischen Staaten, insbesondere Ungarn, eher langfristige Tendenzen des Strebens nach einer EG-Mitgliedschaft sichtbar

(statt einer Aufnahme in die EFTA), wobei das in den Römischen Verträgen vorgesehene Instrument von Assoziationen (möglicherweise sogar mit Übergangsregelungen bis zu einer Aufnahme) auch analog zu historischen Beispielen ins Spiel gebracht wird.

11. Zwar wird zur Lösung der deutschen Frage auch immer wieder die KSZE als Instrument genannt, doch sind spezifische Fragen, die sich aus den völkerrechtlichen Reservatrechten der einstigen Siegermächte ergeben, nicht durch ein Forum von 35 Staaten zu lösen. Auch wird gelegentlich die Schaffung „gesamteuropäischer Institutionen“ gefordert, „die das Zusammenwachsen Europas im KSZE-Rahmen fördern“. Gleichwohl ist zu fragen, in welchem Verhältnis diese „gesamteuropäischen Institutionen“ zu den Institutionen der EG (und der NATO) stehen sollen.

12. Angesichts der rapiden Veränderungen in Deutschland und Europa kommt der Europäischen Gemeinschaft gerade deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil sie der eigentliche stabile politische Faktor in Europa ist – ein Gravitationszentrum, an dessen Stärke sich EFTA, die Sowjetunion und weitere Staaten des RGW orientieren, auch Mächte außerhalb Europas. Die nächsten Schritte der Zwölf werden entscheidend dafür sein, ob die EG lediglich zu einer geographisch immer größer werdenden Wirtschaftsgemeinschaft ausgebaut wird, oder ob die Faszinationskraft der europäischen Idee – die ja prinzipiell über die Zwölf hinausreicht – auch eine innere Stärkung der Gemeinschaft erfährt. Es bleibt abzuwarten, wie gerade die deutsche Politik auf diese gesamteuropäische Herausforderung reagiert.

²⁸⁾ Siehe hierzu: Wirtschaftswoche vom 23. Februar 1990.

²⁹⁾ Siehe Pressemitteilung der EG-Kommission vom 22. November 1989, ferner Pressemitteilung des Rates vom 19. Dezember 1989 (10949789–252).

Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Frage

Historische Entwicklungen und politische Optionen im Ost-West-Konflikt

I. Historische Belastungen und strukturelle Probleme westdeutscher Ostpolitik¹⁾

In der begründeten Hochstimmung über die Revolution in Ost- und Mitteleuropa von 1989 und über die bevorstehende Einigung von Bundesrepublik Deutschland und DDR scheinen die historischen Belastungen und strukturellen Probleme westdeutscher Ostpolitik in der Zeit des Kalten Krieges und der alten Entspannung schon fast vergessen. Die Vergegenwärtigung der Dilemmata, der Optionen und der Entwicklung dieser Politik kann jedoch Kriterien für die Beurteilung der außenpolitischen Chancen und Risiken der Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten liefern, die sich unter Umständen vollzieht, die von keiner politisch relevanten Gruppierung vorausgesehen oder auch nur vorausgedacht wurden.

Für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik bildeten drei übergeordnete Problemstellungen den Rahmen, in dem sich alle Varianten bewegen mußten: erstens das historische Erbe, insbesondere die Last der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkrieges; zweitens die Realität des Macht- und Systemkonflikts zwischen Ost und West; drittens die moralischen Probleme des Status quo. Aus diesen drei Problemstellungen ergaben sich eine Reihe widersprüchlicher Anforderungen.

1. Revisionismus oder Versöhnung

Die Westdeutschen haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit guten Gründen und aus freien Stücken für eine westliche Orientierung und gegen den Kommunismus ausgesprochen. Aber der Antikommunismus war auch eine Brücke zur Vergangen-

heit, nicht nur für die alten Nazis. Die Animositäten zwischen Deutschen und Polen reichen zurück bis ins Mittelalter, und die machtpolitischen Rivalitäten zwischen Deutschen und Russen waren eine wichtige Voraussetzung für den Ersten Weltkrieg. Nach 1945 waren fast alle Westdeutschen Revisio-nisten in dem Sinne, daß sie die territoriale Aufteilung Deutschlands nicht akzeptierten, und ihr Revisionismus richtete sich wieder in erster Linie gegen den Osten²⁾. Aber sie mußten sich doch auch fragen, ob nicht die Zeit gekommen war, ein für alle Mal den Kreislauf des Unrechts zu beenden, der einen großen Teil ihrer Beziehungen zum Osten geprägt hatte³⁾. Polen und Rußland waren wiederholt Gegenstand deutscher Aggression gewesen. Preußen hatte sich aktiv an den historischen Teilungen Polens beteiligt, Hitler-Deutschland inszenierte eine weitere, diesmal mit dem Ziel der Zerstörung nicht nur der politischen, sondern auch der kulturellen, ja der physischen Substanz dieser Nation. Rußland, obwohl der Komplizenschaft gegenüber Polen schuldig, hatte zweimal die Brutalität des deutschen Imperialismus erfahren. Die Verträge von Brest-Litowsk im Jahre 1918 waren ein primitives militärisches Diktat, weit härter als der Vertrag von Versailles, und die Pläne der deutschen militärischen Elite waren Vorläufer noch weit schlimmerer Unterdrückung und Zerstörung im Zweiten Weltkrieg⁴⁾.

¹⁾ Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete und stark gekürzte Fassung meines HSFK-Reports 7/1989 vom November letzten Jahres. Für einen ausführlicheren Anmerkungsteil, der auch die Lektüre und Anleihen zu diesem Papier angemessen dokumentiert, muß ich auf die Langfassung verweisen. Daß manche der in der älteren Version vertretenen Positionen zur Perspektive der deutsch-deutschen Beziehungen vom Lauf der Dinge überholt worden sind, räume ich gerne ein. Ich weise noch darauf hin, daß ich nicht streng zwischen Deutschland- und Ostpolitik unterscheide; ich verwende den Begriff Ostpolitik im weitesten Sinne.

²⁾ Die Saarfrage lasse ich hier außer acht. Ich verwende den Begriff „Revisionismus“ in dem engen Verständnis von „dreigeteilt – niemals“, einem früheren FDP-Wahlkampfslogan, obwohl ich mir sehr wohl bewußt bin, daß dieser Terminus sehr verschiedenartige, z. T. auch problematische historische und aktuelle Bezüge hat.

³⁾ Vgl. dazu besonders Günter Stökl, *Osteuropa und die Deutschen: Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft*. München 1970.

⁴⁾ Vgl. Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), *Frieden mit der Sowjetunion – eine unerledigte Aufgabe*, Gütersloh 1989, insbesondere die Artikel von Rolf-Dieter Müller über die Weimarer Zeit und Wolfram Wette über den Vernichtungskrieg. Zum Rußlandbild der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert und zu Brest-Litowsk vgl. auch Dietrich Geyer, *Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 34 (1986) 2, S. 147–159.

Mit der Totalitarismustheorie versuchten die Westdeutschen ihre Verantwortung für die Vergangenheit mit ihren revisionistischen Forderungen der Gegenwart zu versöhnen. Die moralischen Probleme des Revisionismus, insbesondere gegenüber Polen, wogen ironischerweise jedoch umso schwerer, je länger der zu revidierende Zustand anhielt. Im Jahre 1965 stellte ein Memorandum der protestantischen Kirche die Frage, ob sich aus dem Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht ein politischer oder sogar rechtlicher Widerspruch zu den Forderungen nach einer vollen Wiederherstellung des Gebietszustands von 1937 ergebe⁵⁾. Und was Rußland betraf, so mußten die Deutschen doch anerkennen, daß Formen der Politik, die sie und die Russen zweimal in eine Art Ausrottungskrieg gegeneinander gestellt hatten, nicht richtig gewesen sein konnten. Daraus resultierte eine grundlegende und spezifische Voraussetzung westdeutscher Ostpolitik: Der Zwang zur Kriegsverhütung, der sich aus der nuklearen Revolution und der Verwundbarkeit der Bundesrepublik ergab, wurde gestützt und ergänzt durch den politischen und moralischen Zwang zur Versöhnung. Die Frage war jedoch, wie dies mit den revisionistischen Forderungen in Einklang gebracht werden konnte, und zwar ohne das Hilfsmittel der Totalitarismustheorie, die pauschal Täter und Opfer gleichsetzte.

2. Revisionismus und Kalter Krieg

Der Platz und die Rolle Deutschlands in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von drei wesentlichen Faktoren bestimmt. Der erste Faktor war die territoriale Neuordnung in Osteuropa. Es war historisch nahezu unvermeidlich — nach allem, was in der Region vor und nach der Nazizeit geschehen war —, daß die Sowjetunion, die im Verein mit den Westmächten einen unprovzierten Krieg gegen Deutschland gewonnen und den Status der zweiten Supermacht erreicht hatte, territoriale Veränderungen fordern und auch erreichen würde. Der zweite Faktor ergab sich aus dem Problem, wie sich die Welt dauerhaft vor Deutschland schützen konnte. Die Institutionalisierung dieses Sicherheitsbedürfnisses lief keineswegs notwendigerweise auf die Teilung hinaus, obwohl die Teilung, auch die Teilung auf Dauer, zusätzlich zur Annexion der Ostgebiete, von Anfang an eine Möglichkeit bildete.

Es war der dritte Faktor, der dieser Variante historisch zunächst zum Durchbruch verhalf: der Kalte Krieg. Die beiden verbleibenden Teile Deutsch-

lands westlich der Oder-Neiße bekamen zentrale Bedeutung für die Sicherheit der neuen Bündnissysteme, umgekehrt waren die Allianzen wichtig für die Sicherheit der beiden deutschen Staaten. Die deutsche Frage wurde auf diese Weise zum integralen Bestandteil des Kalten Krieges, und die führenden Konfliktparteien begriffen in einem Prozeß des Tastens, der Herausforderung und des Widerstands, daß die Anerkennung des Status quo eine Voraussetzung dafür war, daß der Kalte Krieg tatsächlich ein kalter Krieg blieb.

Die deutsche Frage war ein ernsthaftes Problem im Verlauf des Kalten Krieges; aber so wie der Kalte Krieg eine ihrer Voraussetzungen war, so wurde er auch zur Lösung. Teilung und Integration der beiden Teile in die beiden Lager auf der Grundlage des Status quo bot Sicherheit vor Deutschland und vor der deutschen Frage. Natürlich hatten die Deutschen Probleme damit, Sicherheit so zu definieren, obwohl die führenden Eliten in beiden Teilen sich bewußt jeweils für ihre Seite im Ost-West-Konflikt und der Systemauseinandersetzung entschieden hatten⁶⁾. Der Kalte Krieg, und das ist die Ironie des deutschen Revisionismus, gab den Deutschen, insbesondere den Westdeutschen, soviel neues Gewicht, daß sie für eine Weile glauben konnten, sie würden darum herumkommen, die Rechnung für den verlorenen Krieg und die deutschen Verbrechen zu bezahlen, und das alte Reichsgebiet von 1937 wieder herstellen können. Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen: Ohne den Kalten Krieg wäre es den Deutschen möglicherweise nicht einmal gelungen, ihr west-deutsches Territorium zu sichern.

Der Kalte Krieg war einer der entscheidenden Gründe dafür, daß der westdeutsche Revisionismus, ein Revisionismus mit dem Unterton der nationalen Befreiung, noch einmal politisches Gewicht erlangen konnte⁷⁾; er war zugleich der Grund dafür, daß die Wiedervereinigung eine Illusion bleiben mußte, solange der Systemkonflikt die Ost-West-Beziehungen bestimmte. Die Teilung Deutschlands war damit determiniert. Um erfolgreich zu sein, hätte der westdeutsche Revisionismus Garantien dafür bieten müssen, daß er nicht wieder zu einer Gefahr für die europäische Ordnung wird. Das hätte eine gemeinsame Ost-West-Lösung für das Problem vorausgesetzt, wie Deutschland zu

⁶⁾ Die gravierende Asymmetrie bestand darin, daß die Grundorientierung der Bundesrepublik Deutschland von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde, während die Option der DDR-Führung von einer wohl ebenso breiten Mehrheit der Ostdeutschen abgelehnt wurde.

⁷⁾ Die Kommunisten in der DDR hatten ihre eigenen Vorstellungen von der Befreiung Westdeutschlands, die sie in aggressivster Form in der Frühphase des Korea-Krieges vortrugen.

⁵⁾ Vgl. Klaus von Schubert (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1947–1977, 2 Bde., Köln 1978 und 1979, Teil I, S. 296–303, hier S. 299 f.

kontrollieren sei, und zwar eine andere Lösung, als sie der Kalte Krieg offerierte; unter den Bedingungen des Kalten Krieges jedoch war eine solche Lösung extrem schwierig. Die andere Option für den westdeutschen Revisionismus war, den Kalten Krieg selbst in seinem Sinne zu nutzen. Das setzte freilich voraus, daß die Sowjetunion bereit war, freiwillig eine fundamentale Niederlage und Schwächung ihrer Position im Ost-West-Konflikt zu akzeptieren. Das war jedoch ohne einen grundlegenden – und nicht voraussehbaren – Systemwandel ganz unwahrscheinlich.

3. Die moralischen Probleme des Status quo

Aber selbst wenn Westdeutschland seinen Sonderkonflikt mit dem Osten beendete oder zumindest stilllegte, waren damit nicht alle Probleme der Ostpolitik bereinigt. Übrig blieb in jedem Fall der „normale“ Gegensatz unterschiedlicher Ideologien, sozialer Systeme und Sicherheitsinteressen. In den fünfziger Jahren war dieses Problem untrennbar mit dem Revisionismus verknüpft; in dem Maße, in dem der Revisionismus sich zurückbildete, mußten andere Probleme zutage treten. Wie sollte das Problem der Kriegsverhütung langfristig gelöst werden in einem Europa mit strukturellen Asymmetrien, und zwar sowohl militärischen wie politischen? Wie sollte dauerhaft Versöhnung mit einem Regime möglich sein, das keine wirkliche Legitimation besaß; wie hätte dies geschehen können mit einer Supermacht, die eine Form von Kolonialismus benötigte, um ihre Sicherheitsinteressen zu wahren?

Nazideutschland hatte der Sowjetunion größte Opfer auferlegt, das Recht auf Kompensation war der UdSSR nicht zuletzt aus moralischen Gründen nicht zu verwehren. Die machtpolitischen Bedingungen hatten dafür gesorgt, daß sie solche Kompensationen ohnedies erhielt. Das Problem war, daß diese Kompensationen auch russisch-sowjetische imperialistische Interessen befriedigten, die zum Teil älter waren als der Angriff Nazideutschlands und die zum Teil sogar in direkter Zusammenarbeit mit den Nazis verfolgt wurden. Der Hitler-Stalin-Pakt führte zu verschiedenen sowjetischen Annexionen, die nur zum Teil ethnisch gerechtfertigt werden konnten. Die annektierten Gebiete wurden sowjetisiert, mit Deportationen und der physischen Liquidation sogenannter Klassenfeinde bzw. Feinde Rußlands.

Auf die Probleme des Status quo in diesem Sinne aufmerksam zu machen, war jedoch für die Deutschen weitaus schwieriger als für jede andere westliche Partei im Ost-West-Konflikt. Die Deutschen waren weder politisch noch moralisch in einer gün-

stigen Position, sich über sowjetische Verbrechen und Imperialismus zu beklagen. Jede deutsche Argumentation gegen den territorialen Status quo würde unausweichlich die Frage nach dem deutschen Revisionismus aufwerfen. Was würde das für Polen bedeuten, das Opfer des Imperialismus beider Nachbarn – sowohl der Deutschen wie der Russen – geworden war und nach all den vielen Opfern seinen neu gewonnenen territorialen Status unter keinen Umständen aufs Spiel setzen wollte?

Es blieben immer noch, auch für die Deutschen, die politisch-ideologischen und die militärischen Asymmetrien. Ein Arrangement mit dem Status quo in Europa war nicht nur ein Arrangement mit den Zugewinnen des sowjetischen Imperialismus, sondern auch mit der Realität kommunistischer Herrschaft in Ost- und Mitteleuropa, die nicht nur mit vielen westlichen Grundauffassungen und Wertvorstellungen unvereinbar war, sondern sich nachweisbar auch gegen die Hoffnungen und Bestrebungen der meisten Ostdeutschen und Osteuropäer richtete. Der entscheidende soziale Antagonismus im Ost-West-Konflikt war ja nicht die permanente Revolution von unten im industrialisierten Westen, sondern die permanente Konterrevolution von oben im Osten. Und es war ein Arrangement mit überlegenen militärischen Streitkräften und einem offensiven Verteidigungskonzept, das nicht nur destabilisierend war, sondern der anderen Seite auch sicherheitspolitische Vorteile eröffnete, jedenfalls den Westen mit den militärischen und politischen Problemen der erweiterten Abschreckung und der Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen belastete.

Sollte sich jedoch herausstellen, daß ein offensives Vorgehen gegen den Status quo nicht nur das Risiko eines Krieges erhöhen, sondern sogar die längerfristigen Chancen für Veränderungen verringern würde; sollte sich herausstellen, daß die genannten Asymmetrien Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke auf seiten der Sowjetunion waren; und sollte sich herausstellen, daß aus historischen und geostrategischen Gründen die Sowjetunion nicht ohne wesentliche Veränderungen ihres politischen Systems in der Lage sein würde, ihre Beziehungen zu ihren osteuropäischen Nachbarn zu normalisieren, dann konnte eine Politik der Versöhnung auf der Grundlage des Status quo auch eine moralische Politik sein – unter der Voraussetzung, daß sie an der Legitimität der demokratischen Hoffnungen festhielt und auf den Erfordernissen militärischer Stabilität insistierte. Daß auch eine solche Politik die östliche Seite noch in Verlegenheit bringen konnte oder jedenfalls Veränderungen nicht zu verhindern in der Lage war, war dann nicht mehr legitimerweise als Friedensstörung zu denunzieren.

II. Politische Optionen und Entwicklungen

1. Militärischer Revisionismus

Der militärische Revisionismus und Imperialismus des Nationalsozialismus kam nicht von ungefähr und verschwand auch nach Hitlers Tod und der Niederlage der deutschen Wehrmacht nicht völlig⁸⁾. Die ostpolitische Ideologie der letzten gesamtdeutschen Regierung unter Dönitz war, daß Deutschland versucht hatte, sich den bolschewistischen Fluten, die Richtung Westen strömten, entgegenzustemmen. Der Kampf gegen Ost und West gleichzeitig war von Deutschland nicht zu bewältigen gewesen, aber gab es vielleicht eine Option, gemeinsam mit dem Westen unter dem Banner der Demokratie gegen den Kommunismus zu kämpfen?

Diese Option war mit dem Selbstverständnis der antifaschistischen Koalition nicht vereinbar und konnte es auch nicht sein. Sie entsprach auch nicht dem Geist, in dem die Deutschen selbst einen neuen Anfang setzten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet die Deutschen, für Einheit und Freiheit zu wirken, aber auch für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Artikel 26 verbietet ausdrücklich die militärische Aggression. Die meisten Deutschen haben diese historische Lektion von Anfang an begriffen: Wenn es überhaupt eine Chance für eine Revision der Teilung gab, dann schied die Option eines neuen Aggressionskrieges ein für allemal aus. Auch in diesem Sinne ist Bonn nicht Weimar. Gewiß haben die Umstände diesen Lernprozeß nachdrücklich unterstützt. Der Verzicht auf militärische Revision war die Grundlage für die Integration Westdeutschlands in die westliche Allianz und seine neue Souveränität. In den entsprechenden Verträgen haben sich die Westdeutschen verpflichtet, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden, um Deutschland wiederzuvereinigen oder die Grenzen der Bundesrepublik zu verändern. Alle Streitigkeiten mit anderen Ländern müssen mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Im Gegenzug haben die ehemaligen Besatzungsmächte ihre Unterstützung für Westdeutschlands revisionistische Ziele insoweit zugesagt, als sie sich auf den Alleinvertretungsanspruch beziehen⁹⁾.

⁸⁾ Vgl. Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, in: Gilbert Zieburg (Hrsg.), Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975, S. 15–47; und insbesondere Hillgrubers ausgezeichneten Beitrag „Revisionismus“ – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: ders., Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen, Düsseldorf 1984, S. 59–85.

⁹⁾ Vgl. die Schlußakte der Londoner Konferenz vom 3. Oktober 1954, in: K. v. Schubert (Anm. 5), Dokumentation, Teil 1, S. 149–151.

Damit blieb aber immer noch die Möglichkeit eines Befreiungskrieges als Antwort auf einen Angriff übrig, eine Art deutsche MacArthur-Option sozusagen. Das erste ausführliche westdeutsche Memorandum zur Militärstrategie, entworfen von früheren Wehrmachtsgenerälen im Jahr 1950 (die Himmeroder Denkschrift), und die frühen Überlegungen zur Verteidigung vonseiten Kurt Schumachers, eines Verfolgten des Nazi-Regimes, gingen tatsächlich beide in diese Richtung¹⁰⁾. Die NATO hat jedoch zu keiner Zeit die militärischen Fähigkeiten für eine umfassende Gegenoffensive erworben, und Überlegungen in diese Richtung blieben in Deutschland heikel. Ein Beleg dafür ist die Sprache. Während im Englischen der zweideutige Begriff „Forward Defense“ zur Charakterisierung der NATO-Strategie verwendet wird, findet sich in deutschen Dokumenten und in der deutschen Diskussion eher der eingeschränkte Begriff der „Vorneverteidigung“ im Unterschied zur „Vorwärtsverteidigung“. In der Tat ist die Vorstellung, daß die defensive Orientierung der NATO und der Bundesrepublik Deutschland in der Organisation, Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr zum Ausdruck kommen müsse, zu einer grundlegenden Maxime der westdeutschen Verteidigungsplanung geworden, ganz unabhängig von der Kritik der Defensiv-Verteidiger. Auch die offizielle westdeutsche Verteidigungspolitik nahm für sich immer in Anspruch, daß die Bundeswehr den Warschauer Vertrag nicht bedrohe, nicht bedrohen könne und die sowjetische Führung keine Veranlassung für eine andere Interpretation habe. Die kritischen Reaktionen auf AirLand Battle und auf die Diskussionen über konventionelle Vergeltung in den USA stehen in dieser Tradition¹¹⁾.

2. Westintegration und Ostpolitik aus einer Position der Stärke

Adenauers historische Erfahrungen, seine regionale Herkunft und sein politischer Instinkt wiesen

¹⁰⁾ Vgl. Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas, 9. Oktober 1950 (Himmeroder Denkschrift), in: K. v. Schubert (Anm. 5), Dokumentation, Teil 2, S. 96 f.; Schumachers Pressekonferenz in Bonn am 23. August 1950; sein Brief an Adenauer vom 6. Februar 1951 und seine Ansprache vor den SPD-Körperschaften in Stuttgart am 17. September 1950, in: K. v. Schubert (Anm. 5), Dokumentation, Teil 1, S. 74–79 und S. 114–117, Dokumentation, Teil 2, S. 83–91.

¹¹⁾ Vgl. dazu die Stellungnahme des Weißbuches von 1985, S. 30 (§ 61). Zu den Veränderungen des AirLand Battle-Konzepts vgl. im übrigen Manfred R. Hamm, The AirLand Battle Doctrine: NATO Strategy and Arms Control in Europe, in: Comparative Strategy, 7 (1988), S. 183–211.

alle in Richtung Westen. Die Wiedervereinigung konnte für ihn die Westintegration nicht ersetzen, nur diese versprach die Wiederherstellung der Souveränität, Sicherheit und den Schutz der Freiheit¹²⁾. Gleichwohl versuchte auch Adenauer, die Westintegration mit dem Ziel der Einheit zu versöhnen; er hielt daran fest, daß die Option für eine Seite im Kalten Krieg keineswegs die Teilung besiegeln werde. Rechtlich gesehen, das war jedenfalls die Fiktion, hatte sich ja bereits das ganze Deutschland dem Westen angeschlossen. Die Bundesrepublik galt als vollständiger Staat, als Rechtsnachfolger des alten Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, der lediglich einiger Provinzen oder Länder beraubt worden war. Für die Regierungen unter Adenauer und diejenigen politischen Kräfte, die sie unterstützten, war Wiedervereinigung identisch mit einem Anschluß der „Sowjetzone“ und der Wiedereingliederung großer Teile der Provinzen östlich der Oder-Neiße.

Diese Wiedervereinigung war weniger in Zusammenarbeit mit den Russen zu verwirklichen, sondern eher gegen sie durchzusetzen. Die Bundesrepublik werde dann in der Lage sein, erfolgreich über die Wiedervereinigung zu verhandeln, wenn sie sich dem Westen anschließe, der Westen Deutschlands Ziele unterstütze und wenn der Westen stärker als die Sowjetunion sei. Beeindruckt von der Einigkeit des Westens, seiner politischen und militärischen Stärke (sprich Überlegenheit) sowie unter der Last des Rüstungswettlaufs und der Kosten für die Kontrolle und Unterdrückung unwilliger Verbündeter, würden die Sowjets sich auf die westlichen Argumente einlassen und nachgeben.

Die Strategie der Politik der Stärke – von Adenauer selbst nicht konsequent verfolgt – ging jedoch von drei fragwürdigen Annahmen aus. Die eine war, daß der Westen tatsächlich mit vollem Engagement die Wiedervereinigungswünsche der Westdeutschen gegen die Sowjetunion unterstützen werde. Die zweite war, daß der Westen tatsächlich stärker sei als die Sowjetunion und daß er von dieser Stärke auch Gebrauch machen könne. Die dritte und wichtigste Bedingung war, daß die Sowjets sich tatsächlich diesen Spielregeln unterwerfen würden. Wie ließ sich diese Politik mit dem Friedensanspruch und dem Zwang zur Stabilität vereinbaren? Argumentiert wurde, daß nicht der deutsche Revisionismus die Spannungen verursache, sondern daß die Teilung Deutschlands der entscheidende Grund für die Spannungen in Europa sei. Wenn die Welt

¹²⁾ Zum Kapitel über Adenauer stütze ich mich insbesondere auf Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, 2 Bde., München 1981; Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, insbesondere die Beiträge von Foschepoth und Klessmann.

an ernsthafter Entspannung interessiert war, dann mußte die Spaltung Deutschlands beendet werden. Alle anderen politischen Wege der Spannungsminde- rung, insbesondere Rüstungskontrolle, wurden dieser Argumentation untergeordnet. Bis weit in die sechziger Jahre machten westdeutsche Regierungen ihre Unterstützung für Rüstungskontrolle von Fortschritten in der deutschen Frage abhängig.

Es wurde jedoch bald deutlich, daß keine der drei grundlegenden Annahmen zu halten war. Zwar verfolgten die Vereinigten Staaten eine Zeitlang selbst eine Politik oder zumindest Rhetorik des „Revisionismus durch Stärke“, aber für den Westen insgesamt war die Teilung Deutschlands keineswegs eine ebenso offensichtliche Ursache für die Spannungen in Europa; die Unterstützung der westdeutschen Ansprüche war mehr ein Instrument der Westintegration als Ausdruck tatsächlicher revisionistischer Tendenzen. Der Zwang zur Kriegsverhütung, insbesondere seit sich das nukleare Patt abzeichnete, unterminierte die zweite Grundannahme der Politik der Stärke. Und was die sowjetischen Reaktionen betraf, so war es für viele zeitgenössische Beobachter schon damals offenkundig, daß die Politik der Stärke nicht glaubwürdig war, ja sogar das Gegenteil dessen bewirken würde, was sie zu erreichen vorgab¹³⁾.

Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Versöhnung mit Frankreich waren Ergebnisse politischer Klugheit, aber der Preis für Adenauers Außenpolitik war hoch: das Unterlaufen früher westlicher Entspannungs- und Rüstungskontrollbemühungen, Unterstützung für eine neue Tradition eines unrealistischen Revisionismus und die Fortsetzung einer alten Tradition der Gegnerschaft zwischen Deutschland und Osteuropa. Adenauer traute der politischen und historischen Urteilsfähigkeit seiner Landsleute nicht, die Ideologie der „Politik der Stärke“ – Grundlage der Ostpolitik seiner konservativen Regierungen – trug jedoch gewiß nicht zu deren Verbesserung bei. Die Erblast der Hitlerzeit wurde ebenso verleugnet wie die Tatsache, daß sich eine deutliche Mehrheit der Westdeutschen für Sicherheit und Freiheit und damit erst einmal gegen die Wiedervereinigung entschieden hatte, wenn es überhaupt eine Entscheidung war. Der Hauptfehler der Politik der Stärke schließlich war, daß sie eine Tendenz der Fehleinschätzung sowjetisch-russischer Macht und der Überschätzung von Deutschlands Möglichkeiten fortsetzte – eine Tendenz, die bis ins 19. Jahrhun-

¹³⁾ Vgl. etwa die Rede von Carlo Schmid in der Bundestagsdebatte vom 3./4. April 1952, abgedruckt bei K. v. Schubert (Anm. 5), Dokumentation, Teil 1, S. 176 f.

dert zurückreicht: Deutschland würde politisch-militärischen Druck auf die Sowjetunion ausüben; die Russen würden somit aus Zentraleuropa herausgedrängt, und Deutschland würde wieder zu einer großen und respektablen Macht — diesmal unter dem Schuttschirm amerikanischer Überlegenheit und als Mitglied eines liberal-demokratischen Bündnisses¹⁴).

3. Revisionismus durch Verhandlungen und kalkulierte Schwäche

Das Hauptargument der Gegner Adenauers war, daß die Wiedervereinigung in der einen oder anderen Form die Zustimmung der Sowjetunion voraussetzte. Unter Druck würden die Sowjets nicht nachgeben, und schon gar nicht, wenn das Ergebnis ein wiedervereinigtes und militärisch starkes Deutschland im Bündnis mit dem Westen sein sollte. Es gab zwei Alternativen zur Politik der Stärke, die beide auf eine Verhandlungslösung setzten: Die eine kam von der SPD-Opposition und die andere von der Gruppe derer, die sich für einen „dritten Weg“ Deutschlands bzw. Europas einsetzten.

Nach einem kurzen Flirt mit der Vorstellung von Deutschland oder Europa als „dritter Kraft“ orientierte sich die SPD-Führung ebenso eindeutig wie die anderen großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nach Westen; und sie war oder wurde ebenso eindeutig antikommunistisch. Aber die SPD wollte nun wirklich die Wiedervereinigung, durch die sie im übrigen zur stärksten politischen Gruppierung in Deutschland geworden wäre. Sie stand freilich vor demselben grundsätzlichen Problem, Sicherheit — sogar die Mehrheit der SPD-Anhänger fühlte sich von der Sowjetunion bedroht — mit Einheit zu verbinden, also für den Westen zu optieren, ohne die Russen zu verprellen. Außerdem mußte die SPD-Führung noch auf andere Traditionen in ihrer Klientel, nämlich Antimilitarismus und Neutralismus, Rücksicht nehmen¹⁵).

Auch die frühe Ostpolitik der SPD war widersprüchlich. In mancher Hinsicht war sie sogar nationalistischer als die des Kanzlers, und sie negierte die Realitäten des Kalten Krieges auf ihre eigene Art und Weise, indem sie diffuse kollektive Sicherheitsarrangements in Europa als Alternative präsen-

tierte. Die SPD bewegte sich jedoch schon früh auf die NATO zu. Die Führung akzeptierte im wesentlichen die Notwendigkeit eines militärischen Beitrags zur westlichen Allianz — vorausgesetzt, alle noch verbleibenden Chancen einer Wiedervereinigung würden sorgfältig geprüft. Während Adenauers Strategie die Westintegration voraussetzte und auf einen Anschluß der Sowjetzone durch Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus baute, wollte die SPD zuerst verhandeln. Es war eine Art Doppelbeschluß-Politik. Die Bundesrepublik würde die Aussicht der militärischen Integration als Verhandlungsmasse einsetzen, aber außerhalb der europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder der NATO bleiben, wenn die Sowjets bereit waren, auf die DDR zu verzichten.

Für kurze Zeit sah es so aus, als sollte die Politik der kalkulierten Schwäche von Erfolg gekrönt sein. Die Stalin-Noten von 1952 schienen sich auf den vorgeschlagenen Handel einzulassen: Wiedervereinigung versus Verzicht auf die militärische Westintegration. Aber selbst wenn die sowjetischen Angebote von 1952/53 substantiell und nicht nur taktisch gemeint waren, so muß die Aussicht auf eine annehmbare Lösung damals doch als gering eingeschätzt werden. Eine Wiedervereinigung nach diesen Vorschlägen war unter den gegebenen Umständen eine riskante Option — für die Sowjets, für den Westen, ja sogar für die Deutschen selbst, und viele Diplomaten auf der Seite der ehemaligen Alliierten und auch viele Deutsche waren sich dieser Risiken sehr wohl bewußt und gaben ihnen Ausdruck. Stalins Angebote an nationalistische Gruppen in Deutschland sind ein Hinweis auf diese Risiken, mit denen sich die Kritiker Adenauers nur selten ernsthaft auseinandersetzen¹⁶). Wie dem auch sei, am Ende rettete der Aufstand in der DDR Adenauers Westpolitik, er signalisierte aber zugleich das Scheitern seiner Ostpolitik.

Nach 1955 wurde der SPD allmählich klar, daß Verhandlungen nicht zu einer alsbaldigen Lösung des Problems der Wiedervereinigung führen würden.

¹⁴) Vgl. z. B. Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung. Berlin-Bonn 1985. Steininger dokumentiert ausführlich, warum die Westmächte so besorgt waren über ein neutralisiertes Gesamtdeutschland, aber seine Interpretation ist durchaus widersprüchlich. Einerseits gibt sich Steininger erobert über die Doppelzüngigkeit der westlichen Verbündeten zur Teilung Deutschlands; auf der anderen Seite kritisiert er Adenauer dafür, daß er nicht ausreichend versucht habe, den Osten gegen den Westen auszuspielen. Mit dem Rapallo-Komplex, den Steininger erwähnt, lassen sich die westlichen Reaktionen allein nicht erklären. Der Westen war schließlich auch mit einem Hitler-Stalin-Pakt konfrontiert worden und hatte bis zuletzt während des ganzen Krieges nervös auf alle Anzeichen einer erneuten Annäherung zwischen Deutschland und Rußland reagiert.

¹⁵) Hier schließe ich mich eng an Hillgrubers Ausblick ganz am Ende seines Artikels über Kontinuität und Diskontinuität (Anm. 8), S. 47, an.

¹⁶) Für das Kapitel über die SPD stütze ich mich in vielem auf den Artikel von Hans-Erich Volkmann, Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953–55), in: Bruno Thoss/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtensystem der Jahre 1953–1956. Boppar 1988, S. 153–177.

Daraufhin lockerte die Parteiführung die enge Verbindung zwischen Sicherheit und Einheit und begann sich beim Aufbau der neuen Bundeswehr zu engagieren. Sie akzeptierte allmählich die vollständige Westintegration, einschließlich der militärischen Dimension, sie hielt jedoch an der Idee der Wiedervereinigung fest. Aber ihre Strategie unterschied sich von der Adenauers, und sie ließ sich leichter an den allgemeinen Ost-West-Trend der Annäherung anpassen. Auch für die SPD hingen Frieden und Abrüstung eng mit der deutschen Frage zusammen. Aber während Adenauer fürchtete, Entspannung und Rüstungskontrolle würden seine Politik der Stärke unterlaufen, sah die SPD Spannungsminderung und Rüstungskontrolle oder Abrüstung in Europa als vorteilhaft für das Ziel der Einheit an. Bis spät in die fünfziger Jahre entwickelte die Partei verschiedene Pläne, von denen der letzte noch einmal Entspannung, Abrüstung, Wiedervereinigung und kollektive Sicherheitsarrangements für die Länder in Mitteleuropa, die dann ihre Militärbündnisse verlassen würden, miteinander verband¹⁷⁾.

Das Hauptproblem des Revisionismus auf der Grundlage kalkulierter Schwäche war, daß ein wiedervereinigtes Deutschland aller Voraussicht nach nicht schwach sein oder jedenfalls nicht bleiben würde, und wenn es schwach blieb, dann wäre es instabil gewesen und damit bei anhaltendem Ost-West-Gegensatz auch Objekt für Destabilisierungsversuche. War dieses Deutschland aber innenpolitisch stabil, dann würde es wieder versuchen, Ost und West gegeneinander auszuspielen. Denn es wäre weiterhin revisionistisch gewesen, einmal angenommen, daß Wiedervereinigung nicht den territorialen Status von 1937 wiederhergestellt, sondern nur die vier ehemaligen Besatzungszonen zusammengeführt hätte. Diese Überlegungen allein mußten erhebliche Zweifel bei Deutschlands ehemaligen Gegnern hervorrufen. Beide, Westen wie Osten, wollten ein Deutschland, das kalkulierbar war und nicht wieder außer Kontrolle geriet. Und je mehr sie sich uneins waren über die Form und den Inhalt eines wiedervereinigten Deutschland, desto mehr konzentrierten sie sich darauf, ihre jeweiligen Einflußzonen zu stabilisieren und mögliche Übergriffe der anderen Seite zu verhindern.

4. Die Neudefinition der nationalen Frage

Schon im Jahre 1955 wurde deutlich, daß das ostpolitische Konzept der Regierung Adenauer nicht zu verwirklichen war. Aber die Konservativen verdrängten die Realität, obwohl sich die äußeren Vor-

aussetzungen für einen Erfolg ihrer Strategie immer weiter verschlechterten. Um den Revisionismus in den sechziger Jahren besser mit internationalen Entwicklungen in Einklang zu bringen, entwickelte ein Teil der Christdemokraten im Verein mit den Freien Demokraten Ansätze einer neuen Politik: Westintegration und Revisionismus plus Entspannung.

Die Grundannahme hinter der Doppelstrategie von Entspannung plus Revisionismus war die folgende: Durch eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern sollten diese schließlich – in einer allgemeinen Atmosphäre der Spannungsminderung – davon überzeugt werden, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eher mit ihren eigenen Interessen in Übereinstimmung zu bringen war als ein geteiltes Deutschland, ständige Quelle der Instabilität im Herzen Europas. Was also das Verhältnis zwischen Ostpolitik und Sicherheit betrifft, so hielt auch das neue Konzept an der alten Grundauffassung fest: Frieden und echte Entspannung setzten die Wiedervereinigung Deutschlands voraus.

Die Politik von Entspannung plus Revisionismus war der Versuch, die DDR nicht nur – wie bisher – im Westen und in der Dritten Welt zu isolieren, sondern auch im Osten. Das war auch der entscheidende Grund, warum diese Politik scheiterte. Aber damit war grundsätzlich die deutsche Ostpolitik in Bewegung geraten, eine Bewegung, die von der Großen Koalition fortgesetzt wurde. Die enge Kopplung von Rüstungskontrolle und Abrüstung an Fortschritte in der deutschen Frage wurde gelockert, ebenso die Hallstein-Doktrin mit dem Alleinvertretungsanspruch Deutschlands durch die Bundesrepublik, die anstatt die DDR zu isolieren in zunehmendem Maße zur Isolation der westdeutschen Außenpolitik geführt hatte. Die Grundlagen für Wandel wurden gelegt. Gleichwohl hielt auch die Große Koalition an den Kernpunkten des Revisionismus fest, insbesondere der Nicht-Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, und gegen Ende der sechziger Jahre geriet die Ostpolitik sowohl im Innern wie nach außen ins Stocken.

Die neue SPD-FDP-Koalition, die sich 1969 formierte, und mit ihr die Mehrheit der Westdeutschen akzeptierten dann endlich das, was Gerhard Schröder einmal die „sogenannten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“ genannt hatte. Das war der Kern der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR, in denen alle Vertragsparteien auf Gebietsansprüche gegeneinander und überhaupt verzichteten. Der Gewaltverzicht war nicht neu. Dazu hatte sich Deutschland schon wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten verpflichtet. Neu war die Kombination dieses Gewaltverzichts gegenüber

¹⁷⁾ Vgl. dazu u. a. Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982. Baden-Baden 1983, S. 91–104.

dem Osten mit einer Anerkennung der politischen und territorialen Gegebenheiten. Auch damit war — schon aus verfassungsmäßigen Gründen — weder politisch noch juristisch die Option der Wiedervereinigung ein für allemal ausgeschlossen. Aber dieses Prinzip wurde nun der tatsächlichen Anerkennung des Status quo untergeordnet, eines Status quo, der „in einer für uns günstigen Form . . . als Modus vivendi um der Sicherheit willen“ zu stabilisieren war¹⁸⁾.

Es ist durchaus nicht untypisch für die westdeutsche Ostpolitik, daß jemand, der emigriert war und gegen das Nazi-Regime gekämpft hatte, schließlich die Rechnung für den Krieg beglich und am Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto niederkniete¹⁹⁾. Diesmal entstand daraus kein neuer Mythos vom Dolchstoß in den Rücken, jedenfalls keiner von Bedeutung. Die Realität der Niederlage und der Teilung der Welt sowie der Zwang zur Kriegsverhütung ließen sich nicht verleugnen. Aber auch die Notwendigkeit der Versöhnung mit dem Osten setzte sich endlich durch. Wenn die Bundesrepublik eine aktive Außenpolitik beibehalten und in konstruktiver Form zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen beitragen wollte, dann mußte sie ihren Sonderkonflikt mit dem Osten beenden. Mit den Verträgen formalisierten die Deutschen eine politische Übereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die sich schon im Umfeld der Berlin-Krise in den frühen sechziger Jahren abgezeichnet hatte.

Die Bundesrepublik definierte den Zusammenhang zwischen Sicherheit und der deutschen Frage um. Der Osten hatte schon lange darauf bestanden, daß die Nicht-Anerkennung der deutschen Teilung den Frieden und die Stabilität bedrohe. Der Westen hatte sich dieser Interpretation eine Zeitlang widersetzt, aber es war bald deutlich geworden, daß seine Interessen und seine tatsächliche Politik dieser Interpretation sehr viel näher standen, als der verbale Tribut an den Revisionismus glauben machen konnte. Das neue Paradoxon der westdeutschen Ostpolitik war, daß der einzige Weg, die Realitäten der Teilung zu überwinden, darin bestand, sie zunächst einmal zu akzeptieren. Die Anerkennung der Grenzen war eine notwendige Voraussetzung für ihre Überwindung, und die — wie immer vor-

läufige — Anerkennung der Teilung in zwei unterschiedliche Staaten war der einzige verbleibende Weg, nationale Gemeinsamkeiten zu bewahren. Einheit bedeutete jetzt den Versuch, die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern und gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen. Aktive Koexistenz war eine neue und aussichtsreichere Möglichkeit, Frieden und Sicherheit mit der nationalen Frage zu versöhnen.

Die SPD hatte etwa zehn Jahre gebraucht, um die Westintegration zu akzeptieren, nach ca. 15 Jahren stellte sie sich auf die Realität der Teilung ein. Die CDU, die schließlich die Westintegration zur *raison d'être* der neuen Republik gemacht hatte, brauchte mehr als 25 Jahre, um die unvermeidlichen Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu begreifen. In den Diskussionen über die Verträge mit Moskau, Warschau und der DDR hielt sie noch an den alten Dogmen fest, obwohl sie sich an der Ratifizierung der Verträge beteiligte. Es waren Rückzugsgefechte, und das letzte größere dieser Art war die Gegnerschaft zum KSZE-Prozeß. Auch hier hat die CDU ihre Position verändert. Verteidigung plus Entspannung auf der Grundlage der Vertragspolitik der frühen siebziger Jahre wurde zum Eckpfeiler westdeutscher Sicherheitspolitik. Natürlich hat es Akzentverschiebungen gegeben, aber diese Politik hat das Ende der sozial-liberalen Koalition überdauert. Der berühmte Harmel-Bericht hatte für die atlantische Allianz die Grundlagen des Doppelkonzepts gelegt, die Verträge ermöglichten es der Bundesrepublik, diese Politik nicht nur zu unterstützen, sondern einer der aktivsten Befürworter der Entspannung zu werden.

Das Zwei-Pfeiler-Konzept fand bald breite Unterstützung in der politischen Führung und in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Entspannung galt als notwendige Ergänzung zur Verteidigung bzw. zunehmend sogar als ein möglicher Ersatz dafür. Verteidigung plus Entspannung bildet das Grundverständnis sowohl der sozial-liberalen wie der liberal-konservativen Weißbücher. Oder um es in den Worten von Außenminister Genscher auszudrücken, der in seiner Person zum politischen Symbol der Kontinuität geworden ist: „Die Ambivalenz der Harmel-Strategie, die die Sowjetunion als Gegner und Verhandlungspartner gleichzeitig betrachtet, beruht auf der Ambivalenz des Lebens selbst. Die Entspannung richtet sich auf das überragende Interesse des Ostens und des Westens: den Nuklearkrieg zu verhindern.“²⁰⁾

Neben der Kriegsverhütung lag der zweite Hauptgrund des Konzepts in der Abmilderung der Tei-

¹⁸⁾ Diese Formulierung Walter Scheels ist zitiert nach Arnulf Baring, *Mächtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*. Stuttgart 1984, S. 249 (zuerst veröffentlicht 1981).

¹⁹⁾ Vgl. Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten: Die Jahre 1960–1975*. München-Zürich 1978, zuerst veröffentlicht 1976. Brandt zitiert einen Zeitungsreporter, der aus diesem Anlaß folgendes zu Papier brachte: „Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien — weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“ Ebd., S. 525.

²⁰⁾ Hans-Dietrich Genscher, *Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress*. in: *Foreign Affairs*, 61 (1982) I, S. 47.

lung Europas, zum Beispiel in den greifbaren Vorteilen für die Deutschen beiderseits der Demarkationslinie und darüber hinaus für die Stabilität und Lebensfähigkeit Berlins. Das dritte Motiv war die Hoffnung, daß Entspannung und Zusammenarbeit günstige Voraussetzungen schaffen könnten für einen „evolutionären Wandel“ im Osten, insoweit Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa bzw. der DDR überhaupt von außen zu beeinflussen waren.

Der Grad an Übereinstimmung in diesen Fragen, der sich in den achtziger Jahren herausbildete, ist gewichtig, wenn man sich die harten Auseinandersetzungen, ja die politischen Krisen vergegenwärtigt, die die Bundesrepublik in den frühen Jahren der Ostpolitik Brandts und Scheels erlebte. Auch die liberal-konservative Regierung sprach bald von einer besonderen Verantwortung beider deutscher

Staaten für Frieden und Stabilität in der Mitte Europas, die aus der deutschen Geschichte und der gegebenen politischen und geographischen Konstellation erwachse. Die Politik des Dialogs mit der DDR wurde als Beitrag der Bundesrepublik zu einer aktiven europäischen Friedenspolitik präsentiert, und Honeckers Besuch — mit vollem Protokoll — im September 1987 war das deutlichste Beispiel für die Veränderungen im konservativen Lager und gleichzeitig für die Kontinuität der jüngeren westdeutschen Ostpolitik. Gewiß gab es noch Positionsdifferenzen etwa über die Grenzen von 1937 und bei der Frage, ob am Ziel der Einheit prinzipiell festzuhalten oder ob es definitiv aufzugeben sei. Hier hat die jüngste Entwicklung zu einem überraschenden Klärungsprozeß geführt, in dem Entwicklungslinien (west)deutscher Ostpolitik zusammenlaufen.

III. Die deutsche Frage und die gegenwärtige Transformation des Ost-West-Konflikts

Die Ost-West-Beziehungen auf der Grundlage der geographischen, politischen, militärischen und systemischen Teilung der Welt hatten den Vorteil, daß sie die Einfluß- und Machtverteilung der Supermächte in Europa regulierten und die deutsche Frage kontrollierten. Die Problematik dieser Teilung bestand darin, daß sie auch in ihrer Entspannungsvariante nur eine begrenzte und politisch brüchige Stabilität bot. Begrenzt, weil sie den Freiheitswünschen der im realen Sozialismus lebenden Völker nur bedingt Rechnung tragen konnte; politisch brüchig, weil es eine Entspannung auf der Grundlage fortdauernden Antagonismus blieb und die Bündnisstruktur auf der östlichen Seite mit Gewalt aufrechterhalten wurde.

Die beginnende Auflösung dieser Struktur ist vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts geradezu revolutionär. Der Reformprozeß in der Sowjetunion und die Revolution in Ost- und Mitteleuropa bieten Chancen für grundlegende Veränderungen nicht nur in den Ost-West-Beziehungen, sondern in der Weltpolitik insgesamt. Die Risiken dieses Prozesses sind gleichwohl unübersehbar. Die zentrale Herausforderung für die Politik in Ost und West besteht darin, den Systemwandel im doppelten Sinne — also den dramatischen Auflösungsprozeß des Sozialismus und die Transformation des Ost-West-Konflikts in Europa und zwischen den Supermächten — ohne gewaltsame Eruptionen und Rückschläge zu organisieren. Die für Europa alles überragende Frage ist, wie stabil Politik sein kann, die einerseits die problemati-

sche, jedoch vertraute und einfache, vor allem aber dominierende Superstruktur des Ost-West-Konflikts verläßt, andererseits damit die komplizierte (und blutige) Vergangenheit europäischer Nationalgeschichte wieder heraufbeschwört. Bleibt diese Vergangenheit kritischer Bezugspunkt für eine aktive gesamteuropäische Politik oder entlarvt sie diese gesamteuropäische Politik als Illusion?

Zu den potentiellen Risikofaktoren der doppelten Systemtransformation zählt nach wie vor die Problematik des Gewichts der Deutschen in der Mitte Europas. Die deutsche Frage hat zwar aufgrund der veränderten weltpolitischen Konstellation bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik, und sie stellt sich heute auch anders als 1945, zur Zeit des Kalten Krieges oder noch in den siebziger Jahren. Aber sie stellt sich, und zwar nach wie vor in dem Sinne: Was trauen die anderen und wir Deutsche uns selbst zu, positiv wie negativ? Daß die deutsche Frage immer noch so diskutiert wird, ist der beste Beweis dafür, daß sie auch unter veränderten Bedingungen weiter besteht.

Daß der einheitliche deutsche Nationalstaat ein Problem für Stabilität und Frieden sein könnte, ist keine Erfindung realsozialistischer Propaganda. Das Problem ist ein Ergebnis deutscher Geschichte oder genauer deutschen Unvermögens, mit deutscher Lage und mit deutschem Vermögen sorgsam umzugehen. Die leidvollen Erfahrungen mit deutschem Imperialismus und Rassismus bleiben den Völkern Europas in verständlicher Erinnerung. Es

ist eine Forderung der Moral wie des aufgeklärten Eigeninteresses, daß sich die Deutschen hüben wie drüben mit diesem Problem auseinandersetzen.

Unabhängig von der sicherheitspolitischen Problematik des deutschen Einheitsstaates im engeren Sinne stellt sich die Frage nach dem machtpolitischen Gewicht der vereinigten Potentiale von Bundesrepublik und DDR. Sind nicht auch andere Formen der Friedensstörung — wenn Frieden weiter verstanden wird als die Abwesenheit von Krieg — denkbar? Könnte ein vereinigt, macht- und nationalbewußtes Deutschland nicht mit anderen Instrumenten Druck auf seine Nachbarn ausüben? Wenn von polnischen Gesprächspartnern z. B. Bedenken geäußert werden, dann haben sie heute vor allem das Problem der wirtschaftlichen Asymmetrie im Verhältnis Deutschlands zu Osteuropa und damit das Risiko der Abhängigkeit im Auge, die gerade im Falle Polens politisch sensibel werden könnte.

Eine Reihe von Faktoren sprechen jedoch dafür, daß auch ein vereinigt Deutschland ein loyales und friedfertiges Mitglied der sich entwickelnden gesamteuropäischen Völkergemeinschaft sein wird. Als erster Punkt ist der diskutierte neue Grundkonsens westdeutscher Ostpolitik zu nennen. Am Beginn dieses Konsenses stand der Gewaltverzicht: äußere Konsequenz aus der totalen Niederlage, der neuen Mächtekonstellation mit der nuklearen Revolution und innere Konsequenz aus der blutigen Vergangenheit deutscher Außenpolitik. Schon dem frühen Wiedervereinigungs-Revisionismus war klar, daß die militärische Option definitiv ausschied. Diese Einsicht markiert einen wichtigen Bruch mit deutschen Traditionen. So hatte die Weimarer Republik auch in den gemäßigteren Varianten ihrer Ostpolitik den Einsatz von Gewalt — insbesondere gegenüber Polen — nie völlig ausgeschlossen; für einen großen Teil der konservativen Führungsschichten war damals ein solcher „Waffengang“ nur eine Frage der Zeit.

Der zweite wichtige Entwicklungsschritt war die Differenzierung der revisionistischen Hoffnungen und Forderungen, d. h. der in Etappen vollzogene „Verzicht“ auf die ehemals deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße. Der Weg führte von „Dreigeteilt — niemals“ über die EKD-Denkschrift von 1965 und die Kontroversen um die Ostverträge Anfang der siebziger Jahre bis zur selbstverständlichen Anerkennung der Grenzen zwischen deutschem und polnischem Territorium durch nahezu alle Deutschen, insbesondere die gesamte politische Elite. Die Einsicht, daß hier angesichts eines von den Deutschen selbst brutal vorangetriebenen Geschichtsverlaufs nichts mehr zu holen war, vielmehr aus moralischen wie realpolitischen Gründen ein Neuanfang auf dem Ergebnis der alten Ge-

schichte gesucht werden mußte, findet sich ansatzweise schon bei Adenauer. Es bedurfte eines langwierigen und schwierigen Prozesses der Auseinandersetzung und Aussöhnung im Inneren wie nach außen, um diese Einsicht konsensfähig werden zu lassen. Die reale Aussicht auf Neuvereinigung der beiden deutschen Teilstaaten hat schließlich die letzten, ohnehin mehr taktischen als prinzipiellen Vorbehalte beiseite geräumt.

Der dritte Schritt schließlich war der Übergang von der Macht zum Kompromiß in der deutschen Ostpolitik²¹⁾. Am Anfang stand die Vorstellung, die Sowjetunion könne durch politischen Druck zur Korrektur der Ergebnisse des von Deutschland selbst gerade im Osten als Aggressions- und Vernichtungskrieg geführten und schließlich verlorenen Zweiten Weltkrieges veranlaßt werden. Es folgte eine Wiederannäherung an die Sowjetunion und an Osteuropa, aber die DDR blieb bis zur neuen Ostpolitik aus der Entspannung ausgeklammert. Am Ende hatte sich jedoch die Auffassung durchgesetzt, daß sich deutsche Interessen am besten mit einer Politik der Verständigung verwirklichen lassen. Das Engagement beider deutscher Staaten für die Rüstungsbegrenzung im Rahmen kooperativer Strukturen — nicht wie in der Weimarer Republik als Deckmantel für revisionistische Ansprüche — markiert am deutlichsten die neue Orientierung.

Es kommt hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland inzwischen fest in den Westen integriert ist. Selbst wenn die Klammer des Militärbündnisses, dessen ursprüngliche Funktion auch die Kontrolle Deutschlands war, eines Tages entfallen sollte, so bliebe ein deutscher Sonderweg zwischen West und Ost doch äußerst unwahrscheinlich. Die Integration umfaßt weit mehr als die militärische Dimension, sie gilt insbesondere für den ökonomischen und den kulturellen, zunehmend aber auch für den politischen Bereich. Bei global wachsender Interdependenz zählen Westeuropa und die gesamte nordatlantische Region zu den am dichtesten integrierten Gebieten. Die transnationalen Verflechtungen und die supranationalen Kompetenzen in Europa werden noch weiter zunehmen, und ein völliger politischer und militärischer Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa steht auch längerfristig nicht zur Diskussion.

Die Einbettung deutscher Außenpolitik gilt nicht nur für Westeuropa und den Nordatlantik, sie gilt

²¹⁾ Diese Formulierung ist eine Anspielung auf einen Titel, den Ernst-Otto Czempel in einem anderen Kontext geprägt hat, vgl. ders., Macht und Kompromiß. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen, 1956–1970. Düsseldorf 1971.

-- wenn auch noch in abgeschwächter Form -- inzwischen bereits für ganz Europa. Der KSZE-Prozeß bewirkt genau jene Stabilisierung, die Europa in der Zwischenkriegszeit nicht gelungen ist. Dieser Prozeß hat nach fünfzehn Jahren die Leistungen des Völkerbundes im Bereich der Vertrauensbildung, der Spannungsminderung und der Kooperation, und zwar über die Systemgrenzen hinweg, schon bei weitem übertroffen. Die Deutschen profitieren von diesem Prozeß, und er findet -- die anfänglichen Vorbehalte der Konservativen waren bald ausgeräumt -- fast einmütige Unterstützung. Mit der Zurückbildung des Systemgegensatzes wird die KSZE noch an Bedeutung gewinnen.

Die genannten Integrationseffekte werden auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eine funktionierende Demokratie westlichen Typs, und es bestehen gute Aussichten, daß ein vereinigtes Deutschland ebenfalls eine stabile Demokratie hervorbringt, auch wenn man die noch zu verarbeitende Erblast des Stalinismus in Rechnung stellt. Dabei ist vor dem Hintergrund der deutschen Einigungsgeschichte des 19. Jahrhunderts -- Scheitern der demokratischen Nationalbewegung, Einigung „von oben“ mit Hilfe von Kriegen gegen Dänemark, Österreich-Ungarn und Frankreich -- der demokratische und friedliche Charakter dieses Zusammenschlusses von besonderer Bedeutung.

Was das Gewicht eines neuvereinigten Deutschland angeht, so läßt sich nicht bestreiten, daß es geographisch wieder die Mitte Europas bildet, wenn auch nicht mehr in so dominierender Weise wie vor und noch nach dem Ersten Weltkrieg. Das wirtschaftliche Potential der Deutschen wird mit der Vereinigung weiter wachsen. Doch auch hier muß die Perspektive gewahrt bleiben: Alle Daten zeigen, daß

das Gewicht der Deutschen in Europa erheblich, aber von Dominanz weit entfernt ist; vor allem, wenn man in Rechnung stellt, daß auch die Potentiale der Supermächte außerhalb der Zentralregion -- im Verhältnis zur Zwischenkriegszeit in qualitativ veränderter Form -- mit Europa verbunden sind bzw. auf Europa einwirken. Außerdem wird der wirtschaftliche Wiederaufbau der DDR auf Jahre hinaus Energien binden und zusätzliche Anforderungen an den ökologischen Umbau stellen.

So bleibt die begründete Hoffnung, daß die neue Vernunft und moralische Qualität deutscher Außenpolitik auch in schwierigeren Zeiten Bestand haben wird. Das Gewicht der deutschen Mitte in Europa ist nicht zwangsläufig fatal. Die Verwundbarkeit Deutschlands war genausowenig zwingend wie die Gefährdung seiner Nachbarn; beides war das Ergebnis schlechter Politik, nicht das Produkt der geographischen Lage und Größe. Warum sollten die beiden deutschen Staaten mit ihrer Neuvereinigung nicht sowohl nach Ost wie West für Europa wie für sich selbst jene produktive und konstruktive Rolle spielen, zu der es in der jüngeren deutschen Geschichte ja auch Ansätze gab? Die inneren wie äußeren Voraussetzungen dafür waren jedenfalls noch nie so günstig. Deutschland hat die historische Chance, ein Experimentierfeld für das Zusammenwachsen des politisch, wirtschaftlich und psychologisch immer noch geteilten Europa zu werden. Die erste große Prüfung findet in diesen Wochen und Monaten statt. Wird es der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gelingen, der Sowjetunion die Annahme der Vereinigung und damit einer einschneidenden politisch-strategischen Veränderung in Europa durch substantielle Abrüstungsangebote zu erleichtern? Der Friede in Europa hängt im übrigen heute weniger an der deutschen Frage als an der Zukunft der Perestroika in der Sowjetunion.

Stefan Fröhlich

Umbruch in Europa

Die deutsche Frage und ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Siegermächte

Die Novemberereignisse in der DDR bilden den vorläufigen Höhepunkt eines grundsätzlichen Wandels, dem Mittel- und Osteuropa seit Beginn der Ära Gorbatschow unterliegen. Mit der Aufhebung der Teilung Europas werden gleichzeitig Fragen nach dem künftigen Charakter und der Rolle der beiden Bündnissysteme und Streitkräfte aufgeworfen. Die Perspektiven der sicherheits- und verteidigungspolitischen Planung verändern sich in wesentlichen Punkten.

Wie geschlossen reagiert die westliche Allianz auf die Veränderungen in Europa? Wie paßt sie ihre Planung der politischen Entwicklung an? Wie be-

gegnet die Sowjetunion dem deutschen Einigungsprozeß und den Auflösungserscheinungen des Warschauer Paktes?

Die folgende Problemskizze untersucht kritisch diese Fragestellungen im Rahmen der zwei aktuell diskutierten Szenarien für die künftige (sicherheits-)politische Ordnung in Europa: Erstens, ein wiedervereinigtes Deutschland bleibt politisch wie militärisch integraler Bestandteil der NATO. Zweitens, das wiedervereinigte Deutschland zieht sich aus dem westlichen Bündnis zurück und erhält einen neutralen Status.

I. Ganz Deutschland in die NATO — die Haltung der Bündnispartner zur Neuordnung Europas

Es ist die einhellige Auffassung der westlichen Bündnispartner, daß ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO erhalten bleiben muß. Zwar räumen die politischen Führungen in den USA, Großbritannien und Frankreich ein, daß die künftige Truppenstärke von NATO-Einheiten auf deutschem Gebiet „flexibel“ gehandhabt werden könne¹⁾. Der Vorschlag Genschers, die Aufnahme ganz Deutschlands in die NATO solle mit Rücksicht auf Moskau nicht zu einer Verlegung von NATO-Truppen auf das DDR-Territorium führen, ist in den westlichen Hauptstädten rasch auf lebhaftes Interesse gestoßen. Auch eine Begrenzung der derzeitigen Bundeswehrstärke von 495 000 Mann und den Abbau der NATO-assignierten Streitkräfte auf dem Gebiet der jetzigen Bundesrepublik halten die meisten für unvermeidbar. Entscheidend aber ist: Das künftige Deutschland bleibt im Interesse der Sicherheit und einer stabilen Ordnung in Europa unverzichtbarer Bestandteil der Allianz.

In der Bundesrepublik wurde lange Zeit argumentiert, die Teilung stelle eine Bedrohung des Friedens in Europa dar. Umgekehrt bildete die Eindämmung Deutschlands durch die Teilung und Ein-

bindung beider Teile in die jeweiligen Bündnissysteme nach Einschätzung der Siegermächte ein wesentliches Element der Stabilität der Konfrontationsjahre. Mit dem Wegfall dieses Stabilitätsfaktors könnte von einem wiedervereinigten Deutschland erneut eine Bedrohung für die politische Stabilität in Europa ausgehen. Ein geeintes Deutschland wird von seinen Verbündeten mehr oder weniger offen als eine politische, wirtschaftliche und auch militärische Herausforderung besonderer Art betrachtet. Entsprechende Vorbehalte, die sowohl historisch bedingt sind als auch in dem Potential eines wiedervereinigten Deutschlands begründet liegen, stellen die außenpolitischen Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit dar.

1. Die amerikanische Position

In den USA macht man sich in erster Linie Gedanken darüber, wie man die künftige europäische Ordnung weiter mitgestalten kann. Die Frage, wie und wann die deutsche Einheit vollzogen wird, spielt demgegenüber lediglich eine untergeordnete Rolle, da sie in Washington als Angelegenheit der Deutschen gilt. Die Bush-Administration hat weder die Absicht, sie dem deutschen Volk vorzuenthalten, noch teilt sie die Bedenken und Einwände, die besonders anfangs in London und Paris dagegen

¹⁾ So Präsident Bush, in: Washington Post vom 14. Februar 1990.

geltend gemacht wurden²⁾. Falls man die Amerikaner befragte, so ließ kürzlich US-Botschafter Walters verlauten, so würde sich zeigen, daß sie mehrheitlich die Teilung einer Nation als unnatürlich und nicht aufrechterhaltbar betrachten³⁾.

Diese positive Einstellung kann angesichts der starken Verwurzelung demokratischer Normen in den USA, zu denen vor allem das Selbstbestimmungsrecht der Völker zählt, kaum überraschen. Washington hat auch aus diesem Grund in der Vergangenheit immer wieder die Wiedervereinigung gefordert und den Abbruch der Mauer angemahnt. In diesen Tagen kann man bis in die politischen Führungskreise hinein häufig eine Stimmung perzipieren, wonach nicht etwa der Marshall-Plan oder die strategische Verteidigung als der größte amerikanische Beitrag für Europa angesehen wird, sondern die Selbstbeschränkung in der Ausübung amerikanischen Machteinflusses⁴⁾. Bereits im Deutschlandvertrag habe man vor mehr als 35 Jahren Verständnis für den Wunsch nach Einheit dokumentiert. Und an dieser Haltung habe sich nichts geändert, heißt es in Washington.

In der Tat hat die Bush-Administration Positionen zur Wiedervereinigung formuliert, die eine bemerkenswerte Kontinuität zu den Grundgedanken des Artikel 7, Absatz 2 des Deutschlandvertrages erkennen lassen. Außenminister Baker faßte sie bei einem Besuch in Berlin am 12. Dezember vergangenen Jahres zusammen⁵⁾:

1. Die Selbstbestimmung muß ungeachtet des Ergebnisses erfolgen.

²⁾ Vgl. Paul Johnson, Don't Fear a United Germany, in: The Wall Street Journal vom 26. Februar 1990. In diesem Zusammenhang sei auf eine Darstellung von Bernd Greiner verwiesen, die die Befürchtungen einiger einflußreicher politischer Beobachter in den USA hinsichtlich des Wiedervereinigungsprozesses zusammenfaßt: vgl. Bernd Greiner, Angst vor Rapallo. Amerikanische Reaktionen auf den Fall der Mauer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 35 (1990) 2, S. 159–167. Hierzu ist anzumerken, daß diese Studie sicherlich treffend die Vorbehalte bestimmter Kreise widerspiegelt, vgl. bspw. den Artikel von Arthur Schlesinger Jr., Germany's Fate Will Determine Europe's, in: The Wall Street Journal vom 21. Dezember 1989; Leopold Bellak, Why I Fear the Germans, in: New York Times vom 25. April 1990, keinesfalls aber repräsentativ für die offizielle Haltung der politischen Führung oder der breiten amerikanischen Öffentlichkeit ist. Abgesehen davon lassen sich ebenso zahlreiche Beispiele einer eher positiv-unterstützenden Perzeption dieser Entwicklung anführen.

³⁾ Eine Umfrage, die Ende November 1989 durchgeführt wurde, ergab eine überwältigende Zustimmung für die deutsche Wiedervereinigung in der amerikanischen Bevölkerung. Vgl. Survey Finds Americans Favor a Reunited Germany, in: New York Times vom 1. Dezember 1989.

⁴⁾ So Steven Muller in einem Vortrag bei einer Veranstaltung der Atlantik-Brücke anläßlich der Hannover-Messe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 28. März 1990.

⁵⁾ Vgl. The Wall Street Journal vom 13. Dezember 1989.

2. Die Wiedervereinigung sollte sich im Rahmen der anhaltenden Verpflichtung Deutschlands gegenüber der NATO und einer zunehmend integrierten Europäischen Gemeinschaft und unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten der alliierten Mächte vollziehen.

3. Die Wiederherstellung der Einheit muß im Interesse der allgemeinen europäischen Stabilität friedlich und schrittweise vonstatten gehen.

4. In der Frage der Grenzen sollten die in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze bekräftigt werden.

Angesichts der geographischen Verhältnisse ist es verständlich, daß die amerikanische Führung insgesamt gelassener auf den Wiedervereinigungsprozeß reagiert. Die Angst vor dem deutschen Bündnispartner wächst natürlich mit der Nähe zum Ort des Geschehens. Im Vergleich zu den USA nimmt sich auch ein wiedervereinigtes Deutschland ohnehin nicht als Großmacht aus. Dies schon eher für die europäischen Nachbarn.

Für die Amerikaner gilt es deshalb erst einmal, die Verbindungen zum europäischen Kontinent nicht abreißen zu lassen. Washington sucht die Partnerschaft mit der EG. Mit dem Wandel in Europa hat die politische Führung einen „neuen Atlantizismus“ ausgerufen. Die Amerikaner haben zwar erkannt, daß die EG die treibende Kraft für einen demokratischen Umbruch in Osteuropa ist. Man will sich aber die Einflußmöglichkeiten mit Blick auf die Veränderungen im Osten und die Entwicklung in Deutschland sichern. Ein Rückzug aus Europa erschiene der Bush-Administration angesichts der Gefahr neuerlicher europäischer Instabilitäten völlig unangebracht. Zusammen mit der EG will man den Veränderungen in Europa einen stabilen Rahmen verleihen⁶⁾.

Deswegen sucht man in Washington nach Möglichkeiten eines gemeinsamen „Managements dieses Wandels“⁷⁾. Dabei vertraut man zum einen auf die völkerrechtliche Verankerung demokratischer Verfahrensweisen, zum anderen auf eine differenzierte Anwendung von vorwiegend wirtschaftlichen Anreizen. Die amerikanische Regierung hat vorgeschlagen, das Recht auf freie Wahlen unter mehreren Parteien im Rahmen der KSZE zu einem Menschenrecht zu erklären⁸⁾. Entsprechend machte Präsident Bush seine Zustimmung zu einer vorgezogenen KSZE-Gipfelkonferenz, auf der im Herbst

⁶⁾ Vgl. Robert E. Hunter, The Transition to One Germany, in: The Christian Science Monitor vom 21. Februar 1990.

⁷⁾ So Roderick MacFarquhar, in: New York Times vom 20. Dezember 1989.

⁸⁾ So Außenminister Baker in seiner Berliner Rede (Anm. 5).

1990 die Veränderungen in Europa diskutiert werden sollen, zunächst von der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes abhängig. Die Anreize, die die Regierung den RGW-Staaten für die Einrichtung demokratischer Strukturen anbietet, umfassen direkte wirtschaftliche Hilfe (wobei diese auf Grund anhaltender Auseinandersetzungen um eine Reduzierung des amerikanischen Haushaltsdefizits beschränkt ist), den Ausbau von Informationszentren in den östlichen Hauptstädten und den Abzug diplomatischen Personals aus anderen Bereichen zur Unterstützung der Reformregierungen⁹⁾.

So ergibt sich aus dem Dilemma zwischen demokratischer und geostrategischer Verantwortung einerseits eine Politik wohlwollender Unterstützung der Reformbestrebungen in Osteuropa, andererseits eine Politik vorsichtiger Zurückhaltung. Entsprechend fällt die amerikanische Unterstützung des sowjetischen Reformkurses wesentlich differenzierter aus. In bezug auf Moskau halten die USA ganz bewußt an dem „linkage“ zwischen sowjetischen Reformbemühungen nach innen wie nach außen und amerikanischen Zugeständnissen fest. Man traut in den USA dem Frieden zur Zeit noch nicht so recht, verweist auf die unzureichenden Reformansätze in Richtung Demokratie und die insgesamt labilen innenpolitischen Verhältnisse in der Sowjetunion.

Parallel zur Entwicklung in Osteuropa will Washington den Wiedervereinigungsprozeß in kontrollierte Bahnen lenken. Bei aller Zurückhaltung in bezug auf die Frage nach dem Procedere auf dem Weg zu einer möglichen gesamtdeutschen Bundesverfassung will man doch ein Fortbestehen der Einbindung Deutschlands zur Gewährleistung des Friedens in Europa¹⁰⁾. Die Amerikaner warnen vor einem „rein deutschen Prozeß“ zur Schaffung eines geeinten Deutschlands. Ein einziger deutscher Staat sollte im Rahmen eines größeren Assoziierungsprozesses entstehen, der Ost- und Westeuropa zusammenführt; dieser Prozeß soll mitunter über die NATO gesteuert werden. Sie ist und bleibt Hauptelement amerikanischen Engagements und deshalb auch für die Bush-Administration das wesentliche Instrument für den Stabilitätsausgleich in Europa. Ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung haben die Amerikaner vor allem von zwei Bedingungen abhängig gemacht: der Anerkennung der

Oder-Neiße-Linie und der fortdauernden Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der NATO.

Seit die Wiedervereinigung in den Bereich des Möglichen gerückt war, hat die Bush-Administration immer wieder betont, daß auch in diesem Fall die Bedingungen der KSZE-Schlußakte eingehalten werden müssen¹¹⁾. Für die Bundesrepublik bedeutete dies, daß sie an der dort festgeschriebenen Unverletzlichkeit bestehender Grenzen festhalten sollte. Sie hat diesem Anliegen aller Bündnispartner dann auch entsprochen und versichert, die polnische Westgrenze werde weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt.

Damit rückte alleine die Frage nach der deutschen Mitgliedschaft in der NATO in den Mittelpunkt amerikanischer Interessen. Für die Amerikaner gab es von Beginn an keinen Zweifel daran, daß es ohne Deutschland keine NATO und ohne die NATO keine amerikanische Präsenz in Europa gibt. Washington betrachtet die Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO als wesentliches Element eben dieser Einbindung in die Gemeinschaft westlicher Demokratien, eine Neutralität hingegen als Inbegriff der Instabilität.

Die Bundesrepublik ist längst zum wichtigsten Bündnispartner der Amerikaner in Europa geworden. Bonn wird schon auf Grund seiner besonderen geostrategischen Lage als Zentrum der amerikanisch-europäischen Sicherheitsallianz betrachtet. Der traditionelle Wunsch vor allem der Franzosen nach mehr Zuständigkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik macht es für Washington umso dringlicher, verlässliche politische Kommunikationskanäle nach Bonn zu erhalten und mit deren Unterstützung die institutionalisierten Zugänge in Europa weiter auszubauen. Sollte sich nämlich das französische Drängen durchsetzen, fürchten die Amerikaner, so könnte es trotz aller Garantieerklärungen aus Paris für die amerikanische Präsenz in Europa auf Dauer womöglich doch zu einem Abbruch der transatlantischen Verbindungen kommen.

Natürlich begrüßt es Washington, daß die Europäer mehr für die eigene Sicherheit tun wollen. Allerdings traut man ihnen nicht zu, die amerikanische Nukleargarantie kurzfristig zu ersetzen. Ebensoviele sieht die amerikanische Führung eine realistische Chance, die NATO bereits jetzt durch neue, aus der KSZE entstehende Sicherheitsstrukturen in Europa abzulösen. Bush zweifelt daran, daß bei der KSZE-Gipfelkonferenz im Herbst auch nur die

⁹⁾ Vgl. John M. Goshko, U. S. Diplomacy Shift Planned in Europe, in: Washington Post vom 10. Februar 1990; Alton Frye, Foreign Aid: Should Americans Give It — Or Take It?, in: Washington Post vom 22. April 1990.

¹⁰⁾ Vgl. George F. Kennan, This is No Time for Talk of German Reunification, in: Washington Post vom 12. Dezember 1989.

¹¹⁾ Vgl. Thomas L. Friedman, Senators Complain to Bush Over Kohl's Border Policy, in: New York Times vom 28. Februar 1990.

Umrisse eines neuen Systems sichtbar werden könnten¹²⁾. Er ist zwar bereit, den KSZE-Prozeß insgesamt zu stärken. Allerdings fördert er die politische Einigung Europas auch nicht mit dem Ziel, in Europa eine unabhängige „Dritte Kraft“ entstehen zu lassen. Washington setzt vielmehr auf die völlige Integration in Form einer echten atlantischen Partnerschaft. Deshalb lautet die Devise für die Amerikaner zunächst noch: An Vertrautem festhalten, gleichzeitig aber behutsam nach neuen Wegen suchen.

Dies gilt auch für die Sicherheitspolitik. In den USA sieht man keine Veranlassung, voreilig einseitige Abrüstungsschritte einzuleiten und von den derzeit noch gültigen Prinzipien des NATO-Verteidigungskonzepts abzuweichen, wiewohl der Druck führender Kongreßabgeordneter, die Verteidigungsausgaben drastisch zu senken, groß ist und man auch erkannt hat, daß eine Neuurteilung des Sinns und Zwecks der NATO über kurz oder lang unumgänglich ist¹³⁾.

Deutlich wurde dies bei der Zusammenkunft der NATO-Verteidigungsminister im kanadischen Kananaskis im Mai. Nachdem sich dort Verteidigungsminister Stoltenberg zum Ziel einer dritten Null-Lösung bei den bodengestützten Atomwaffen kürzerer Reichweite in Ost und West bekannt hat und bei der Gelegenheit auch eine Veränderung der „flexible response“-Strategie sowohl bei den nuklearen als auch bei den konventionellen Waffen forderte, erklärten die USA, daß ihr Verzichtsanbot auf die Modernisierung der Kurzstreckensysteme und der nuklearen Artillerie nur mit einer Verlagerung der nuklearen Fähigkeiten auf luftgestützte Systeme verbunden sei¹⁴⁾. Gleichzeitig aber signalisierte Washington, daß konkrete Vereinbarungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle noch in diesem Jahr den Übergang vom „Gleichgewicht

des Schreckens zum Gleichgewicht der Interessen“ markieren könnten¹⁵⁾.

Die Amerikaner wollen die den landgestützten Waffen zugeordneten Aufgaben taktischen Luft-Boden-Raketen (TASM) übertragen, die von der Bundesrepublik und in Großbritannien stationierten Flugzeugen mitgeführt werden. Für sie ist aber die Frage der „extended deterrence“ mit dem Verzicht auf diese Systeme noch nicht beantwortet. Man räumt damit lediglich ein, daß solche Waffensysteme, die nur noch die eigene Bevölkerung oder aber Länder treffen können, von denen offensichtlich keine Bedrohung mehr ausgeht, keinen Sinn mehr machen. Insofern verlieren landgestützte Kurzstreckensysteme ihre Abschreckungswirkung, da eine Vorverlagerung an die künftige deutsche Ostgrenze für die Sowjetunion unzumutbar ist.

Nun besteht nach einem Abkommen über den Streitkräfteabbau in Europa die konventionelle Überlegenheit der Sowjetunion, die bisher als Rechtfertigung für die Bereitstellung atomarer Gefechtsfeldwaffen diente, nicht mehr in dieser massiven Form. Auch Sicherheitsexperten in Washington halten deswegen die ursprünglichen Zielsetzungen der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) durch die rasante Entwicklung in Osteuropa und Deutschland teilweise bereits jetzt schon für überholt — ohne dabei allerdings der offiziellen Position Washingtons zu entsprechen. Tatsächlich ist die strategische Bedeutung der Überlegenheit des Warschauer Pakts an Panzern, Schützenpanzern, Artillerie und Mannschaft gesunken, nachdem die Sowjetunion heute zwischen Bug und Elbe einen Bereich der politischen Unsicherheit vor sich sieht. Der Zerfall des Zwangsbündnisses macht einen Blitzangriff praktisch unmöglich¹⁶⁾; der Westen wäre bereits Wochen zuvor über einen konventionell geplanten Vorstoß informiert. So gibt es Stimmen im amerikanischen Kongreß, die den Bush-Vorschlag nicht für das letzte Angebot halten¹⁷⁾. Im Gespräch sind 150 000, sogar 75 000 amerikanische Soldaten zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit.

Ungeachtet dessen aber, welche Obergrenzen die VKSE-Delegationen in Wien aushandeln, würde sich herausstellen, daß wegen der technischen Perfektion konventioneller Waffensysteme eine Aus-

¹²⁾ In diesem Zusammenhang sei auf eine interessante Studie hingewiesen: Reinhardt Rummel/Peter Schmidt, *The Changing Security Framework: Old Bargains And New Challenges For West European Cooperation*, Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.), Ebenhausen, April 1990. Die Autoren kommen u. a. zu dem Ergebnis, „daß zwar einige günstige Voraussetzungen für westeuropäische Kooperation in der Sicherheitspolitik gegeben sind, daß andererseits aber die Tendenz besteht, diese Zusammenarbeit auf eine erweiterte Definition der ökonomischen und sicherheitspolitischen Aspekte der Sicherheitspolitik zu beschränken“.

¹³⁾ Vgl. Michael R. Gordon, in: *New York Times* vom 17. Dezember 1989; Sam Nunn, *A New Europe — A New Military Strategy*, in: *Washington Post* vom 24. April 1990; Joshua S. Goldstein, *Time to Bite the Bullet — in Half*, in: *Los Angeles Times* vom 13. April 1990.

¹⁴⁾ Zu den Vorschlägen Stoltenbergs siehe *FAZ* vom 11. Mai 1990; zur Verzichtserklärung und den Verlagerungsplänen Bushs siehe *Washington Post* vom 4. Mai 1990 und *Guardian* vom 13. April 1990.

¹⁵⁾ Diese Formel gebrauchte US-Präsident Bush auch beim Washingtoner Gipfel Anfang Juni.

¹⁶⁾ Ein solcher „Angriff aus dem Stand“ ließe sich nur noch mit Flugzeugen praktizieren, weshalb deren paritätische Begrenzung besonders wichtig ist.

¹⁷⁾ Bush hatte am 31. Januar 1990 vorgeschlagen, die amerikanischen und sowjetischen Truppen in Zentraleuropa auf 195 000 Mann zu reduzieren, zusätzlich aber 30 000 amerikanische Soldaten in den Flankenländern zu belassen.

einandersetzung in Europa nach wie vor einer weitgehenden Selbstzerstörung gleichkäme. Es müßten also nach wie vor die der Sowjetunion verbleibenden konventionellen und nuklearen Optionen gegenüber Westeuropa durch eine bestimmte Zahl und Art amerikanischer Atomwaffen ausbalanciert werden¹⁸⁾.

Darüber will Washington aber offiziell erst mit Moskau verhandeln, wenn das START-Abkommen über einen Abbau des strategischen Arsenal beider Seiten unterschrieben ist und brauchbare Ergebnisse in Wien erzielt wurden¹⁹⁾. Bis dahin will man die Streitkräftestruktur der NATO überprüfen und über ihre künftige „politischere“ Rolle nachdenken. Die Amerikaner halten durchaus Lösungen für eine beiderseitige Struktur der hinlänglichen Verteidigung parat, bei denen die Solidarität des Bündnisses nicht mehr ausschließlich in der gemeinsamen Vorverteidigung aller nationalen Bündniskontingente demonstriert wird. Auf der Brüsseler Frühjahrstagung der NATO-Verteidigungsminister im Mai empfahl US-Verteidigungsminister Cheney die Organisation der NATO-Truppen in Form von multinationalen Einheiten²⁰⁾. Solche Verbände, wären sie als operative Gegenangriffsreserven in der Tiefe des Raums nicht nur auf deutschem Boden stationiert, könnten in der Tat geeignet sein, die politische Dimension der westlichen Verteidigung zu stärken. Sie würden nämlich auch eine grenznahe Verteidigung mit ausschließlich territorialen Streitkräften ermöglichen, die nicht der NATO unterstellt wären, und damit deren ausschließlich defensiven Charakter betonen.

Vorläufig aber bleibt die NATO für die Amerikaner aus zwei Gründen unverzichtbar: Erstens ist sie ein Instrument der Sicherheit gegen Rückschläge beim Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion und in Osteuropa. Und in dem Maße, wie die direkte Bedrohung aus dem Osten abnimmt, stellt sie den Ordnungsrahmen für den Abrüstungsprozeß in Europa zur Verfügung. Zweitens übt sie die entscheidende Klammerfunktion zwischen Europa und Amerika aus, solange es keinen institutionellen Ersatz für sie gibt.

Beide Punkte hängen in starkem Maße von einer deutschen Mitgliedschaft in der NATO ab. Sie stellt zum einen, wie Henry Kissinger es unlängst ausdrückte, „den besten Mechanismus für die Überwachung vereinbarter Rüstungsbeschränkungen zur

Verfügung, da die Verbündeten Deutschlands ein egoistisches Selbstinteresse daran hätten, daß diese Vereinbarungen auch eingehalten werden“²¹⁾. Zum anderen bildet sie den Nervus rerum eben dieser transatlantischen Verbindungen.

2. Die britische Position

Anders als in den USA, scheint man sich in Großbritannien nur sehr zögerlich von der alten Ordnung trennen zu wollen. Innenpolitischen Schwierigkeiten versucht die konservative Regierung ungeachtet ihres reduzierten Einflusses nicht nur in Europa durch eine betont nationale, eher auf Konfrontation als auf Kooperation gerichtete Politik nach außen zu begegnen. Dabei steht London vor dem doppelten Dilemma, bei aller Zurückhaltung gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland einerseits die deutsche Frage mitunterstützen zu „müssen“ — will man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, man habe den Sinn für die natürliche Ordnung einer Völkergemeinschaft verloren —, andererseits dadurch zwangsläufig den ungeliebten europäischen Einigungsprozeß voranzutreiben²²⁾. Immerhin hat auch die britische Regierung gefordert, die deutsche Vereinigung müsse mit der europäischen Einigung synchronisiert werden. Somit ist man auch in London den Beweis schuldig, inwieweit man sich nicht lediglich hinter der Festung Europa aus Angst vor „Deutschland“ verschanzt hat.

Diesen Beweis zu führen, fällt London schwer. Die massiven Widerstände der Premierministerin Thatcher gegen die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge für eine beschleunigte politische Union der Europäischen Gemeinschaft bis 1993 haben das bereits gezeigt. Der britischen Regierungschefin geht der Europa-Enthusiasmus der europäischen Verbündeten einen Schritt zu weit. Sie betrachtet ihn bisweilen als Ersatz für das mangelnde Nationalgefühl vor allem der Deutschen²³⁾. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand baut sie „auf ein Europa stolzer souveräner Staaten“²⁴⁾.

London fürchtet, daß die von der deutschen Einheit ausgehenden Impulse für Europa allzu schnell zu einer Aushöhlung der nationalen Souveränität führen könnten. Deshalb will man sich zunächst einmal der deutschen Frage widmen und erst in einem

¹⁸⁾ Henry Kissinger, in: Washington Post vom 9. Februar 1990.

¹⁹⁾ Nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfel in Washington Ende Mai ist damit zu rechnen, daß bis zum Jahresende ein unterschriftsreifer Vertrag über eine Reduzierung der strategischen Waffen um 30 Prozent vorliegt.

²⁰⁾ Washington Post vom 23. Mai 1990.

²¹⁾ Henry Kissinger in Los Angeles Times, abgedruckt in: Die Welt vom 10. Dezember 1989.

²²⁾ Zu den britischen Bedenken gegenüber den Plänen einer Europäischen Union siehe Financial Times vom 3. Mai 1990.

²³⁾ Germans find a substitute for abandoned patriotism, in: Times vom 18. April 1990.

²⁴⁾ Times vom 30. April 1990.

zweiten Schritt eigene Europapläne vorlegen, die den Vorwurf entschärfen sollen, London denke antieuropäisch. Um Zeit zu gewinnen, ergreift die Premierministerin die Flucht nach vorn und wirft Bonn und Paris vor, durch ihr Projekt der „Vereinigten zwölf Staaten von Europa“ die Chancen für eine Erweiterung der Gemeinschaft außer acht zu lassen und den Osten zu isolieren. Damit macht sie sich zum Anwalt der osteuropäischen Interessen und benutzt diese als politisches Druckmittel, den europäischen Einigungsprozeß insgesamt zu erschweren und zu verzögern.

Indes hindert der Widerstand gegen ein schärferes Tempo der politischen Integration Europas London nicht daran, bei den Bündnispartnern im Interesse der europäischen Sicherheit und Stabilität für eine kontrollierte Einbindung Gesamtdeutschlands sowohl in die europäischen Institutionen wie in die NATO einzutreten²⁵⁾.

Das britische Mißtrauen gegenüber einem vereinigten Deutschland erklärt sich vor allem aus der Sorge, Deutschland werde damit endgültig die beherrschende wirtschaftliche und politische Kraft in Europa sein. Natürlich räumt man ein, daß sich die Bundesrepublik nach mehr als vierzig Jahren gewandelt habe. Man ist auch davon überzeugt, daß Deutschland keine unmittelbare Bedrohung mehr darstellt. Andererseits müsse man damit rechnen, daß ein wiedervereinigtes Deutschland wiederum Wandlungen durchmachen werde. Deshalb hat London wiederholt bekräftigt, daß es weder einer Neutralisierung noch einer Demilitarisierung eines künftigen Gesamtdeutschlands zustimmen werde – ungeachtet dessen, was aus dem Warschauer Pakt werde.

Die Bedingungen für ein geeintes Deutschland hat die britische Regierung in drei Punkten zusammengefaßt²⁶⁾: Erstens, Deutschland bleibt Mitglied der NATO, wobei Großbritannien Moskau zwar einräumt, sowjetische Truppen auf deutschem Boden für eine Übergangszeit zu unterhalten, grundsätzlich aber die gleichzeitige Anwesenheit sowjetischer und amerikanischer Einheiten in Deutschland ablehnt²⁷⁾. Zweitens, auf deutschem Boden bleiben auch künftig NATO-Kernwaffen stationiert. Drittens schließlich: Verbleib der amerikanischen und britischen Truppen.

Auch London wünscht also zunächst die institutionalisierte Kontrolle eines wiedervereinigten Deutschlands. Dabei setzt man konsequenterweise auf das NATO-Bündnis, sprich auf die transatlantische

Komponente. Ihr traut man eher zu, einen stabilen Rahmen für den deutschen Zusammenschluß und das durch die Erosion im Osten entstandene Machtvakuum in Europa zu schaffen. Sie ist für London nach wie vor der beste Garant für die europäische Sicherheitsordnung – einen angemessenen Schutz zum Osten hin und die uneingeschränkte Westbindung Deutschlands. Für den Fall einer Aufkündigung der Sicherheitspartnerschaft mit den USA befürchtet man, daß diese Bindung irgendwann mangels Substanz an Bedeutung verlieren könnte. Deutschland würde zum bestimmenden Machtfaktor in einem Europa, dem ohne die amerikanische (Nuklear-)Präsenz der notwendige Sicherheitsrahmen fehlt²⁸⁾.

Die Europäische Gemeinschaft kann diesen Sicherheitsrahmen vorerst selbst nicht schaffen. Der KSZE fehlt dazu nach Ansicht der Briten der westliche Anker. Ganz abgesehen davon setzt London natürlich auch deshalb auf die nordatlantische Allianz, weil diese am ehesten garantiert, daß der eigene Einfluß auf das sicherheits- und abrüstungspolitische Geschehen in Europa gewahrt bleibt. London weiß um sein Image als Bremser in Europa und fürchtet für den Fall eines Abbruchs der transatlantischen Bindungen eine weitere Isolierung vom europäischen Einigungsprozeß. Schon jetzt mißfällt der Premierministerin die enge deutsch-französische Kooperation besonders auf dem Gebiet der Verteidigung²⁹⁾. Beinahe mit Genugtuung konstatierte man in London die vorübergehenden Unstimmigkeiten zwischen Bonn und Paris in der Frage des deutschen Einigungsprozesses.

Die „special relationship“ mit den USA macht daher das besondere britische Gewicht in Europa aus. Darum will man die Amerikaner in Europa halten und plädiert uneingeschränkt für den Erhalt der NATO und in dem Maße, wie dies die Amerikaner tun, vorläufig auch noch für deren Strategiekonzept der Abschreckung³⁰⁾. London betrachtet sich unverändert als wichtigen Teil dieser transatlantischen Komponente. Dies dokumentiert es mit der Forderung nach dem gemeinsamen Verbleib britischer und amerikanischer Truppen sowie von Kernwaffen auf dem Kontinent³¹⁾.

Daß London die atomare Präsenz in Deutschland aufrechterhalten will, ist dabei nicht nur eine Frage der kontrollierten Einbindung der Deutschen in die Allianz – Deutschland soll weiterhin mitentscheidend Verantwortung tragen und in die Pflicht ge-

²⁵⁾ Vgl. Times vom 20. April 1990.

²⁶⁾ Vgl. Sunday Times vom 1. April 1990.

²⁷⁾ Vgl. Financial Times vom 12. April und 16. Mai 1990.

²⁸⁾ Vgl. Express vom 27. April 1990.

²⁹⁾ Siehe Times vom 28. April und 1. Mai 1990.

³⁰⁾ Vgl. Guardian vom 20. März 1990.

³¹⁾ Vgl. Times vom 31. März 1990.

nommen werden³²). Es ist auch eine Frage der Möglichkeit, sich auf diese Weise eigener Verantwortung für Europa gewissermaßen zu entlasten.

Großbritannien ist neben den USA die einzige Nuklearmacht in Europa, die im Rahmen der NATO militärische Verantwortung trägt. Zögen die Amerikaner ihre Nuklearwaffen aus Deutschland ab, so spielte auch eine andere Frage wieder eine größere Rolle, die ansonsten bisher in der britischen Öffentlichkeit nicht diskutiert wurde: Unter welchen Umständen würde die britische Führung ihre Atomwaffen in Deutschland zum Einsatz bringen³³? Diese heikle Frage stellt sich für Großbritannien in dem Moment, wo das amerikanische *commitment* gegenüber Europa nachläßt. Bisher war es nicht mehr als eine akademische Frage, da die USA praktisch über das gesamte Nuklearpotential in Europa verfügen und es kontrollieren. Sollte es aber tatsächlich je zu einem Rückzug der Amerikaner kommen, so würde dies die britische Regierung vermutlich in große Verlegenheit bringen. London wäre einfach überfordert, selbst im Verbund mit Frankreich für einen stabilen Ausgleich in Europa zu sorgen. Als Washington sich beim anglo-amerikanischen Gipfel in Bermuda am 13. April erstmals zum Modernisierungsverzicht bereit erklärte, bestand London deshalb, noch bevor die Amerikaner ihrerseits auf die Möglichkeit einer Verlagerung von landgestützten auf luftgestützte Atomwaffen hingewiesen hatten, unverzüglich auf einen Ausbau der amerikanischen atomaren luftgestützten Verteidigung in Europa³⁴).

3. Die französische Position

Auch in Paris überwog anfangs die Unsicherheit angesichts der deutschen Entwicklung. Lange sah es so aus, als bliebe es bei dem geringen Zuspruch Frankreichs zur deutschen Wiedervereinigung. Schlimme historische Erinnerungen, die von vielen Franzosen zunächst als Befürchtungen in die Zukunft projiziert wurden und die Grundlagen französischer Politik zu verändern drohten, ließen Frankreich seine Sicherheit weiterhin am besten in einem getrennten Deutschland aufgehoben erscheinen. Fast entstand der Eindruck, als trauere man in Paris dem bisherigen Status quo, den man wohl als den passendsten Rahmen für eine stabile Ordnung in Europa betrachtete, ein wenig nach. Nur allmählich hat man sich auch im französischen Außenministe-

rium an den Gedanken gewöhnt, daß es das natürliche Recht der Deutschen sei, sich in einem Staat zusammenzufinden³⁵).

Natürlich hielt man hierzulande französische Sorgen eines Pangermanismus oder die Ängste vor einem neuen Rapallo für überzogen und abwegig. Man konnte sie jedoch nicht als fixe Ideen oder historisch-politische Komplexe abtun, sondern mußte sie ernst nehmen. Frankreich fühlte sich durch die Vorkommnisse der letzten Monate zunächst über Nacht aus dem Zentrum an den Rand des alten Kontinents gedrängt. Man fürchtete, den Partner in Bonn an den Osten zu verlieren und sah ihn am Ende gemeinsam mit der Sowjetunion Tempo und Rhythmus eines künftigen gesamteuropäischen Einigungsprozesses bestimmen. Frankreich selbst sah sich mittelfristig zurückgestuft auf das Niveau eines besseren europäischen Sachwalters, der sich anpaßt an die großen, von Bonn vorgegebenen Linien der Politik.

Nachdem der Kanzler seinen Zehn-Punkte-Plan im Bundestag vorgetragen hatte, ohne den privilegierten Partner in Paris zuvor davon zu unterrichten, schienen die deutsch-französischen Beziehungen ihren vorläufigen Tiefpunkt erreicht zu haben. Hinzu kam für Paris die wochenlange Diskussion in Sachen Anerkennung der polnischen Westgrenze, die ja zu bestätigen schien, Grundfragen europäischer Politik würden nunmehr im deutschen Alleingang erledigt. Frühzeitig signalisierte die französische Führung, daß sie nicht bereit war, die europäischen Interessen irgendwelchen deutschen Sonderwünschen zu opfern³⁶). Die Reise Mitterands in die DDR und das Treffen mit Gorbatschow in Kiew, das Bonn an die lange Tradition französisch-russischer Diplomatie erinnern sollte, verstärkte diesen Eindruck³⁷). Beiden Seiten wurde plötzlich klar, daß das deutsch-französische Verhältnis empfindlichen Schaden nehmen konnte. Ihnen war aber auch bewußt, daß man nach fast drei Jahrzehnten enger politischer und menschlicher Bindungen schicksalhaft aufeinander angewiesen war.

Auf anfänglich „unterschiedliche Meinungen“ in einigen Fragen folgte schließlich europapolitische

³⁵) Interview Accordée Par Le Président De La République A La Presse Regionale, Le 14 février 1990, Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft.

³⁶) Ministre des Affaires Etrangères Roland Dumas Au Radio France Internationale, Le 19 mars 1990 (aufgezeichnet von der Presse- und Informationsabteilung der Französischen Botschaft).

³⁷) Vgl. dazu die Studie von Alfred Grosser, *Franco-Soviet Relations Today*, Rand Corporation, Memorandum RM-5382-PR, Santa Monica, Calif., August 1967.

³²) Vgl. Guardian vom 20. März 1990.

³³) Siehe dazu Robert O'Neill, Großbritannien und Die Atomare Abschreckung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 37 (1989)4.

³⁴) Vgl. Guardian vom 16. April 1990.

Vernunft³⁸). Geschickt hat sich der französische Präsident die deutschen Interessen an einer Integration Gesamtdeutschlands in das westliche Wirtschaftssystem zu eigen gemacht, indem er sogleich die übrigen Staaten Osteuropas aufrief, sich an einem konföderalen Gebilde zu beteiligen, in dem sich die Staaten Europas zusammenschließen und repräsentative Institutionen geben werden³⁹). Um dem erwarteten Widerspruch sowohl aus Bonn wie aus London im Hinblick auf eine mögliche Brückierung der Amerikaner zu begegnen, ließ er außerdem verlauten, daß seines Erachtens nichts dagegen spräche, Vereinbarungen zwischen dieser Konföderation und den Vereinigten Staaten von Amerika zu schließen. So konnte sich Bonn, ob es wollte oder nicht, der französischen Initiative auf keinen Fall verschließen.

Während London auf die transatlantische Komponente setzt, favorisiert Paris also die Stärkung des europäischen Pfeilers. Bei der Verwirklichung der Politischen Union will man neben einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vor allem eine zweite Gemeinschaft in der Außen- und Sicherheitspolitik bilden⁴⁰). Bonn hat den Plänen Mitterrands konsequenterweise zugestimmt, dabei allerdings zu verstehen gegeben, daß die europäische Sicherheit an die amerikanische Präsenz gekoppelt bleiben muß. Hier wünscht Frankreich, das sich bisher jeder Aufforderung in die integrierte Verteidigung der NATO zurückzukehren, unter Hinweis auf seine nationale Unabhängigkeit verschlossen hat, eine größere Rolle Westeuropas in der Allianz⁴¹).

Paris lehnt es weiterhin ab, daß die NATO ein Organ zur engen Abstimmung aller internationaler Themen wird. Das heißt nicht, daß man der Auffassung ist, ein kollektives Sicherheitssystem könne die Allianz ersetzen⁴²). Im Gegenteil hält man eine echte Verteidigung als Gegengewicht zur sowjeti-

schen Militärmacht in Europa nur in der Allianz mit den USA für möglich⁴³). Man tut dies aus gutem Grund, ist doch bisher ein Ersatz taktischer bodengestützter amerikanischer Waffen durch französische Systeme ebensowenig absehbar wie durch britische. So hat man auch nichts dagegen einzuwenden, daß zur künftigen politischen Rolle der NATO deren Verwendung als „Manager des Rüstungsabbaus“ gehören soll⁴⁴).

Andererseits ist man aber in Paris nicht gewillt, die zukünftige Gestaltung der sicherheitspolitischen Landschaft Europas vollkommen von den Vorstellungen der Amerikaner abhängig zu machen. Deutlich wurde dies, als US-Präsident Bush mit seinem Vorschlag, taktische Luftstreitkräfte der Amerikaner von deutschem Boden nach Frankreich zu verlagern, in der französischen Hauptstadt eher auf Zurückhaltung stieß⁴⁵). Frankreich befürchtet, daß Washington sich auch in dieser Stunde zum Hauptanwalt europäischer (Sicherheits-)Interessen machen, das eigene Gewicht aber erneut zu kurz kommen könnte. Deshalb ruft man die NATO zu engerer Abstimmung mit der Europäischen Gemeinschaft und der KSZE-Konferenz auf⁴⁶). Sie bilden für Frankreich den geeigneten institutionellen Rahmen für die Herausbildung einer spezifisch „europäischen Verteidigungsachse“. Auf dem von den 35 KSZE-Staaten Ende des Jahres geplanten Gipfeltreffen will man insbesondere Vorschläge in diese Richtung gründlich prüfen.

Bei allen Vorbehalten gegenüber einer zu starken Position der NATO in Europa, ist für Frankreich der Einschluß eines vereinigten Deutschland in deren politische und militärische Organisation unumstritten. Er bildet sozusagen eine zusätzliche Rückversicherung, bleibt der deutsche Einigungsprozeß doch damit nicht nur europäisch, sondern auch durch die Amerikaner kontrolliert⁴⁷). Ganz abgesehen davon sieht man in Paris auch die Schwierig-

³⁸) Bundeskanzler Kohl im französischen Fernsehen laut FAZ vom 30. März 1990.

³⁹) Mitterrand plädiert wie Außenminister Genscher und auch dessen sowjetischer Amtskollege Schewardnadse für eine Verstärkung und Institutionalisierung des KSZE-Prozesses. Regelmäßige Außenministerkonferenzen und Gipfeltreffen, gemeinsame Zentren zur Konfliktvermeidung und Schlichtung, zur Verifikation, die Verankerung der Rechte nationaler und regionaler Minderheiten und die Förderung marktwirtschaftlicher Strukturen sollten die KSZE mit neuem Leben erfüllen.

⁴⁰) Vgl. FAZ vom 5. Mai 1990.

⁴¹) Réunion Des Six Ministres Des Affaires Etrangères (RFA — RDA — France — URSS — ÉTATS-UNIS — GRANDE-BRETAGNE). Déclaration D'Ouverture Du Ministre D'État, Bonn, le 5 mai 1990.

⁴²) Interview Accordée Par M. Le Président De La République Dans Le Cadre De L'Émission „7/7“ Sur TF1, Le 25 mars 1990 — Extraits (aufgezeichnet vom Presse- und Informationsdienst der Französischen Botschaft).

⁴³) So Elysée-Sprecher Vedrine im Vorfeld der Begegnung von Mitterrand und Bush in Key Largo am 19. April 1990 nach einer Meldung der Agence France-Presse (AFP) vom 17. April 1990; desw. Staatspräsident Mitterrand bei seinem Besuch in Washington am 19. April 1990 nach Le Monde vom 20. April 1990.

⁴⁴) So der Vorschlag Bushs, der den 16 NATO-Außenministern auf ihrer Sonderzusammenkunft in Brüssel am 4. Mai 1990 präsentiert wurde. Vgl. Le Soir vom 5. Mai 1990.

⁴⁵) Vgl. Guardian vom 19. April 1990.

⁴⁶) Vgl. Le Figaro vom 6. Mai 1990.

⁴⁷) In diesem Sinne hat Mitterrand seine Zustimmung zum Abrüstungsvorschlag Bushs sogar davon abhängig gemacht, daß es sich bei der Zahl von 225 000 Soldaten in ganz Westeuropa um eine Untergrenze handeln sollte, die vorerst nicht unterschritten werden dürfe, da andernfalls ein wiedervereinigtes Deutschland nicht unter Kontrolle gehalten werden könnte; vgl. R. W. Apple Jr., Bush's Quandary on Forces in Europe, in: New York Times vom 2. Februar 1990.

keit, daß die KSZE vorläufig die NATO noch nicht ersetzen kann und daß nur die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa die Stabilität und Sicherheit in Zeiten hoher Ungewißheit und großer Veränderungen gewährleistet. Man denkt eher in Prozeßkategorien und hält die Umwandlung oder gar Ablösung der Allianz durch ein kooperatives

gesamteuropäisches Sicherheitssystem erst dann für möglich, wenn ein solches in Form von neuen (KSZE-)Institutionen geschaffen wurde, in denen auch die Amerikaner ihren Platz finden. Schon jetzt aber will man über die europäischen Institutionen aktiver als bisher am europäischen Rüstungskontrollprozeß mitwirken.

II. Die Haltung der Sowjetunion

Der Wandel des sowjetischen Standpunktes in der Wiedervereinigungs- und Bündnisfrage seit den Novemberereignissen in der DDR ist Ausdruck der vor dem Hintergrund des Nationalitätenkonflikts und der prekären wirtschaftlichen Lage einerseits und den Erosionserscheinungen im Warschauer Pakt andererseits aufgetretenen großen innen- wie außenpolitischen Schwierigkeiten, mit denen sich Gorbatschow auseinandersetzen hat⁴⁸⁾. Der Kremlchef ist längst durch die Entwicklungen, die er selbst entscheidend ausgelöst hat, überholt worden. Eine klare Konzeption, auch in der Deutschlandpolitik, ist nicht zu erkennen. Die Initiativen, die Moskau ergreift, entspringen eher der Verlegenheit, Zeit zu gewinnen, um sich allmählich auf die veränderte Lage halbwegs einzustellen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sich in der Außenpolitik durchaus wesentliche Charakteristika des Neuen Denkens in der Sowjetunion bereits abzeichnen⁴⁹⁾. Die politische Führung erkennt hier inzwischen das Prinzip der Freiheit der Wahl uneingeschränkt an. Die Regierungsbildung in Polen, die Ausrufung der Republik in Ungarn und in der Tschechoslowakei, ihre Distanzierung gegenüber dem Warschauer Pakt sowie die Ereignisse in der DDR werden von Moskau als Ausdruck des Rechts jedes Staates und jedes Volkes akzeptiert, über sein politisches Schicksal selbst zu bestimmen⁵⁰⁾. Das neue Modell der gegenseitigen Bezie-

hungen zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten beruht nicht mehr „auf dem Schema ‚stark – schwach‘ mit Elementen der Vasallen-Abhängigkeit, sondern auf der Gleichberechtigung und der Anerkennung der Souveränität“⁵¹⁾.

Andererseits ist mit dem Zerfallsprozeß des Warschauer Pakts das für Moskau als lebenswichtig erachtete westliche Sicherheitsglacis zerschmolzen. Moskau fürchtet ganz offensichtlich, daß der politischen Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur NATO mit der Zeit die militärische folgen könnte und damit der ehemals wichtigste sowjetische Vorposten am Ende doch noch im westlichen Bündnis auftaucht.

Deswegen war die sowjetische Führung auch lange Zeit bestrebt, den Status quo in Deutschland möglichst unangetastet zu lassen. Erst nach der friedlichen Revolution in der DDR begann sich auch im Kreml allmählich die Einsicht durchzusetzen, daß der sich anbahnende Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten nicht mehr aufzuhalten war. Diese Erkenntnis führte zu einer Reihe von vagen deutschlandpolitischen Modellen, die Gorbatschow in der Folgezeit dem Westen anbot, die aber alle bisher darauf hinausliefen, die gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft zu verhindern.

Ausgehend von der Prämisse, daß die deutsche Frage nur im Zusammenhang mit der gesamteuropäischen Entwicklung und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der europäischen Nachbarn und der übrigen Staaten Osteuropas gelöst werden könne, schlug man in Moskau als sicherste Lösung zunächst einen neutralen Status des künftigen Deutschlands vor⁵²⁾. Damit sollte einer zu radikalen Verschiebung des Kräftegleichgewichts in Europa durch die Einbindung Deutschlands in das

⁴⁸⁾ Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes vgl. FAZ vom 23. April 1990. Die wohl größten Probleme entstehen Moskau aus der Zunahme der zentrifugalen Kräfte im Lande. Sollte sich Gorbatschow nicht bald zu Verhandlungen mit den einzelnen Republiken über die Frage der Unabhängigkeit bereiterklären, so ist sicherlich anzunehmen, daß die deutsche Frage in den neunziger Jahren durch die auf Grund der im Vielvölkerstaat Sowjetunion so zahlreich aufeinanderprallenden Mentalitäten ungleich brisantere sowjetische Frage abgelöst wird.

⁴⁹⁾ Dazu allgemein: Heinrich Vogel, Umbruch in Osteuropa – Interdependenzen und Konsequenzen, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Januar 1990; Falk Bomsdorf, Das Neue Denken in der Sowjetunion, Grundzüge und Verwirklichung, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Januar 1990.

⁵⁰⁾ Vgl. Klaus Segbers, Der Sowjetische Systemwandel, Frankfurt 1989, S. 283.

⁵¹⁾ So Gennady Vorontsov in einem Vortrag im Rahmen des Forum für Deutschland, Die Überwindung der Teilung Europas – eine Perspektive für Deutschland?, eine Dokumentation der Tageszeitung Die Welt vom Januar 1990.

⁵²⁾ Interview mit Valentin Falin, in: Neues Deutschland vom 9. Februar 1990.

westliche Bündnis vorgebeugt werden. Verbunden war die Forderung nach einer militärisch-politischen Neutralität zeitweise sogar mit dem Verlangen nach einer Entmilitarisierung Deutschlands, wobei man darunter in Moskau allerdings nicht die völlige Abrüstung verstand, sondern die Schaffung solcher Bedingungen, die ausschließlich einen defensiven Charakter der deutschen Streitkräfte zulieBen⁵³).

Nachdem man erkannt hatte, daß dies sogar in der östlichen Hälfte Europas auf Ablehnung stieß, kam der Vorschlag aus Moskau, Deutschland solle beiden Bündnissen angehören, der westliche Teil der NATO, der östliche dem Warschauer Pakt, bis nach ein paar Jahren beide Bündnisse in einem europäischen Sicherheitssystem aufgehen würden⁵⁴). Aber eine solche Doppelmitgliedschaft liefe letzten Endes erneut auf eine Neutralität hinaus. Sie könnte zudem bedeuten, daß sich für den Fall der Verlängerung dieser Übergangszeit — und dies liegt angesichts der unklaren Vorstellungen über die vorzunehmende Integration auf seiten der Sowjetunion nahe — die Fremdbestimmung auch nach der politischen Vereinigung fortsetzte.

Bei einem Besuch Ministerpräsident Modrows in Moskau am 6. März 1990 leitete Moskau dann erstmals aus der deutschen Einigung auch die Chance ab, die Sicherheitsstrukturen in Europa neu zu formieren. Sollten sich NATO und Warschauer Pakt erst einmal in ihren Strukturen grundlegend geändert haben und in einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem aufgegangen sein, stünde die Bündnisfrage ohnehin nicht mehr zur Diskussion. Moskau wünschte daher in erster Linie eine Synchronisation der deutschen Einigung mit dem KSZE-Prozeß; dieser sei Motor für den institutionalisierten Ausbau in Richtung auf bündnisübergreifende gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen.

Die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses kann aber Jahre in Anspruch nehmen, da wahrscheinlich jede der 35 teilnehmenden Nationen ihre eigenen Vorstellungen und ihre eigene Kosten-Nutzen-Kalkulation anstellen wird. Die KSZE ist ein großer Korb, der Verschiedenes, auch Gegensätzliches aufnimmt. Die Tolerierung solcher Gegensätze bringt es mit sich, daß man in vielen Bereichen über das Stadium relativ unverbindlicher Erklärungen nicht hinauskommt. Damit ist die KSZE zwar ein nützliches Gesprächsforum, vom Status einer supranationalen Ordnung aber noch weit entfernt. Wie soll es also zu glaubwürdigen Beistandsver-

pflichtungen in der Sicherheitspolitik kommen, wenn unterschiedliche Interessenlagen und Mentalitäten keine Übereinstimmung erzielen? Hier stößt die Idee einer europäischen Friedensordnung, in der jeder seinen Platz findet, vorläufig zumindest noch an ihre Grenzen. Und genau an diesem Punkt wiederum entpuppt sich die NATO als ideale Übergangsregelung mit ihrer auf der Freiwilligkeit und der demokratischen Verfassung der Mitglieder beruhenden Flexibilität im Hinblick auf die Veränderungen in Europa.

Moskau ließ als nächstes verlauten, daß es mit einem raschen Vollzug der Einigung nun doch einverstanden sei, dafür aber eine Übergangszeit zur Klärung der äußeren Gesichtspunkte, d. h. insbesondere der Frage der Bündniszugehörigkeit beanspruche — Entkoppelung also der inneren und äußeren Aspekte der Einheit⁵⁵). Bis dahin sollten die Rechte der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes fortbestehen. Auf diese Weise wollte man im Kreml Zeit gewinnen, bis sich die Bündnisfrage im Verlauf der Wiener Abrüstungsverhandlungen und der Bildung neuer KSZE-Einrichtungen von selbst entschärft hätte.

Da die von Moskau geforderte Festlegung der deutschen Truppenstärke aber im Prinzip einer diskriminierenden Sonderbehandlung Deutschlands gleichkäme — eine solche Obergrenze kann nur zusammen mit dem Umfang der Streitkräfte anderer Staaten in Wien vereinbart werden —, stieß auch dieser Vorschlag auf den Widerspruch der Allianz. Gorbatschow rückte denn auch ebenso schnell wieder von ihm ab und versuchte, seinen Widerstand gegen eine Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO im Westen dadurch abzumildern, daß er anregte, „schon bei den gegenwärtigen VKSE-Verhandlungen eine ‚allgemeine Erklärung‘ des Inhalts zu beschließen, im Rahmen von ‚Wien II‘ Obergrenzen für die deutschen und die Streitkräfte anderer europäischer Staaten festzusetzen“⁵⁶). Je mehr man also in Moskau spürte, daß sich der Westen in der Bündnisfrage keinesfalls erweichen lassen würde, desto stärker setzte man die Akzente auf eben die Gründung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems als Alternative zu den herkömmlichen Bündnissen. An der Ablehnung der NATO-Zugehörigkeit Deutschlands bis zur Vollendung eines solchen Systems änderte dies freilich weiterhin nichts. Auch beim Washingtoner Gipfel Anfang Juni konnten die tiefgreifenden Dif-

⁵³) Vgl. FAZ vom 7. Mai 1990.

⁵⁴) FAZ vom 31. Mai 1990. Dieser Vorschlag wurde von amerikanischer Seite gebilligt und sollte am Rande des amerikanischen-sowjetischen Gipfels in eine gemeinsame Erklärung Bushs und Gorbatschows münden; vgl. hierzu FAZ vom 2. Juni 1990.

⁵³) So Außenminister Schewardnadse, in: FAZ vom 30. April 1990.

⁵⁴) Vgl. FAZ vom 3. Februar 1990.

ferenzen über diese Frage nicht überwunden werden.

Die deutsche Frage dürfte also in den kommenden Monaten ihre hypnotische Wirkung auf Moskau behalten. So ohne weiteres wird man im Kreml den Status der Siegermacht als letzten Trumpf nach der Auflösung des „cordon sanitaire“ nicht aus der Hand geben wollen. Dies entspricht sowohl einem auf subjektiven Erfahrungen gegründeten Sicher-

heitsbedürfnis der Sowjetunion als auch der Sorge, in Europa an den Rand gedrängt zu werden. Der Westen kann es sich leisten, darauf Rücksicht zu nehmen, wenngleich die Mittel des Kremls, seine Ansprüche durchzusetzen, gering sind. Auf die Dauer nämlich wären sowjetische Behinderungen der Wiener Konferenz und damit auch des KSZE-Prozesses sowie der Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung doch lästig und könnten für Unruhe in Europa sorgen.

Jahresbände

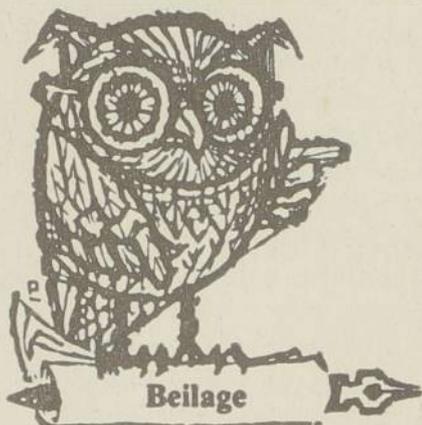
Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis

nur **25,- DM**
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

neu

1989



Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)

Jahrgänge: 1985 und 1988



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell- **DAS PARLAMENT**, Vertriebsabteilung
Adresse: Fleischstraße 62-65, D-5500 Trier

Roland Hahn: Die Idee der Nation und die Lösung der deutschen Frage

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/90, S. 3–12

Die friedliche Revolution in der DDR, in deren Verlauf aus der Parole „Wir sind das Volk“ schnell der Ruf wurde „Wir sind ein Volk“, hat in der Bundesrepublik zuerst zur Verwunderung, später zur Sorge vor einem aufkeimenden Nationalismus geführt. Dahinter steht die seit den siebziger Jahren zunehmend in Frage gestellte Konzeption einer ethnisch bestimmten deutschen Nation und der Zweifel an der Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Beitrag untersucht den Begriff der Nation im Hinblick auf die Unterscheidung Friedrich Meineckes von „Staatsnation“ und „Kulturnation“ und problematisiert die klassischen Nationsdefinitionen vor dem Hintergrund der deutschen Entwicklung der vergangenen 40 Jahre. Der Wandel der nationalen Selbstdefinition in beiden deutschen Staaten zeigt auf, daß seit Beginn der siebziger Jahre in der DDR offiziell, aber auch in einflußreichen Kreisen der politischen Publizistik der Bundesrepublik mit jeweils unterschiedlicher Zielsetzung versucht wurde, eine staatsnational geprägte Identität zu entwickeln.

War das in der DDR Ausdruck der Politik der „Abgrenzung“, so ging das Bestreben im Westen seit Karl Jaspers Schrift „Wohin treibt die Bundesrepublik“ eher dahin, die Teilung Deutschlands als angebliches Ergebnis des Zweiten Weltkrieges auf Dauer zu akzeptieren und ein rein rational bestimmtes Nationalbewußtsein der Bundesrepublik zu entwickeln. Die dabei auf beiden Seiten aufgetretenen Widersprüche haben jedoch gezeigt, daß die Nation als politische Legitimationsidee in Deutschland nur kulturell und ethnisch definierbar war und damit denkbare Überwindung der staatsrechtlichen Teilung anstreben mußte.

Gerd Langguth: Die deutsche Frage und die Europäische Gemeinschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/90, S. 13–23

Die Existenz der Europäischen Gemeinschaft – die schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahre 1951 begann und dann 1957 mit den Römischen Verträgen weiter fundiert wurde – hängt unmittelbar mit der deutschen Frage zusammen: sie sollte sowohl Sicherheit für Deutschland als auch Sicherheit vor Deutschland garantieren. Die keineswegs von allen geteilte Erkenntnis, daß Deutschland so lange geteilt bleibe, so lange der Riß der Spaltung auch durch Europa ginge, wurde durch die Ereignisse in der DDR und in anderen zentral- und osteuropäischen Staaten bestätigt. Es dürfte (neben anderen Faktoren, wie z. B. die Annäherung der beiden Supermächte) gerade die Faszinationskraft der (west-)europäischen Integration gewesen sein, die die Erosion im Staatenbereich des Warschauer Paktes forcierte.

Vielen war in der Bundesrepublik der Zusammenhang der Deutschland- und Europapolitik nicht mehr einsichtig, obwohl er sich auch in den europäischen Vertragswerken niedergeschlagen hat. Teilweise wurde in der Bundesrepublik sogar die Auffassung vertreten, der Prozeß der europäischen Einigung erschwere oder verhindere sogar die Einheit der Deutschen. Das deutsche Volk war indes in der Präambel des Grundgesetzes aufgefordert worden, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Auch insoweit war vom Verfassungsgebot her die deutsche Frage in den europäischen Kontext eingebettet.

Gert Krell: Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland und die deutsche Frage. Historische Entwicklungen und politische Optionen im Ost-West-Konflikt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/90, S. 24–34

Die spezifischen Probleme bundesdeutscher Ostpolitik im Kalten Krieg und in der darauf folgenden Phase der Entspannung sind auch unter den jüngsten Bedingungen radikalen Systemwandels von Interesse. Die verschiedenen damaligen Optionen und ihre Entwicklung bieten vor allem Kriterien für eine Einschätzung der Beständigkeit der deutschen Ost- und Entspannungspolitik vor dem Hintergrund einer problematischen außenpolitischen Vergangenheit.

Als Rahmenbedingungen westdeutscher Ostpolitik werden die Last der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkrieges, die Realität des Macht- und Systemkonfliktes sowie die moralischen Probleme des Status quo thematisiert. Die verschiedenen Optionen westdeutscher Ostpolitik haben diesen – widersprüchlichen – Anforderungen auf unterschiedliche Weise Rechnung zu tragen versucht. Die militärische Revision der „Dreiteilung“ schied von Anfang an aus; zunächst wurden die Optionen „Revisionismus aus kalkulierter Stärke“ und „Revisionismus aus kalkulierter Schwäche“ verfolgt, die beide scheiterten. Erst mit der Neudefinition der nationalen Frage in den siebziger Jahren fand die deutsche Ostpolitik eine nach innen wie außen tragfähige Grundlage.

Die westdeutsche Ostpolitik markiert mit ihren Entwicklungsschritten Gewaltverzicht, Differenzierung der revisionistischen Forderungen und Übergang von der Macht zum Kompromiß einen historischen Fortschritt. Er gibt zu der begründeten Hoffnung Anlaß, daß damit eine dauerhafte Tradition demokratischer Außenpolitik begründet worden ist, an die der neue deutsche Einheitsstaat anknüpfen kann.

Stefan Fröhlich: Umbruch in Europa. Die deutsche Frage und ihre sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Siegermächte

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/90, S. 35–45

Die Frage, wie sich ein vereinigter deutscher Bundesstaat in die europäische Landschaft einfügen soll, kann nicht ohne Berücksichtigung der Interessen der Nachbarn und der Weltmächte beantwortet werden. Sie muß ferner die Tatsache in Rechnung stellen, daß Deutschland in besondere geopolitische, wirtschaftliche und historische Zusammenhänge eingebettet ist, aus denen sich die Vorbehalte gegenüber einer Wiedervereinigung ergeben; gegen sie läßt sich die deutsche Einheit nicht ohne weiteres verwirklichen.

In bilateralen Gesprächen und auf den „Zwei-plus-vier“-Konferenzen geht es vor allem darum, den Vollzug der Wiedervereinigung mit den Sicherheitsinteressen der Siegermächte zu harmonisieren. Dabei zeigt sich, daß die Ängste Moskaus vor einem mit der Ausdehnung des NATO-Gebietes bis zur Oder und Neiße verbundenen machtpolitischen Zugewinn des Westens das entscheidende außenpolitische Hindernis auf dem Weg zur Einheit darstellen.